

Verein
für
Kommunalwissenschaften e.V.



Aktuelle Beiträge
zur Kinder- und Jugendhilfe 47

6. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe

**Kindererziehung zwischen
elterlicher und staatlicher
Verantwortung**

Dokumentation des Diskurses
am 14. November 2003 in Berlin

Dieser Diskurs wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Impressum:

Herausgeber:

Verein für Kommunalwissenschaften e. V.

Ernst-Reuter-Haus · Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin

Postfach 12 03 21 · 10593 Berlin

Redaktion, Layout und Satz:

Roland Kühne

Fritz-Kirsch-Zeile 24

12459 Berlin

Herstellung:

Verein für Kommunalwissenschaften e. V.

Berlin 2004

Hinweise zur Download-Ausgabe:

Der vorliegende Tagungsband wird vom Verein für Kommunalwissenschaften e.V. nicht mehr als Druckfassung aufgelegt. Es besteht die Möglichkeit, die Fachbeiträge und Diskussionen aus dem Internet herunter zu laden. Die Texte sind schreibgeschützt.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	5
DR. ROLF-PETER LÖHR <i>Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V.</i> und KERSTIN LANDUA <i>Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin</i>	
Familienförderung hat nur in starken Kommunen eine Zukunft – Grußwort an den Diskurs	11
DR. MANFRED WIENAND <i>Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit des Deutschen Städtetages, Berlin</i>	
Kindererziehung an der Schnittstelle zwischen Familien- und Kommunalpolitik	16
PETER RUHENSTROTH-BAUER <i>Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin</i>	
I. Individuelle Förderung oder Förderung einer verlässlichen Infrastruktur? Wo ist der Standort der Tagesbetreuung?	
Diversity@Ford	26
HANS W. JABLONSKI <i>Diversity-Manager der Ford-Werke AG, Köln</i>	
Eltern brauchen für ihre Kinder Zeit, Geld und verlässliche Unterstützungsangebote	43
DR. ALBIN NEES <i>Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Dresden, und Vorsitzender des Deutschen Familienverbandes e.V.</i>	
Diskussion zu Fragen der Förderung von Kindern	49
II. Im Sinne der Stärkung elterlicher Kompetenzen: Brauchen wir einen „Elternführerschein“: ja oder nein?	
Plädoyer für den Neubau einer sozialen Infrastruktur	60
PROF. DR. MARIA-ELEONORA KARSTEN <i>Leiterin des Instituts für Sozialpädagogik, Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Lüneburg</i>	

Eltern werden, Eltern sein – ein lebenslanger Lernprozess	70
WILFRIED STEINERT <i>Stellvertretender Vorsitzender des Bundeselternrates und Leiter der Waldhofschule – Eine Schule für alle – in Templin, Brandenburg</i>	
Diskussion über die Stärkung elterlicher Kompetenzen	75
Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Diskurses	84

Vorwort

Immer wieder neu – seit sechs Jahren – lädt der Verein für Kommunalwissenschaften e.V. zum „Berliner Diskurs zur Jugendhilfe“ ein. Hierzu werden Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft eingeladen, ihre Erfahrungen, Gedanken und Vorschläge in diese Veranstaltung einzubringen sowie eine fachpolitische Diskussion mit den Einrichtungen und Professionen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zu führen. Die aktuelle Veranstaltung widmete sich dem Thema „Kindererziehung zwischen elterlicher und staatlicher Verantwortung“.

Hintergrund war und ist die Tatsache, dass Familie in Deutschland „Privatsache“ ist und von ihr, das heißt insbesondere von den Frauen, die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie hergestellt werden muss. Zudem tragen Eltern mit Kindern erhebliche finanzielle Nachteile und unterliegen einem deutlich stärkeren Armutsrisiko gegenüber Menschen in anderen Lebensformen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Auseinandersetzung mit den Fragen: Wie wird das Leben in Familien attraktiver? Gibt es ein neues Konzept von Familie? Was ist der Beitrag der Wirtschaft im Bereich der Kindertagesbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wie sollte dieser aussehen? Wer ist zuständig für die Erziehung von Kindern: die Mütter, die Familie, die Betriebe? Und schließlich: Welchen Beitrag leistet die Jugendhilfe für eine familienfreundliche Infrastruktur? Welche Angebote hält sie vor, wie werden diese in Anspruch genommen? Wie kann insbesondere auch Eltern geholfen werden, die durch ihre eigenen Ansprüche, alles richtig machen zu wollen, und durch die Ansprüche der Gesellschaft überfordert sind? Wie sehen gute Rahmenbedingungen für die von Bundesministerin Renate Schmidt eindringlich geforderte Allianz der Familie aus, in der Berufs- und Erwerbsarbeit vereinbar und Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern qualitativ gut gewährleistet sind, so dass sie ihnen Chancen auf eine wirkliche gesellschaftliche Teilhabe eröffnen?

Dr. Manfred Wienand, *Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit des Deutschen Städtetages, Berlin*, plädierte für ein kinderfreundlicheres Klima und forderte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dazu auf, hierfür langfristig wirkende Strategien gemeinsam mit den Städten und Kommunen zu entwickeln.

Vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nahm der Parlamentarische Staatssekretär Peter Ruhenstroth-Bauer an der Veranstaltung teil und referierte über „Kindererziehung an der Schnittstelle zwischen Familien- und Kommunalpolitik“. Er stellte unter anderem fest, dass *„gerade in der heutigen Zeit elterliche Erziehungsverantwortung oft eine Herausforderung und für nicht wenige Eltern auch eine Überforderung ist, denn die Aufgaben der Kindererziehung müssen in Einklang gebracht werden mit den Anforderungen an die Partnerschaft und den Bedingungen in Beruf und Arbeitswelt.“* Diese Bundesregierung sei angetreten, um einer Politik der strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie ein Ende zu setzen, was sich zum Beispiel in der Erhöhung des Kindergeldes, der Neuausgestaltung des Familien-

lastenausgleichs sowie einer flexibleren Gestaltung der Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Erziehungsgeld und Elternzeit manifestiere. Bedürfnissen junger Familien solle damit besser Rechnung getragen werden. Von besonderer Bedeutung sei jedoch eine weitreichende Verbesserung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege.

Zur Frage „Individuelle Förderung oder Förderung einer verlässlichen Infrastruktur? Wo ist der Standort für Kindertagesbetreuung?“ positionierten sich Hans W. Jablonski, *Diversity-Manager der Ford-Werke AG, Köln*, und Dr. Albin Nees, *Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Dresden, und Vorsitzender des Deutschen Familienbundes e.V.*

Hans W. Jablonski stellte die Philosophie seines Unternehmens zur umfassenden Unterstützung von Familien vor. Diversity bedeute Vielfalt und schließe alle Unterschiede ein, die Individuen in das Arbeitsleben einbringen, wie Alter, Geschlecht, Behinderung, Ausbildung, persönliche Einstellung sowie soziale, ethnische, geographische Herkunft, sexuelle Orientierung, Berufserfahrung und Religion. Diese Vielfalt schaffe eine andere Qualität von Beziehungen in Unternehmen. Die konkrete Umsetzung in dem Unternehmen sähe zum Beispiel folgendermaßen aus: Es gäbe ein Women's Engineering Panel, ein Women's Marketing Panel, ein Elternnetzwerk, IT Women in Leadership und Women in Human Resources. Es gäbe eine betriebseigene Kinderbetreuung „Ford Pänz“ (Notfallbetreuung und Ferienprogramme) und flexible Arbeitszeitmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Dr. Albin Nees plädierte dafür, das Selbstbewusstsein von Eltern zu stärken oder wieder aufzubauen, damit diese bereit wären, mehr Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder zu übernehmen und dies nicht zum großen Teil dem Staat zu überlassen. Kindertageseinrichtungen sollten Eltern bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder unterstützen, sie aber nicht ersetzen. In diesem Sinne sprach er sich für ein besseres Zusammenwirken von elterlicher und staatlicher Verantwortung bei der Kindererziehung aus und forderte gleichzeitig, dass es dafür Netzwerke geben müsse, die eine solche Brücken- und Übermittlerfunktion gewährleisten.

Zur Frage „Brauchen wir einen Elternführerschein?“ referierten Frau Prof. Dr. Maria-Eleonora Karsten, *Leiterin des Instituts für Sozialpädagogik, Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Lüneburg*, sowie Wilfried Steinert, *Stellvertretender Vorsitzender des Bundeselternrates, Bonn, und Schulleiter* und Vater von vier eigenen und acht Pflegekindern. Frau Prof. Karsten verwies in ihrem Statement in erster Linie darauf, wie sich die Gesellschaftsstrukturen zukünftig verändern werden und was das für Familien und die Erziehung von Kindern bedeuten werde. Insbesondere die Zeitdimension dürfe bei dieser Betrachtung nicht vernachlässigt werden, weil, wie auch Herr Ruhenstroth-Bauer bereits betont hatte, Frauenpolitik auch Zeitpolitik sei und die Lebensqualität von Familien sich auch aus der gemeinsam von Eltern und Kindern verbrachten Zeit ergebe. Deshalb müsse es eine Zeitorganisation geben, die den heutigen Lebensumständen entspricht, was sich unter anderem in flexiblen und familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen ausdrücke.

Wilfried Steinert verwies darauf, dass sich Eltern heute nicht mehr auf traditionell geprägte Formen der Kultur des Umgangs mit ihren Kindern verlassen könnten. Was Eltern von ihren Eltern und den Geschwistern gelernt hätten, werde als vorhandenes Erfahrungswissen zu wenig genutzt. Der Sinngehalt des von Peter Ruhenstroth-Bauer vorgetragenen Zitates: „*Es bedarf eines ganzen Dorfes, um ein Kind zu erziehen*“ müsse auf die kommunale Ebene und die von Hans W. Jablonski vorgestellte Unternehmensphilosophie der Ford-Werke AG auf die Schule im Sinne einer „Diversity-School“ übertragen werden.

DR. ROLF-PETER LÖHR

Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V.

und

KERSTIN LANDUA

Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe,

Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin

Dargestellte Personen auf der ersten Bildseite, oben links beginnend:

PROF. DR. URSULA RABE-KLEBERG, HANS W. JABLONSKI, DR. ROLF-PETER LÖHR, DR. MANFRED WIENAND,
PETER RUHENSTROTH-BAUER, PROF. DR. MARIA-ELEONORA KARSTEN, DR. SABINE HEBENSTREIT-MÜLLER,
DR. ROBERT SAUTER, WILFRIED STEINERT

Dargestellte Personen auf der zweiten Bildseite, oben links beginnend:

DR. IRENE VORHOLZ, HANS W. JABLONSKI, PROF. DR. DR. H. C. REINHARD WIESNER, WILFRIED STEINERT,
MARKUS SCHNAPKA, DR. ALBIN NEES, KERSTIN LANDUA, RAINER KRÖGER, DR. THOMAS MEYSEN,
IRENE JOHNS, MATHIAS ENGEL

Familienförderung hat nur in starken Kommunen eine Zukunft – Grußwort an den Diskurs

DR. MANFRED WIENAND

Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit des Deutschen Städtetages, Berlin

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Ruhenstroth-Bauer,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Nees,
sehr geehrte Damen und Herren,

dieses Jahr ist – wie kein anderes zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – geprägt von der Diskussion um die nachhaltige finanzielle Sanierung der öffentlichen Haushalte und vom Ringen um den Umbau der sozialen Sicherungssysteme.

Dabei wird immer deutlicher, dass vor allem im Interesse der jüngeren Generation und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes Sozialreformen unerlässlich sind. Jüngere Menschen sorgen sich heute angesichts der rasch voranschreitenden demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft um ihre Zukunftsperspektiven, bis hin zu ihrer Altersabsicherung und ihrer Versorgung im Krankheits- und Pflegefall. Auch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sowie das stagnierende Wirtschaftswachstum lösen bei vielen Menschen Zukunftsängste aus und bedrohen zunehmend die wirtschaftliche Existenzgrundlage von Familien.

Als Fachleute der Kinder- und Jugendhilfe kennen Sie die Ängste um die wirtschaftliche und soziale Absicherung ebenso gut wie die große Verunsicherung hinsichtlich der Bewältigung der Erziehungsaufgaben, die heute den Alltag vieler Familien bestimmt.

Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft.

Im Spannungsfeld immer knapper werdender finanzieller Ressourcen der öffentlichen Haushalte und der individuellen Lebenssituation von Kindern und ihren Eltern gilt es, die Zukunftsaufgabe der Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen gemeinsam zu bewältigen. Nicht erst seit dem Vorliegen der Ergebnisse der PISA-Studie – mit ihren katastrophalen Ergebnissen für die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems – ist mehr als deutlich geworden, dass Bildung und Erziehung zum Hauptfach einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Politik werden muss.

Die Erziehung ihrer Kinder ist zuvörderst das natürliche Recht und auch die Pflicht der Eltern, wobei dies keinen Gegensatz zur Verpflichtung des Staates darstellt, die Familien bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe zu unterstützen und zu schützen. Vielmehr leitet sich daraus die Frage nach dem bestmöglichen Mitteleinsatz persönlicher und finanzieller Ressourcen ab.

Die meisten jungen Männer und Frauen verfolgen das Ziel, die Lebenskonzepte der Familiengründung und der beruflichen Verwirklichung miteinander zu verknüpfen. Die Schwierigkeiten, die sich aus den gesellschaftlichen und individuellen Rahmenbedingungen ergeben, werden jedoch von der jüngeren Generation klar reflektiert: Eine der Folgen dieser Reflexion ist, dass sowohl die Anzahl potenzieller Eltern als auch die der Geburten je Frau in der Bundesrepublik Deutschland weit stärker zurückgegangen ist als in solchen EU-Ländern, die vergleichsweise günstigere Bedingungen für die Verbindung von Familie und Beruf bieten. Vor allem die skandinavischen Länder und Frankreich haben hier eine Vorreiterrolle eingenommen. Meiner Meinung nach ist in Deutschland ein grundlegender Mentalitätswandel nötig, über das, was moderne Rahmenbedingungen einer modernen Gesellschaft für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vor allem für die vorrangige Förderung von Kindern angeht. In diesem Kontext geht es nicht nur um das Miteinander von Staat, Gesellschaft und Familie, sondern man muss gerade auch an diejenigen appellieren, die die Arbeitsbedingungen bestimmen.

Arbeitgeber und Betriebe tragen Mitverantwortung für ein familienfreundliches Klima.

Zu den notwendigen Rahmenbedingungen zählen neben der Verfügbarkeit geeigneter Kinderbetreuungseinrichtungen familienfreundliche Bedingungen in den Betrieben und im sozialen Umfeld. Wir fordern daher auch die Arbeitgeber ausdrücklich auf, bei der Schaffung dieser Bedingungen mitzuwirken und Elternschaft positiv zu bewerten und zu unterstützen. Das von der Bundesregierung ins Leben gerufene lokale Bündnis für Familien hat eine entsprechende Zielrichtung. Nur müssen wir in den Städten immer wieder erfahren, dass dort, wo Gespräche mit den Arbeitgebern und Vertretern der Industrie- und Handelskammern stattfinden, die Vertreter der Kommunen zu einer Art Klagemauer werden, was die Städte noch alles zu tun hätten, ohne dass sich die Unternehmerschaft selbst auf ein Entgegenkommen einlässt.

Ein besonderes Anliegen ist es mir auch, an die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu appellieren, denn Fachkräfte werden nicht geboren, sondern erzogen und ausgebildet. In der Qualifizierung liegt der Schlüssel zu den individuellen Lebenschancen junger Menschen und damit auch ein Schlüssel zur langfristigen Sicherung aller Sozialsysteme und des wirtschaftlichen Wachstums!

Die Schaffung eines kinderfreundlichen Klimas muss für uns nicht nur unter wirtschaftlichen und demographischen Gesichtspunkten, sondern auch mit Blick auf die sozialen Lebensbedingungen insgesamt in Deutschland eine hohe Priorität haben.

Eltern brauchen Unterstützung bei der Erziehung, Bildung und Betreuung ihrer Kinder.

Erziehung, Bildung und Betreuung – das sind die Aufgaben, die das Kinder- und Jugendhilferecht uns stellt und vor denen wir auch angesichts knapper Kassen und wachsender Anforderungen einer immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Realität nicht die Augen verschließen dürfen.

Die aktuellen Diskussionen gehen dahin, dass die Solidargemeinschaft soziale Risiken nicht mehr im bisherigen Maße abdecken kann und der Einzelne verstärkt Eigenvorsorge betreiben und auf eigene Ressourcen zurückgreifen muss. Hiervon sind Familien in besonderem Maße betroffen, da sie eine Verantwortungsgemeinschaft bilden und somit die Lebensrisiken mehrerer Individuen gemeinsam tragen. Gleichzeitig sind Familien - wirtschaftlich betrachtet – häufig weniger leistungsfähig als Haushalte ohne Kinder. Die Politik ist daher aufgerufen, die Weichen in der Familienpolitik so zu stellen, dass Belastungen gerecht verteilt werden und die notwendige Unterstützung gewährt wird.

Gerade im Beisein des Vorsitzenden des Deutschen Familienverbandes e.V. möchte ich darauf hinweisen: Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Politik das Heft der Familienpolitik kaum in der Hand hat, sondern dass die eigentlichen Impulse im Bereich der familienpolitischen Förderung während der vergangenen 20 Jahre vom Bundesverfassungsgericht ausgegangen sind. Und es besteht im Grunde eine Bringschuld der Bundesfamilienpolitik gegenüber dem Bundesverfassungsgericht, die nur sehr zögerlich abgetragen wird.

Dringender als eine höhere individuelle Förderung benötigen wir jedoch zusätzliche finanzielle Mittel zum Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. Es herrscht weitgehender gesellschaftlicher Konsens, dass in der Bundesrepublik Deutschland – mit regionalen Unterschieden – noch ein erheblicher Nachholbedarf bei den Angeboten für Kinder unter drei Jahren, aber auch bei der Nachmittagsbetreuung von Kindergarten- und Schulkindern besteht. Auch in qualitativer Hinsicht wird eine Verbesserung des gesamten Bildungssystems dringend angemahnt. Es ist allgemein bekannt, dass gegenwärtig versucht wird, ein Stück voranzukommen, vor allem die großen regionalen Disparitäten im Bundesgebiet zu überwinden.

Die Kommunen müssen vom Bund und von den Ländern finanziell so ausgestattet werden, dass sie den Ausbau der Kinderbetreuungssysteme langfristig tragen und finanzieren können.

Die Städte sind als Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe und als Schulträger daran interessiert, sich aktiv an der Umsetzung von Reformmaßnahmen zu beteiligen. Es ist jedoch festzustellen, dass die Aufgaben, die den Kommunen in der Vergangenheit immer wieder einseitig aufgebürdet wurden, sie vielfach überfordert haben und die Umsetzung zu Lasten anderer Politikfelder gegangen ist.

Deshalb wird sich die Reformfähigkeit unseres Bildungs- und Erziehungssystems auch gerade daran erweisen, dass für die grundsätzlichen strukturellen und finanziellen Probleme beim Ausbau der Kinderbetreuung auch tatsächlich Lösungen gefunden werden, die Spielräume in den Städten und Gemeinden ermöglichen. Die bislang nur sehr zögerliche Abrufung der Bundesmittel für den Ausbau von Ganztagschulen zeigt, dass Lösungen erforderlich sind, die nicht nur die Investitionskosten berücksichtigen, sondern auch die wesentlich höheren Folgekosten, die durch den Betrieb der Einrichtungen verursacht werden. Nicht nur die Kommunen, sondern vor allem die

Bürger dieses Landes erwarten, dass sich die politischen Akteure nunmehr auf aufgabengerechte Finanzierungsstrukturen verständigen, die verlässliche, dauerhafte und qualitativ hochwertige Angebote ermöglichen und sichern.

Unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit müssen wir uns vergegenwärtigen, dass die steigenden Belastungen für die jüngere Generation nur tragbar sind, wenn die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit nicht durch Angebotslücken bei der institutionellen Kinderbetreuung erschwert wird. Wir fordern daher eindringlich, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass die wichtige gesellschaftliche Zukunftsaufgabe des Ausbaus der Kinderbetreuungssysteme in allen Regionen gelöst werden kann.

Kommunen haben Schwierigkeiten, die steigenden Kosten der Hilfen zur Erziehung zu finanzieren.

Erziehung und Bildung sind die inhaltlichen Schwerpunkte der Kinder- und Jugendhilfe. Es ist wichtig, diese Aufgaben nicht nur auf die Arbeit in den Kindertagesstätten einzugrenzen, sondern auch noch einmal den Blick auf die Hilfen zur Erziehung zu richten. Viele Eltern müssen sich heute bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung mit Fragen – und häufig auch mit Problemen – beschäftigen, die frühere Generationen in der Breite nicht kannten.

Wie prägen Arbeitslosigkeit und relative Armut der Eltern den Alltag von Kindern und Jugendlichen? Welche Auswirkungen hat die zunehmend notwendige berufliche Mobilität auf die Familien? Wie kommt der Nachwuchs mit den Folgen von Trennung und Scheidung der Eltern zurecht? Dies ist nur ein kurzer Auszug der Themenpalette, mit der sich ratsuchende Eltern oder auch Kinder und Jugendliche selbst an die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe wenden.

Der Anstieg der Hilfen zur Erziehung bei gleichzeitig abnehmender Gesamtzahl von Kindern und Jugendlichen dokumentiert, dass gesellschaftliche Entwicklungen der so genannten Erwachsenenwelt immer auch Einfluss auf die jüngste Generation haben.

Erziehungsverantwortung der Eltern stärken.

Notwendig ist die Stärkung der Erziehungsverantwortung der Eltern und eine Verbesserung des wechselseitigen Zusammenwirkens zwischen Eltern und Erziehungs- und Bildungsinstitutionen. Auch in diesem Bereich der Sozialpolitik muss der Grundsatz „Fordern und Fördern“ umgesetzt werden.

Eltern müssen wieder in zunehmendem Maße Sicherheit im Umgang mit ihren Kindern, insbesondere in schwierigen persönlichen Situationen, erlangen. Nicht nur aus ökonomischer, sondern vor allem auch aus sozialpolitischer Sicht ist es sehr zu begrüßen, wenn Familien dabei aus ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld Unterstützung erhalten.

Die Städte unterbreiten vielfältige präventive Angebote, so zum Beispiel die Förderung von Elternkursen und Erziehungsberatungsstellen sowie andere Einrichtungen

der offenen Kinder- und Jugendarbeit. In vielen Kommunen wird auch zunehmend das bürgerschaftliche Engagement stärker in den Blickpunkt der örtlichen Gemeinschaft gestellt, beispielsweise indem eigene Büros eingerichtet werden, die über Einsatzmöglichkeiten informieren und potenzielle Interessenten zusammenbringen.

Hilfen müssen wirkungsorientiert gewährt werden.

Niedrigschwellige Angebote der Kinder- und Jugendhilfe leisten einen ganz erheblichen Beitrag zur Unterstützung von Familien bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben. Gerade in Zeiten knapper Kassen muss jedoch immer wieder verdeutlicht werden, dass diese Leistungen – bei aller Wertschätzung und gesellschaftlichen Bedeutung – vielerorts gefährdet sind, wenn die kommunale Finanzkrise nicht bewältigt wird und die Gemeindefinanzen keine zukunftsfähige Basis bekommen.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Diskurs, bei dem die aktuelle Situation der Kinder- und Jugendhilfe umfassend reflektiert wird und der Politik vielfältige Denkanstöße mit auf den Weg gegeben werden.

Kindererziehung an der Schnittstelle zwischen Familien- und Kommunalpolitik

PETER RUHENSTROTH-BAUER

*Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend, Berlin*

Zu Beginn meines Vortrages möchte ich Ihnen die besten Grüße von Bundesministerin Renate Schmidt überbringen, die an dem 6. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe teilnehmen wollte, aber wegen Krankheit leider nicht kommen konnte.

Ich bin gern zu diesem Diskurs gekommen; aber ich will in meinem Beitrag nicht nur den Dreiklang von Erziehung, Bildung und Betreuung in den Vordergrund stellen. Ich möchte auch deutlich machen, dass das, was Dr. Wienand in seinen zugespitzten aktuellen Bemerkungen eingefordert hat, an vielen Stellen schon Realität ist. Man kann natürlich sagen, dass die Regierungserklärung des Bundeskanzlers im März 2003, in welcher er die Agenda 2010 und die Eckpunkte für deren einzelne Schritte vorgestellt hat, eine umwälzende Reform und damit eine Neugestaltung darstellt, entsprechend der Notwendigkeiten, die sich für die Politik aktuell ergeben. Es handelt sich um eine Regierungserklärung und eine Abfolge, von der wir heute als Kommunen, Länder und Bund alle Bewegung, Beiträge sowie Spielräume erwarten. Man kann das auch so darstellen, indem man sagt: Da ist jetzt so viel in Bewegung, dass wir aufpassen müssen, dass wir dabei nicht unter die Räder kommen.

Das ist auch legitim. Aber – und dabei bin ich ganz an der Seite der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth – man kann, wenn man das herunterbricht, auch sehen, was an Fortschritten, Möglichkeiten und Notwendigkeiten entwickelt wird, damit diese Umsetzungen tatsächlich auf allen Ebenen stattfinden können. Soweit meine aktuelle Bemerkung.

Bundesministerin Renate Schmidt wäre der Einladung zu diesem Diskurs gern gefolgt, weil das Thema nicht nur einen ganz aktuellen Bezug hat, sondern in allen Bereichen der Gesellschaft eine Rolle spielt und in konkreten Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen ist. Auch die Agenda 2010 hat einen sehr konkreten Bezug zur Familienpolitik.

Das Thema „Kindererziehung zwischen elterlicher und staatlicher Verantwortung“ benennt die Schnittstelle zwischen der Kinder- und Familienpolitik des Bundes und der der Kommunen; es verbindet uns alle in der Überzeugung, dass Kindererziehung in erster Linie Aufgabe der Eltern ist, dass aber Kommunen und Staat eine öffentliche Mitverantwortung tragen. Denn Kinder sind keine kleinen Erwachsenen; sie bedürfen der Anleitung, der Begleitung, der Werte- und Wissensvermittlung und des Schutzes durch Erwachsene, um sich zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten entwickeln zu können, wie es § 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes als Leitziel beschreibt.

Erwachsene – in erster Linie die Eltern – haben deshalb die Pflicht, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu fördern und diesen Entwicklungsprozess zu begleiten. Aber Kindererziehung ist eben nicht nur Privatsache der Eltern, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Ist Erziehung etwa eine künstlerische Tätigkeit, wie es Otto Schily einmal in einer Talkshow pointiert ausgedrückt hatte – oder halten wir es pragmatisch mit dem Autor und Publizisten Axel Hacke, der in seinem „Kleinen Erziehungsberater“ bekennt:

„Es gab Elterngenerationen, die wussten genau, worin Erziehung zu bestehen habe... Die hatten Konzepte – ich weiß bloß nicht, ob es die richtigen waren. Wir hingegen sind nicht autoritär. Wir sind auch nicht anti-autoritär. Wir wursteln uns so durch. Manchmal denken wir, wir machen alles falsch. Aber wir wollen nicht larmoyant sein. Wir lieben die Stürme, die brausenden Wogen und die kleinen Kinder lieben wir auch, mit kurzen Unterbrechungen jedenfalls.“¹

Nach unserem Grundgesetz sind Pflege und Erziehung das Recht der Eltern und zuvörderst die ihnen obliegende Pflicht. Auch wenn dieser hohe Anspruch der Lebenswirklichkeit leider nicht immer standhält, so wollen doch die meisten Eltern gute Eltern für ihr Kind sein. Gerade in unserer heutigen Zeit ist diese elterliche Erziehungsverantwortung jedoch oft eine Herausforderung und für nicht wenige Eltern auch eine Überforderung, denn Aufgaben der Kindererziehung müssen mit den Anforderungen an die Partnerschaft und den Bedingungen in Beruf und Arbeitswelt in Einklang gebracht werden.

Die Familienrealität in Deutschland ist nicht nur von einem Pluralismus der Familienformen geprägt, sondern auch vom **Prozess der Individualisierung innerhalb der Familie**, aber auch außerhalb. Mit diesem Individualisierungsprozess in der Gesellschaft verändert sich auch die soziale Beziehung zum Kind.

Der Soziologe Ulrich Beck hatte dazu schon vor mehr als zehn Jahren geschrieben:

„Einerseits wird das Kind Hindernis im Individualisierungsprozess. Es kostet Arbeit und Geld, ist unberechenbar, bindet an und würfelt die sorgfältig geschmiedeten Tages- und Lebenspläne durcheinander. Mit seinem Erscheinen entwickelt und perfektioniert das Kind seine ‚Diktatur der Bedürftigkeit‘ und zwingt mit der nackten Gewalt seiner Stimmbänder und dem Leuchten seines Lächelns den Eltern seinen Lebensrhythmus auf.“

„Gerade dies“ – so fährt Ulrich Beck fort – „macht es auf der anderen Seite aber auch unersetzlich. Das Kind wird zur letzten verbliebenen, unaufkündbaren, unaustauschbaren Primärbeziehung. Partner kommen und gehen. Das Kind bleibt.“²

¹ siehe Hacke, Axel: Kleiner Erziehungsberater, München: Verlag Antje Kunstmann GmbH (1992), S. 80 oben

² siehe Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth: Das ganz normale Chaos der Liebe, Frankfurt/Main: Suhrkamp (1990), S. 3 oben und S. 55

Sollen Kinder und Jugendliche mit ihren Ansprüchen und Interessen nicht die Verlierer im Prozess der Individualisierung und gesellschaftlichen Modernisierung werden, so bedarf es entsprechender Rahmenbedingungen, damit Eltern ihrer Erziehungsverantwortung tatsächlich gerecht werden können. Denn Eltern leben mit ihren Kindern nicht auf einer Insel der Seeligen, wie wir alle wissen, sondern mitten in dieser Gesellschaft. Die Familie ist auf die Gesellschaft angewiesen – genau so, wie die Gesellschaft die Familie braucht.

Gerade in dieser Zeit, in der es darum geht, den Sozialstaat zu reformieren und den Generationenvertrag neu zu fassen, wird die Abhängigkeit der Gesellschaft von der Familie, von der Bereitschaft junger Menschen, Kindern das Leben zu schenken, in besonderer Weise deutlich. Der Familiensoziologe Franz Xaver Kaufmann hat einmal von der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“¹ von Gesellschaft und Staat gegenüber der Familie gesprochen. Diese Bundesregierung ist angetreten, um einer Politik der strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber den Familien ein Ende zu setzen.

Die Bundesregierung hat trotz schwieriger Rahmenbedingungen den **Familienleistungsausgleich neu gestaltet und mehrfach das Kindergeld erhöht**. Die Inanspruchnahme von **Erziehungsgeld und Elternzeit** wurde flexibler ausgestaltet, womit den Bedürfnissen junger Familien besser Rechnung getragen wird.

Das **Recht auf gewaltfreie Erziehung** wurde im Gesetz verankert. Jeder von uns, der Kinder erzieht oder Kinder erzogen hat, weiß, wie schwierig es sein kann, im Alltagsstress immer Ruhe und Gelassenheit zu bewahren und Konflikte gewaltfrei zu lösen. Deshalb ist es nicht die Intention dieser Regelung, Eltern zu kriminalisieren, sondern ein Leitbild vorzugeben.

Weiterhin hat die Bundesregierung den **Kinder- und Jugendschutz neu geordnet**. Ein wichtiges Element dabei ist die **Stärkung der Medienkompetenz** mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche zu befähigen, eigenverantwortlich mit den neuen Techniken und den angebotenen Inhalten umzugehen.

Die zentrale Herausforderung, vor der wir jetzt stehen, ist die **Verbesserung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege**. Die Tatsachen sind bekannt: Während in den neuen Bundesländern ein bedarfsgerechtes Angebot vorgefunden wird, das allerdings an verschiedenen Orten auf das Niveau in den westlichen Bundesländern zurückgeschnitten wird, ist in den westlichen Bundesländern nur für vier von 100 Kindern im Alter unter drei Jahren ein öffentlich finanziertes Betreuungsangebot vorhanden. Damit ist Deutschland Schlusslicht in Europa.

Bund, Länder, kommunale Spitzenverbände und Wohlfahrtsverbände – wir alle sind uns einig, dass dieses Angebot weder den Interessen und Bedürfnissen der Kinder, noch denen ihrer Eltern, aber auch nicht denen der Wirtschaft und der Gesellschaft insgesamt entspricht.

¹ siehe Kaufmann, Franz Xaver: Zukunft der Familie, München: Beck (1990), S. 132 ff.

Dieser breite Konsens war nicht zu allen Zeiten vorhanden: In den sechziger, siebziger und bis hinein in die achtziger Jahre gab es in den westlichen Bundesländern eine heftige ideologische Auseinandersetzung über den Wert oder Unwert der Tagesbetreuung für Kinder, insbesondere in den ersten Lebensjahren. Als die frühere Bundesfamilienministerin Dr. Katharina Focke das **Modell der Tagesmütter** propagierte, war die Aufregung groß. Angeregt durch das Beispiel in Schweden, über das die Zeitschrift „Brigitte“ berichtet hatte, wurde in den Jahren 1974 bis 1979 das Projekt in elf deutschen Modellorten durchgeführt.

Heftiger Widerstand kam damals von den Kinderärzten und einigen ihrer Protagonisten. So konnte man im Spiegel Nr. 14 aus dem Jahre 1974 unter der Überschrift: „Schock und Ängste“ lesen: „300 Kleinstkinder sollen nach Plänen des Bundesfamilienministeriums ‚Tagesmütter‘ bekommen. Wissenschaftler warnen: ‚Versuche an Menschen‘.“ Zitiert wurde der damals bekannte Verhaltensforscher Bernhard Hassenstein, der vor Deprivationsschäden und Entwicklungsbehinderungen durch Mutterentbehrung, durch Trennungsschocks, Trennungängste und täglichen Milieuwechsel warnte ...

Heute ist diese Polemik kaum noch nachvollziehbar. So richtig, ja notwendig es ist, bei allen Überlegungen die Interessen und Bedürfnisse von Kindern im Blick zu halten, so wenig sollte dabei jedoch der Boden der sachlichen Argumentation verlassen werden. Die Argumente der Kinderärzte, wie sie damals vorgetragen worden waren, stammten aus der so genannten Hospitalismusforschung. Qualifizierte Tagespflege ist aber nicht mit tradierter Heimerziehung zu vergleichen; ein solcher Vergleich ist unseriös.

Aber auch die **Kinderkrippe** stand lange Zeit für einen Ort der Aufbewahrung von Kindern in großen Gruppen mit schlechter Personalausstattung. Zur Zeit der Verabschiedung des neuen Kinder- und Jugendhilferechts war dieser Begriff so belastet, dass er nicht in das Gesetz aufgenommen wurde.

In den Kindertagesstätten hat es jedoch in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen gegeben, so bessere Personalschlüssel, altersgemischte Gruppen, die stärkere Einbeziehung der Eltern, der Ausbau der Tageseinrichtungen zu Orten für Kinder, die sich zum Stadtteil hin öffnen und Angebote der Nachbarschaftshilfe und der Familienbildung einbeziehen.

Für einen bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung gibt es viele gute Gründe: Die PISA-Studie hat uns vor Augen geführt, dass unser Bildungssystem offenbar nicht so gut ist, wie viele lange Zeit geglaubt hatten. Wir geben in Deutschland das meiste Geld für die Oberstufen der Gymnasien aus; das wenigste für den frühen Elementarbereich. Das ist einer der Gründe, warum in Deutschland wie in keinem anderen Land Europas die Herkunft so sehr über die künftigen Bildungschancen von Kindern entscheidet. Denn immer noch zu selten kommen Tageseinrichtungen für Kinder in den Blick, wenn es um Bildung und Erziehung geht. Aber gerade in den Kindertagesstätten wird – ergänzend zur Familie – der Grundstein für spätere individuelle Bildungs- und Lebenschancen gelegt.

Tageseinrichtungen, insbesondere der Kindergarten, als Angebot für alle Kinder, sind Einrichtungen, die nicht nur Kinder schon im frühen Alter erreichen, sondern auch in täglichem Kontakt mit den Eltern stehen. Sie bieten damit gute Voraussetzungen für präventive Hilfeangebote – gerade auch für solche Familien, die besonders belastet sind, sich andererseits aber allen Hilfsmöglichkeiten verschließen.

Eine zweite Komponente kommt hinzu: Viele unterstützende Angebote sind erst dann wirksam und nachhaltig, wenn sie sich sowohl an Kinder als auch an ihre Eltern richten. Die in der PISA-Studie identifizierten Defizite in der Sprachentwicklung vieler Kinder werden wir nur dann kompensieren können, wenn wir auch die Eltern dieser Kinder erreichen. Das Bundesministerium hat deshalb in den vergangenen Jahren mehrere Modellprojekte zur Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz unterstützt, die sich als Eltern-Kind-Programme gleichzeitig an Eltern und Kinder wenden.

Nach unserer Vorstellung haben Tageseinrichtungen die Aufgabe, Erziehung und Bildung im Elternhaus zu unterstützen und zu ergänzen, sie nicht aber zu ersetzen, obwohl dies in bestimmten Fällen leider auch notwendig ist. Wenn wir zum Beispiel daran denken, dass ein Viertel aller Kinder das gemeinsame Essen an einem Tisch nicht mehr kennt, und zehn Prozent der Kinder noch nie erlebt haben, dass zu Hause ein warmes Essen zubereitet werden kann, dann bedeutet dies mehr als nur falsche Ernährungsgewohnheiten oder den zunehmenden Verlust der Kulturtechnik des Kochens. Es ist der Verlust von Kommunikation, von Familienleben, von Gemeinschaft.

Während es heute in der Gesellschaft einen breiten Konsens dahingehend gibt, dass für Kinder ab dem dritten Lebensjahr Erziehung und Bildung in Tageseinrichtungen generell wünschenswert sind, weil die meisten von ihnen nicht mehr mit Geschwistern aufwachsen und Erfahrungen mit gleichaltrigen und mit anderen Kindern nicht mehr im natürlichen Wohnumfeld machen können, gibt es einen solchen Konsens im Hinblick auf Kinder unter drei Jahren noch nicht.

Wir wissen aber, dass Kinder in diesem Lebensalter am bildungsfähigsten sind. Selbstverständlich sollen und müssen Eltern selbst entscheiden, was das Richtige für ihre Kinder ist. Wir brauchen deshalb auch ein **vielfältiges Angebot**, das unterschiedlichen Erziehungsvorstellungen und unterschiedlichen Anforderungen gerecht wird. Dazu zählt neben den Tageseinrichtungen auch die **qualifizierte Tagespflege**.

Es wird dem immer wieder entgegengehalten, dass die meisten Eltern, wenn sie die Wahl haben, Tageseinrichtungen bevorzugen würden. Dem mag so sein. Dieses Verhalten hängt aber sicherlich auch damit zusammen, dass es an vielen Orten bis heute keine verlässliche und qualifizierte Infrastruktur der Tagesbetreuung gibt. Aber auf die Tagespflege können wir schon wegen ihrer besonderen Flexibilität nicht verzichten: Es wäre schlicht unwirtschaftlich, Tageseinrichtungen für wenige Kinder in den Tagesrandstunden oder gar am Wochenende offen zu halten, wenn Eltern im Schichtdienst erwerbstätig sein müssen. Die Tagespflege wird sicher in dem Augenblick, in dem wir sie weiter qualifizieren, stärker nachgefragt werden.

Dass wir die **Qualität der familienergänzenden Betreuung verbessern** müssen, wissen wir nicht erst seit dem Gutachten, das Bundesministerin Renate Schmidt vor einigen Wochen gemeinsam mit dem Autor, Professor Dr. Wassilios E. Fthenakis, vorgestellt hat. Erste Hinweise von Qualitätsmessungen in der Tagespflege von Professor Dr. Tietze deuten darauf hin, dass es in der Tagespflege eine sehr große Spannbreite an Qualität gibt – und damit eben neben guter Qualität auch schlechte.

Das Bundesministerium will und kann den Ländern und Kommunen nicht vorschreiben, wie die Qualität in der frühkindlichen Betreuung, Erziehung und Bildung verbessert werden kann, aber wir möchten Anstöße geben und die vorhandenen Aktivitäten bündeln. Zehn von 16 Bundesländern sind an der Nationalen Qualitätsinitiative beteiligt. Viele Länder haben sich aufgemacht, Bildungsziele und Qualitätsmerkmale für den frühkindlichen Betreuungsbereich zu formulieren. Dies zu unterstützen und zu koordinieren, darin besteht die Aufgabe des Bundesministeriums.

Und damit bin ich beim zweiten Grund für den bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung: Sie ist die Voraussetzung dafür, dass **Eltern Beruf und Familie miteinander vereinbaren können**.

Wir wollen Eltern nicht vorschreiben, wie sie ihr Familienleben gestalten, ob sich Vater oder Mutter im Rahmen von Elternzeit ganz oder verstärkt der Kindererziehung widmen oder gar für längere Zeit aus dem beruflichen Leben aussteigen oder ob sie – nach dem Ablauf der Mutterschutzfrist – wieder erwerbstätig sein wollen oder dies im Einzelfall vielleicht sogar müssen.

Eine Entscheidung zwischen den verschiedenen Alternativen können Eltern aber nur dann treffen, wenn die einzelnen Alternativen überhaupt realisierbar sind. Kinderbetreuung unterstützt individuelle Lebensplanungen, verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt und wirkt damit langfristig negativen Partnerschaftsentwicklungen im Familienalltag entgegen. Nicht zuletzt verhindert die mögliche Erwerbstätigkeit beider Elternteile Familien- und Kinderarmut.

Ob Menschen sich für Kinder entscheiden oder nicht, ist nach Erkenntnissen der OECD in besonderer Weise abhängig vom Grad der Betreuung. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist deshalb eines der wichtigsten gesellschaftspolitischen Vorhaben der Bundesregierung in dieser 15. Legislaturperiode. Bis 2010 sollen schrittweise die Standards vergleichbarer Länder erreicht werden, was Erziehung, Bildung und Betreuung angeht.

Schließlich – und dies belegen die Erfahrungen des Auslandes eindrucksvoll – ist ein bedarfsgerechtes Angebot an Möglichkeiten der Tagesbetreuung eine zentrale Voraussetzung für die **Realisierung des Kinderwunsches vieler junger Paare**. Es zeigt sich nämlich, dass die Geburtenraten gerade in den Ländern besonders hoch sind, in denen auch das Angebot der Tagesbetreuung gut ist.

Unser soziales Sicherungssystem basiert auf dem Generationsvertrag. Es verlangt nicht nur finanzielle Beiträge während der aktiven Arbeitszeit, sondern setzt voraus,

dass diese Beitragszahler Kinder zur Welt bringen, die dann durch ihre Beiträge die Rente ihrer Elterngeneration sichern. Dieser Aspekt ist zwar von Anfang an bekannt, in der gesellschaftspolitischen Diskussion jedoch viel zu lange verdrängt worden.

Jetzt besteht die Gefahr, dass das soziale Sicherungssystem mittel- und langfristig zur Disposition gestellt werden muss, wenn es uns nicht gelingt, die demographische Entwicklung entscheidend zu verändern. Deshalb sollten wir auch die Bedeutung eines bedarfsgerechten Angebots der Tagesbetreuung für den Erhalt unserer sozialen Sicherungssysteme und für die Umsetzung des Generationsvertrages nicht gering schätzen. Die Kinderlosigkeit vieler Frauen stellt einer Studie zufolge, die Bundesministerin Renate Schmidt vor kurzem gemeinsam mit dem Professor Bert Rürup vorstellte, auf lange Sicht das gesamte Wohlstandsniveau in Deutschland in Frage.

Frauen bekommen gegenwärtig durchschnittlich 1,3 Kinder, was nicht ausreicht, um den Bestand der Bevölkerung zu halten. Zum Vergleich: 1950 sind nur 15 Prozent aller Frauen kinderlos geblieben. Bei 1965 geborenen Frauen wird jede Dritte ohne Kind bleiben, bei Akademikerinnen sogar fast 40 Prozent. Die Folgen sind neben dem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials und den Problemen für die sozialen Sicherungssysteme auch eine Alterung von Belegschaften und damit verbundene Produktivitätsprobleme.

Der internationale Vergleich zeigt: In anderen, in sozialer und kultureller Hinsicht vergleichbaren europäischen Ländern gibt es deutlich mehr Kinder. Gleichzeitig weisen diese Länder eine geringere Familienarmut, bessere Bildungsergebnisse und eine höhere Frauenerwerbsquote auf. Dabei liegt Deutschland, was die öffentlichen Ausgaben für Familien betrifft, unter den OECD-Staaten auf einem der vorderen Ränge. Anders als in familienpolitisch erfolgreicheren Ländern fließt der Großteil der Mittel allerdings in direkte Transfers, deutlich weniger in Dienstleistungen für Familien. Die Aufwendungen für Bildung, Betreuung und Erziehung in Deutschland zählen international zu den eklatant niedrigen.

Wer Kinder bekommt, kann andere Tätigkeiten und den damit verbundenen Nutzen nicht wahrnehmen und hat langfristig beträchtliche Einkommensverluste. Je leichter der Wiedereinstieg in den Beruf nach der Geburt eines Kindes ist, desto geringer fallen diese Opportunitätskosten aus. Deshalb brauchen wir eine intelligente Kombination von unterstützender Infrastruktur durch Kinderbetreuung und einer besseren Balance von Familie und Arbeitswelt.

Ein weiterer Grund für den bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung sind die **Interessen der Wirtschaft, qualifizierte weibliche Arbeitskräfte dem Betrieb** zu erhalten. Nur eine flexiblere Gestaltung von Arbeitsort und Arbeitszeit ermöglicht Männern und Frauen, den Anforderungen der Berufstätigkeit und gleichzeitiger Erziehungsverpflichtungen besser gerecht zu werden. Damit die Balance von Familie und Beruf gelingt, benötigen Familien ein unterstützendes Netz an Dienstleistungen, eine verlässliche und flexible Kinderbetreuung sowie eine familienbewusste Unternehmenskultur.

Ziel kann es nicht sein, die familiäre Verantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Erwerbswelt unsichtbar zu machen, sondern sie vielmehr aktiv in eine Unternehmensstrategie einzubeziehen. Von selbst wird sich diese neue Balance nicht einstellen, sie verlangt das aktive Engagement aller Beteiligten.

Doch die Voraussetzungen verbessern sich. Es gibt sie, die Unternehmen, die ihre Verantwortung wahrnehmen und neue Beschäftigungsmodelle entwickeln, statt über den Mangel an qualifizierten Fachkräften zu jammern. Unternehmen, Gewerkschaften und Verbände signalisieren, dass die Balance von Familie und Arbeitswelt für sie einen höheren Stellenwert gewinnt. Ihnen ist bewusst: Bleibt es bei der niedrigen Geburtenrate, werden deutsche Unternehmen in absehbarer Zeit große Probleme bekommen, qualifizierte Arbeitskräfte zu rekrutieren, aber auch, eine ausreichende Zahl von Kunden für ihre Produkte und Dienstleistungen zu erhalten.

Mit den Regelungen zur Teilzeit und Elternzeit sind seitens des Bundes wichtige Voraussetzungen für eine familienfreundliche Arbeitswelt geschaffen worden. Unternehmen können und sollen ihren Teil beitragen – im Rahmen ihrer betrieblichen Möglichkeiten mit flexiblen Instrumenten. Dazu gehören beispielsweise innovative Konzepte der Arbeitsorganisation, Kooperationen im Bereich der Kinderbetreuung und ein Management, das die individuellen Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Blick hat. Auch die Betriebsräte können und sollen ihre Handlungsspielräume bei der Information und Verbreitung von familienfreundlichen Lösungen nutzen.

Familienpolitik ist in wesentlichen Teilen Zeitpolitik. Zeit brauchen Kinder und Familien so notwendig wie Geld. Ihre Lebensqualität bemisst sich aus der Balance zwischen gemeinsam verbrachter Zeit, Zeit für Erwerbsarbeit und Zeit für sich selbst. Familienfreundliche Maßnahmen werden schon jetzt von manchen Unternehmen nicht länger als kostensteigernde Wohltätigkeiten wahrgenommen. Sie erkennen, unternehmerisches Engagement zahlt sich aus: durch motiviertere Mitarbeiter, geringere Fehlzeiten, niedrigere Fluktuation und effizienteren Ressourceneinsatz.

Auch für Deutschland belegen mittlerweile „betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analysen familienfreundlicher Maßnahmen“, dass Familienfreundlichkeit Gewinn bringt: Für die Unternehmen und für ihre Mitarbeiter. Die befragten Unternehmen konnten deutlich höhere Rückkehrquoten, eine geringere Wiedereinstiegsdauer und einen höheren Arbeitsumfang nach dem Wiedereinstieg verzeichnen. Die auf dem Weg familienfreundlicher Maßnahmen erzielten Einsparungen – Verringerung der Fehlzeiten, Vermeidung von Überbrückungs- und Wiederbeschaffungskosten etc. – übersteigen deren Kosten bei weitem.

Eine gelingende Balance von Familie und Beruf benötigt das aktive Mitwirken von Unternehmen und Betriebsräten, Verbänden und Gewerkschaften. Gemeinsame Anstrengungen sind gefragt – für die Entwicklung flexibler Arbeitszeitformen, individueller Arbeitsorganisation, einer familienfreundlichen Unternehmenskultur und unterstützenden Dienstleistungen.

Angesichts dieser vielen guten Gründe für einen bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung müssen wir uns fragen, warum nicht schon längst energischere Schritte zum Erhalt eines bedarfsgerechten Angebots in den neuen Ländern und zum Ausbau dieses Angebots in den alten Bundesländern unternommen wurden. Sicherlich – es ist uns vor zehn Jahren gelungen, den **Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz** in das Kinder- und Jugendhilfegesetz zu schreiben und damit das Angebot deutlich zu verbessern. Allerdings bezieht sich dieser Rechtsanspruch nur auf einen Halbtagskindergartenplatz, der der Mutter nicht einmal eine Teilzeitbeschäftigung ermöglicht.

Im Grundschulalter hat der Bund durch das 4-Milliarden-Programm ein deutliches Signal für den Ausbau verschiedener Konzepte der Ganztagschule in den einzelnen Bundesländern gesetzt, obwohl nach der Finanzverfassung des Grundgesetzes die Finanzierungslast bei den Ländern und Gemeinden läge. Auch die Tagesbetreuung der Kinder unter drei Jahren ist als Aufgabe der Jugendhilfe eine kommunale Aufgabe, die zwar bundesgesetzlich geregelt werden kann, nach unserer Finanzverfassung aber von Ländern und Kommunen zu finanzieren ist.

Der Bund könnte also ohne weiteres entsprechende Verpflichtungen in das Kinder- und Jugendhilfegesetz schreiben, die noch nicht einmal im Bundesrat zustimmungspflichtig wären. Dies ist aber nicht der Weg, den die Bundesregierung und die Bundesministerin in der konkreten Umsetzung beschreiten. Im Wissen um die kommunale Haushaltssituation haben die Koalitionsfraktionen bereits in der **Koalitionsvereinbarung eine Finanzierungslösung** entwickelt. Einerseits sollen die Kommunen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei der Bundesagentur für Arbeit entlastet werden. Gleichzeitig sollen ihnen aber die dafür eingesetzten Mittel künftig nicht entzogen werden, sondern es sollen ihnen mindestens 1,5 Milliarden Euro jährlich für den Ausbau der Tagesbetreuung verbleiben. Dieses Konzept soll im Rahmen des Vierten Gesetzes zur Förderung moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) umgesetzt werden, das bereits vom Bundestag verabschiedet wurde.

Dass es dazu sowie zur Ausgestaltung der Gemeindefinanzreform unterschiedliche Auffassungen zwischen Regierung und Opposition gibt, ist eine Binsenweisheit. Ich darf daran erinnern, dass der Deutsche Städtetag an die Länder und die Opposition im Deutschen Bundestag appelliert hat, das Konzept der Koalitionsfraktionen zur Gemeindefinanzreform zu unterstützen. Ich will auch an dieser Stelle ganz ausdrücklich hervorheben, dass eine ausreichende Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften aus Sicht der Bundesregierung die Grundvoraussetzung für einen bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung ist. Deshalb muss an die Opposition und die CDU/CSU-geführten Länder appelliert werden, taktische Überlegungen zurückzustellen – die Bürgerinnen und Bürger haben dafür kein Verständnis – und uns dabei zu unterstützen, dass die Kreise und Städte ihre Aufgaben erfüllen können. Zu diesen Aufgaben gehört auch und ganz besonders der Ausbau der Tagesbetreuung.

Eine bloße Finanzierungsregelung reicht aber aus unserer Sicht nicht aus. Mit verbesserten Einnahmen der Kommunen entstehen nicht automatisch neue Plätze in Tageseinrichtungen. Um sicherzustellen, dass Eltern nicht bei ihren Kreisen und Gemeinden

als Bittsteller auftreten und um einen Platz für ihr Kind feilschen müssen, wollen wir auch im Kinder- und Jugendhilfegesetz die Rechtsgrundlagen für ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder unter drei Jahren schaffen – Rechtsgrundlagen, keine Rechtsansprüche und auch keine Quoten, aber eine präzise Formulierung des Bedarfs für die unter Dreijährigen.

Nur wenn wir der Kinder- und Familienpolitik auf allen Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen den ihr gebührenden Stellenwert für das einzelne Kind, für die einzelne Familie, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes einräumen, wird es uns gelingen, in den nächsten Jahren zu deutlichen Verbesserungen bei einer bedarfsgerechten Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege zu kommen.

In Afrika gibt es das Sprichwort: *„Es bedarf eines ganzen Dorfes, um ein Kind zu erziehen.“* Und so funktioniert es dort auch. Für unsere Breitengrade möchte ich dieses Sprichwort abwandeln: Wir brauchen für die Erziehung der Kinder die Familie, die Träger der freien Jugendhilfe und die Kommunen.

Seit diesem Herbst werden deshalb auf lokaler Ebene unter Beteiligung von Ländern und Kommunen „Lokale Bündnisse für Familie“ aufgebaut. Sie sollen die Rahmenbedingungen für Familien in der Kommune verbessern helfen und unter anderem den Ausbau einer guten Kinderbetreuung begleiten, und zwar unter Beteiligung gesellschaftlich wichtiger Partner, insbesondere der Wirtschaft, aber auch sozialer Verbände.

Auch Ihre Unterstützung wird dringend gebraucht. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass dieses Land ein Land für Kinder und damit ein Land mit Zukunft wird.

Diversity@Ford

HANS W. JABLONSKI

Diversity-Manager der Ford-Werke AG, Köln

Vorbemerkungen

Vielen Dank für die Einladung zu diesem Diskurs. Ich freue mich, dass ich in diesem Auditorium zu Ihnen sprechen darf. Als Vertreter der Wirtschaft bin ich eingeladen worden; ich soll hier und heute über Diversity sprechen. Ich hoffe, dass es mir im Verlaufe meines Vortrages gelingt, diesen Begriff zu „entzaubern“, so dass Sie verstehen, was ein Diversity-Manager macht, wenn er nicht gerade mit Vorträgen beschäftigt ist.

Das Thema „Diversity“ ist neu in Deutschland und deshalb möchte ich Ihnen auch vorstellen, warum sich Ford um dieses Thema kümmert. Ferner: Worüber reden wir, wie übersetzt sich das für Deutschland? Mancher denkt, dass Ford ein US-amerikanischer Konzern ist und Diversity deshalb sicherlich etwas mit der aus Nordamerika bekannten Minderheitenregelung zu tun habe. Diversity hat aber auch in Deutschland erhebliche Aktualität. Außerdem werde ich etwas über den Business Case sagen. Es handelt sich dabei um den wirtschaftlichen Nutzen dafür, warum sich ein Unternehmen in Deutschland mit dem Thema „Diversity“ auseinandersetzt und dass es einen wirtschaftlichen Vorteil gibt. Ein letzter Aspekt meines Vortrages sollen die praktischen Beispiele dafür sein, was wir im Rahmen des Diversity-Managements machen und wie wir bei unserem Konzept mit der Erziehungsverantwortung für Kinder umgehen.

1. Die Diversity-Dimensionen bei Ford

Ford hat mehr als 300.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine riesige Dimension von Kolleginnen und Kollegen, die weltweit zusammen arbeiten – **zusammenfassend siehe Abbildung 1**. Zu Ford gehören über 100 Werke in 38 Ländern, in denen produziert wird. Das heißt einerseits, dass Vorschriften und Rechtsgegebenheiten in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden müssen. Es gibt aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit unterschiedlichen Mentalitäten und Einstellungen zur Arbeit kommen. Das bedeutet, dass wir in Deutschland danach schauen müssen, welches hier die Besonderheiten in einem der 38 Länder sind. Und das ist zugleich vor einer globalen Unternehmenszielsetzung zu vertreten. Das ist auch der Ansatz von Diversity, wo globale Firmen das Ziel haben, den Vorteil von Globalisierung auszunutzen, also diese globale Markenstrategie. Wir müssen aber andererseits danach schauen, was das für die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort heißt. Und da gibt es deutliche Unterschiede. Nehmen wir zum Beispiel die Besonderheiten im Vergleich zu den englischen Kollegen. Obwohl sie mit ähnlichen Systemen arbeiten, haben wir aber andere soziale Elemente, die wir dabei berücksichtigen. Das ist die interne Seite, die unsere Kolleginnen und Kollegen betrifft.

Die Daten der Ford Motor Company machen die Dimensionen von Diversity deutlich:



- ca. 350.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 110 Werke weltweit in 38 Ländern
- Handel in über 200 Märkten
- über 160 Milliarden \$ Umsatz pro Jahr
- zweitgrößter Automobilhersteller der Welt

Ford**Diversity**



Abbildung 1

Die Abbildung 1 zeigt die Dimensionen von Diversity bei Ford, zum Beispiel den Handel in über 200 Märkten. Es gilt, technische Begebenheiten zu berücksichtigen, weshalb das Auto aufgrund von technischen Vorschriften in den USA anders aussieht als in Europa. Das ist leicht zu verstehen und nachzuvollziehen. Es ist schwieriger zu verstehen, ob das Produkt auch die einzelne Konsumentin oder den einzelnen Konsumenten aufgrund unterschiedlicher Erwartungen und Ansprüche, die an das Fahrzeug gestellt werden, anspricht. Das ist auch eine Sache von Mentalität. Das zeigt sich in der Frage: Inwieweit kann man ein amerikanisches Fahrzeug auch in Deutschland verkaufen?

Der Versuch ist gemacht worden. Es gab das Weltauto, den Mondeo. Sie müssen mir verzeihen, wenn ich auch über Autos rede, aber das ist unser Geschäft. Bei dem Mondeo meinte man: Was mit Hamburgern geht, müsste auch mit Autos funktionieren, also einen Standard zu haben, den man weltweit vertreten kann. Es war eine bittere Enttäuschung von den Ingenieurinnen und Ingenieuren, die zur Kenntnis nehmen mussten, dass sich das Auto auf den einzelnen Märkten nicht verkauft. Der Mondeo passte also wirklich nirgendwo so richtig. Das war und ist die Geburtsstunde von Diversity: Bei aller Globalisierung und weltweiter Standardisierung darf der Blick für regionale, lokale und individuelle Anforderungen und Umstände nicht aus den Augen verloren werden.

Das ist das Thema, das Ford seit 1996 in Deutschland und weltweit auf der Agenda hat. Ich werde vielfach von Unternehmen in Deutschland angesprochen, die dieses

Thema auch in ihren Firmen implementieren möchten. Deshalb spreche ich über kein amerikanisches Thema oder Programm, sondern ich spreche über eine Unternehmensstrategie, die dann von Unternehmen zu eigen gemacht wird, wenn es um Internationalisierung geht.

In der Abbildung 1 ist auch ersichtlich, dass Ford der drittgrößte Automobilhersteller der Welt ist – mit einem Umsatzvolumen, was dem Bruttoinlandsprodukt mancher Länder entspricht. Ford leitet von dieser Größe deshalb auch eine gesellschaftliche Verantwortung ab.

Ich habe mich besonders darüber gefreut, dass ich während des Diskurses bereits auf unsere so genannte Community-Involvement-Initiative angesprochen wurde. Den Begriff übersetzen wir als bürgerschaftliches Engagement. Das heißt, dass Ford Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Deutschland für zwei Tage pro Jahr freigestellt werden, um bürgerschaftliches Engagement in verschiedenen Projekten vollziehen zu können. Sie sehen, das ist eine soziale Verantwortung, die Ford sehr ernst nimmt. In Kommunen, in denen die Ford-Werke AG präsent ist, gibt es vielfältige Unterstützung. Beispielsweise gibt es eine Kooperation mit der Stadt Köln, wo Projekte identifiziert wurden, die regional und kommunal möglich sind. Ford kann hierbei unterschiedliche Kompetenzen einbringen. Ein Beispiel ist die Trainingsabteilung, die Nachhilfestunden und Hausaufgabenbetreuung für Kinder und Jugendliche angeboten hat. Dafür wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Das verstehen wir unter dem Community Involvement. Ford gibt sehr viel Hilfe, so dass wir unsere gesellschaftliche Dimension spüren und auch wahrnehmen.

Das hängt auch mit dem Thema „Diversity“ zusammen, also mit den Unterschieden und der Vielfalt, die wir haben, weil wir versuchen, diese Projekte gleichzeitig in die Verbindung zu dem Thema „Diversity“ zu bringen. Projekte sind häufig mit Diversity-Themen verbunden, wie zum Beispiel die Unterstützung der Ausrichtung eines Sommerfestes in einer lokalen Einrichtung für Menschen mit Behinderungen.

2. Was heißt Diversity?

Diversity bedeutet Vielfalt und schließt alle Unterschiede ein, die Individuen in das Arbeitsleben einbringen – **zusammenfassend siehe Abbildung 2**. Ford möchte offen sein, will eine Integration aller Unterschiede und so gibt es in dem Konzept anstatt einer Defizitorientierung eine weite Definition, in der alle nur denkbaren Unterschiede erfasst sind. Wir möchten den Gedanken von Diversity so breit wie möglich spannen. Bei einem breit gespannten Rahmen besteht aber die Gefahr, dass man sich verzettelt. Deshalb ist es eine Hauptaufgabe des Diversity-Managers, darauf zu achten, inwiefern Aktivitäten gestartet und verfolgt werden, im Rahmen der Linienorganisation auch Verankerung finden und auch untereinander vernetzt werden.

Ford hat eine Vision zu Diversity – **siehe Abbildung 3**. Der erste Punkt der Darstellung unserer Vision bezieht sich auf die Unternehmenskultur. Hier streben wir bei

Die Definition von Diversity



Diversity bedeutet Vielfalt und schließt alle Unterschiede ein, die Individuen in das Arbeitsleben einbringen:

- Alter
- Geschlecht
- Behinderung
- Ausbildung
- persönliche Einstellung
- ...
- soziale, ethnische, geographische Herkunft
- sexuelle Orientierung
- Berufserfahrung
- Religion

Ford**Diversity**



Abbildung 2

Ford hat eine Vision zu Diversity



Schaffen eines Arbeitsumfeldes, das ...

- ... eine Kultur fördert, in der jede/jeder zum Erfolg von Ford beitragen kann (Integration/Inclusion),
- ... die Unterschiede und Fähigkeiten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertschätzt,
- ... den Vorteil von vielfältig zusammengesetzten Arbeitsteams nutzt.

Ford**Diversity**



Abbildung 3

Ford eine Unternehmenskultur an, die Offenheit für Unterschiede signalisiert, unterschiedliche Perspektiven zulässt und Integration ermöglicht.

Das ist der erste Teil unserer Vision. Genau so wichtig ist der zweite Teil. Hier geht es nicht nur um Toleranz, sondern um die Wertschätzung der Unterschiede, die Ford daher als Bereicherung versteht. Dies ist der grundsätzliche Ansatz von Diversity – weg von einer „defizitären Sichtweise“, hin zu Wertschätzung und Verständnis von Unterschieden. Wir wertschätzen die Vielfalt unserer Belegschaft genau so, wie wir die Vielfalt der Kundschaft schätzen. Wir sehen darin einen produktiven Vorteil, um – wie wir später sehen werden – Kreativität und Produktivität zu erhöhen.

Der dritte Aspekt der Vision drückt aus, dass dieser Vorteil der Mischung auch in den Arbeitsteams in Produktivität umgesetzt werden soll. Dazu ein Beispiel: Stellen Sie sich vor, wir bauen Autos. Das machen wir mit einem Ingenieurteam, mit Männern um die 25 Jahre. Es wären alles deutsche Männer, die nicht verheiratet sind und keine Kinder haben. Stellen Sie sich dieses Team vor und das Auto, das diese jungen Männer entwickeln würden ... Wäre das ein attraktives Auto für jemanden, der eine Familie hat? Daraus folgt: Je mehr unterschiedliche Perspektiven in Arbeitsteams vorhanden sind, um so stärker wird in dem Unternehmen das repräsentiert, was auch den Markt ausmacht und bestimmt. Das sind die zwei Seiten von Diversity, einerseits intern zu gucken, was die Belange der Belegschaft betrifft, andererseits extern unterschiedliche Kundengruppen richtig anzusprechen.



Abbildung 4

Aus der Vision haben wir strategische Ziele abgeleitet – **siehe Abbildung 4**. Der erste Aspekt betrifft das Kundenpotenzial. Die Frage lautet: Welche Kundschaft sprechen wir noch nicht an? Bei der Mitarbeiterstruktur müssen wir fragen: Wie homogen sind wir denn wirklich? Hat denn schon einmal jemand danach geguckt, wie in den jeweiligen Teams und Arbeitsgruppen die Altersaufsplittung ist? Inwiefern sind junge und ältere Menschen gleich berücksichtigt? Bei der externen Wahrnehmung müssen wir fragen: Was hat das mit dem Markenimage zu tun? Sind wir eine konservative Firma oder signalisieren wir ebenfalls Offenheit nach außen hin? Der vierte Aspekt betrifft das Mitarbeiterpotenzial. Wir sehen als Folge der Aktionen, mit denen wir starten, eine sehr hohe, wachsende Identifikation mit dem Unternehmen. Manche Kollegen sagen: *„Ich fühle mich von der Firma gesehen und verstanden.“*

In der Abbildung 4 sind in der Mitte der Pyramide die strategischen Initiativen aufgelistet. „Policy Deployment“ ist der englische Begriff für die Zielvereinbarung. Das heißt, wir schreiben auch Diversity-Ziele in den Zielvereinbarungen der Manager fest. Die Aufgabe eines Diversity-Managers ist es, die Beratung der Linienmanager im Hinblick auf die Erfüllung der Diversity-Ziele durchzuführen; beispielsweise auch, wie berücksichtigt werden kann, ob ein familienfreundliches Klima in dem jeweiligen Bereich oder Werk besteht.

An der Basis der Pyramide stehen die Treiber; eine vielfältige Organisation arbeitet an diesem Thema mit. Es ist nicht so, dass alles delegiert wird oder dass ich allein für das Thema „Diversity“ zuständig wäre. Das Thema ist sehr stark in den einzelnen Fachfunktionen verankert.

Die Bedeutung von Diversity hat bei Ford unterschiedliche Dimensionen – **siehe Abbildung 5**. Wir befassen uns sehr stark mit dem Thema „Diversity“ in der Geschäftsstrategie, also dort, wo es um Kosten geht, zum Beispiel in Form von Abwesenheit oder Demotivation. Ich habe vergangene Woche in der Zeitung gelesen, dass 80 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Arbeit gehen, weil man eben zur Arbeit gehen muss, um sein Geld zu verdienen. 80 Prozent sind wenig motiviert, das zu machen, was sie tun. Als Betriebswirtschaftler überlege ich, was da an Motivation, Identifikation und Ressourcen vertan wird, was nicht in die Unternehmen eingebracht wird. Ganz im Gegenteil: Wie viel Frustration wird dadurch produziert, dass diese Fähigkeiten nicht gesehen werden?

Ich rede über Fähigkeiten und denke dabei auch an Eltern. Welche Kompetenzen und Fähigkeiten werden entwickelt, wenn man ein Kind erzieht? Ich meine, dabei handelt es sich um Fähigkeiten, die man in keinem Führungskräfte-Training so gut beibringen kann. Es gibt eine Elternzeit, in der man das probieren kann. So etwas auch zu sehen und das als Wert zu schätzen und mit einzubringen, darauf kommt es eben in der Ford-Strategie an.

Der zweite Aspekt sind die gesellschaftlichen Veränderungen. Da nenne ich nur Schlagworte, die Sie wahrscheinlich alle kennen: das Altern der Belegschaft und das Altern der Bevölkerung, die Internationalisierung mit der EU-Osterweiterung, die In-

Die Bedeutung von Diversity bei Ford hat unterschiedliche Dimensionen



- 1 Ford Geschäftsstrategie:**
Diversity unterstützt die europäische Transformations- und Markenstrategie von Ford.
- 2 Gesellschaftliche Veränderungen:**
Diversity schafft Offenheit für kulturelle und demographische Veränderungen im Unternehmen.
- 3 Unternehmenskultur:**
Diversity wirkt sich positiv auf die Motivation und Produktivität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus.

Ford**Diversity**



Abbildung 5

Integration der zweiten Generation ausländischer Bürgerinnen und Bürger, das Thema „Worklife-Balance“, also mit welchen Anforderungen Kolleginnen und Kollegen zur Arbeit kommen. Das alles sind Dinge, die uns von außen als Anforderungen herangebracht werden.

Der dritte Aspekt bezieht sich auf die Unternehmenskultur. Es geht um den Mentalitätswandel im Unternehmen, auf den ich bereits verwiesen habe. Kultur hat immer etwas mit gelebten Normen und Werten zu tun und damit mit der Qualität der Beziehung. Diversity versucht, diese Qualität zu verbessern. Dazu möchte ich auf einen Gedanken hinweisen, der mir sehr am Herzen liegt. Einerseits sind wir alle gleich, das steht im Grundgesetz; andererseits gibt es aber Unterschiede, die uns verschieden machen und uns in unterschiedliche Situationen bringt. Wir diskutieren gegenwärtig die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten durch das Thema „Diversity“ und warum eine unterschiedliche Behandlung sinnvoll und vor allem zulässig sein kann.

Diversity schafft eine andere Qualität von Beziehungen im Unternehmen – **siehe Abbildung 6**. Das Ziel dabei ist nicht die Gleichbehandlung aller, sondern möglichst die Berücksichtigung der individuellen Situation. Warum gibt es beispielsweise einen Girls' Day und keinen Boys' Day? Aus Gerechtigkeitsgründen empfindet man das so, dass es auch für die Jungen etwas Analoges geben müsste. Dann muss ich erklären, dass bei Ford durch den Girls' Day versucht wird, Frauen oder Mädchen für technische Ausbildungen oder Berufe zu begeistern, weil dafür ein Bedarf besteht, der aber

Diversity schafft eine andere Qualität von Beziehungen im Unternehmen



- Keine Gleichbehandlung aller, sondern möglichst Berücksichtigung der individuellen Situation.

- Offene Auseinandersetzung mit Unterschieden und Konflikten.

- Hinterfragen von Klischees und Vorurteilen.

Ford**Diversity**



Abbildung 6

bei Jungen nicht gegeben ist. Wenn ich das erkläre, versteht das auch der Ingenieur oder die Ingenieurin. Wenn ich das nicht erkläre, wird der Tag von den Jungen als Diskriminierung erlebt. Ich bin froh um jede Diskussion über die Unterschiede, um deutlich zu machen, wo es unterschiedlichen Bedarf gibt.

Ein weiterer Aspekt der anderen Qualität von Beziehungen ist die Offenheit für Konflikte. Es ist häufig so, dass ich bei Betriebsbesuchen von verantwortlichen Leitern höre: „Ja, Herr Jablonski, wir können Diversity starten, aber bitte bringen Sie bei uns nichts durcheinander.“ Ich meine, wir können Diversity, also die Unterschiede, dann zum Thema machen, wenn wir Sicherungssysteme haben und uns fragen: Inwiefern habe ich mich denn auf Konflikte und Auseinandersetzungen vorbereitet sowie Konfliktlösungsmodelle und Konfliktlotsen in den Werken installiert, die Konflikte dort auffangen, wo sie entstehen? Für das Thema Diversity brauchen wir eine Konfliktkultur, die eine Kompetenz verschafft, damit umzugehen.

Der dritte Aspekt der geänderten Qualität von Beziehungen ist das Hinterfragen von Klischees. Ich freue mich, dass wir bei Ford Themen auf die Tagesordnung bringen können, die in anderen Firmen nicht angesprochen werden. Ein ganz heikles Thema, bei dem das deutlich wird, ist das Thema „Homosexualität“, worüber bei uns sehr offen diskutiert wird. Der Vorstandsvorsitzende der Ford-Werke AG, Bernhard Mattes, hat beispielsweise kein Problem damit, auf einer Pressekonferenz, bei der es um HIV- und Aids-Prävention geht, mit Schwulen und Lesben zu diskutieren. Ich kenne Unter-

nehmen, wo dieses Thema unter den Tisch gekehrt wird; ich kenne Unternehmensvertreter, die bei mir anrufen und fragen, wie so etwas gemacht und umgesetzt werden kann. Ich werte dieses Beispiel als einen Teil der Unternehmenskultur, die sich bei uns verändert, und wo wir einen Fortschritt gemacht haben.

3. Der Business Case – der wirtschaftliche Vorteil von Diversity

Der wirtschaftliche Vorteil leitet sich aus verschiedenen Entwicklungen ab. In der **Abbildung 7** sind beispielhaft verschiedene Aspekte aufgeführt. Worüber ich bisher sprach, bezog sich einerseits auf die Belegschaft, andererseits haben wir so etwas wie den ethnisch-kulturellen Markt. Die Geschlechtervielfalt wird wichtiger, das heißt, Frauen als Käuferinnen werden interessanter, wenn mehr Frauen berufstätig sind. Auf das Thema der sexuellen Identität habe ich bereits an anderer Stelle verwiesen. Das Thema der Generationen ist ein heikles Thema. Denn es ist eine Herausforderung für den Marketing-Bereich, weil man Autos an eine Zielgruppe verkaufen muss, ohne diese Zielgruppe „alt“ aussehen zu lassen. Denn niemand möchte alt sein oder möchte ein Produkt haben, mit dem er an sein Alter erinnert wird. Deswegen ist das ein sensibles Terrain, aber eine sehr interessante Zielgruppe, weil es mitunter die größte und kaufkräftigste Zielgruppe ist.

Das Thema der Behinderung gehört noch zu der Aufzählung in der Abbildung 7. Aber nicht, weil wir aktuell das europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen haben,



Der Business Case leitet sich aus verschiedenen Entwicklungen ab

- Ethnisch-kulturelle Vielfalt** nimmt zu
 - in Deutschland besonders der türkische Markt
- Geschlechtervielfalt** wird wichtiger
 - Frauen als Kauf-Entscheidende- und als Mitarbeiterinnen
- Vielfalt **sexueller Identität/Orientierung** ist normal
 - zum Beispiel das „Lebenspartnerschaftsgesetz“
- Vielfalt der **Generationen** wird markant
 - Überalterung und „jünger bleibende Alte“
- Menschen mit Behinderung** sind (potenzielle) Mitarbeiterinnen und Kunden

FordDiversity

Abbildung 7

sondern weil wir nach dem neuen Sozialgesetzbuch IX auch überlegt haben, inwiefern Ford als produzierendes, industrielles Unternehmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die am Band arbeiten und älter werden, entsprechend leistungsgerecht einsetzen können. Wir sprechen nicht mehr von Leistungsminderungen wie früher, als man die Ziffer 14 bekam und sich nicht mehr beugen durfte – oder bei einer Einstufung unter der Ziffer 32 man die Arme nicht mehr heben durfte. Wer dann früher 14, 32 und 19 hatte, konnte nur noch auf einer Kostenstelle sitzen und darauf warten, abgerufen zu werden. Heutzutage haben wir diese eigenartigen Ziffern in Arbeitsplätze übersetzt und machen ein Matching; das heißt, wir versuchen, die Menschen entsprechend ihrer Fähigkeiten an die möglichen Arbeitsplätze zu bringen, wo sie ihre Fähigkeiten voll einsetzen können. Auch dies ist ein Gedanke von Diversity; also, nicht nach einem Defizit, wonach es sich bei einer Minderung oder Einschränkung handeln würde, sondern danach zu schauen, wo die Leistungswandlung zum Tragen kommen kann. Wie das gelingt, hängt davon ab, wie flexibel wir in der Gestaltung der Arbeitsplätze sind.

4. Umsetzung von Diversity bei Ford

Wie ist Diversity bei Ford strukturiert? Es gibt verschiedene Mitarbeiternetzwerke, die so genannten Employee Resource Groups – **siehe Abbildung 8**. Wir sehen die dort erfassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Ressourcen für unser Unternehmen und

The slide features a blue background with white text. In the top right corner, there is a small logo for 'Ford Employee Resource Groups' with the text 'Ford Employee Resource Groups' and 'Ford' below it. The main title is 'Employee Resource Groups – Ford Mitarbeiternetzwerke in Deutschland als Sponsoren und Aktivisten'. Below the title is a list of seven ERGs, each preceded by a white square bullet point. At the bottom left, the text 'FordDiversity' is displayed, and at the bottom right is the Ford logo.

Employee Resource Groups – Ford Mitarbeiternetzwerke in Deutschland als Sponsoren und Aktivisten

- Women's Engineering Panel - WEP
- Women's Marketing Panel - WMP
- Elternnetzwerk
- Gay, Lesbian Or Bisexual Employees – GLOBE
- Turkish Resource Group
- IT Women in Leadership - IT WIL
- Women in Human Resources - WiHR

FordDiversity 

Abbildung 8

für die spezifische Sichtweise, die sie mit in das Unternehmen bringen. An erster Stelle stehen die Ingenieurinnen – das Women's Engineering Panel –, die erörtern und zum Ausdruck bringen, wie man einerseits Frauen für diesen Beruf begeistern kann und was andererseits gegeben sein muss, um Frauen in diesem von Männern dominierten Beruf zu halten.

Ich bin zum Beispiel auch mit dem Elternnetzwerk in engem Kontakt. Dort wird gefragt, was denn Eltern bei Ford brauchen, um ihrer Arbeit entsprechend nachgehen zu können. Das sind einerseits der Kindergarten und andere Betreuungseinrichtungen, aber andererseits auch das Verständnis von den Kolleginnen und Kollegen sowie der Vorgesetzten, dass man seine Arbeit beenden muss, weil der Kindergarten um 17.00 schließt und man seine Kinder abholen muss. Auch hier ist wieder das Thema „Unternehmenskultur“ wichtig. Inwiefern wird es als Wert gesehen, Eltern im Arbeitsteam zu haben? Oder wird es eher als Belastung betrachtet, dass Eltern früher und pünktlich gehen müssen, weil sie sich um ihre Kinder kümmern müssen? Auch hier möchten wir eine offene Unternehmenskultur, die das begrüßt.

Ich möchte ihnen jetzt die Diversity-Schwerpunkte für das Jahr 2003 kurz vorstellen – **siehe Abbildung 9**. Über das Thema der Behinderung habe ich bereits referiert. Das Thema „Diversity und Worklife“ ist ganz aktuell. Das Elternnetzwerk hatte zwei Workshops organisiert; der eine hatte das Thema „Rückkehr zum Arbeitsplatz“ für die Menschen, die ihre Elternzeit genommen hatten. Der andere Workshop hieß „Neue Väter“; das Motto lautete: *„Verpasse nicht die Rolle deines Lebens.“* Mit meiner Schilderung möchte ich deutlich machen, dass wir nicht nur die Mütter ansprechen, sondern dass wir ganz bewusst auch etwas für die Väter tun, weil in der Regel im männlich dominierten Ingenieurbereich wenig Verständnis dafür aufgebracht wird, wenn ein Kollege Elternzeit beantragt. Wir wollen erreichen, dass Männer auch die Möglichkeit dazu haben und Vorgesetzte aufgeschlossen reagieren.

Ein großes Thema ist die Evaluation. Eine Studentin sagte einmal: *„Sie leisten sich einen Luxus mit Diversity, was machen Sie denn einmal in schwierigen Zeiten?“* Wir sind gegenwärtig in schwierigen Zeiten; nicht nur Ford, die gesamte Automobilindustrie ist damit konfrontiert. Vor wenigen Tagen hat der europäische Vorsitzende der Ford Motor Co. erklärt: *„Wir brauchen Diversity, müssen das machen, aber ich möchte auch sehen, wo und wie sich das rechnet.“* Ford ist ein wirtschaftliches Unternehmen und deshalb muss man auch danach schauen, was alle Maßnahmen zur Berücksichtigung der Individualität ökonomisch bringen. Ich werde Ihnen im Verlauf meines Referates noch Beispiele dafür nennen, wo sich diese Politik rechnet und wie sich das auszahlt.

Weitere Schwerpunkte sind: Das Training, das wir zur Betriebsvereinbarung „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“ machen. Wir wollen aufklären, was das Thema „Mobbing und Diskriminierung“ am Arbeitsplatz bedeutet. Ford ist auch im Ausbildungsbereich sehr aktiv, weil man dort ganz unmittelbar mit Diversity ansetzen kann. Im Ausbildungsbereich haben wir das Ziel, die Unterschiede deutlich zu machen und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie diese Unterschiedlichkeiten integriert werden

Diversity Schwerpunkte für 2003 in Deutschland



- Aktivitäten zu Behinderung
(Europäisches Jahr für Menschen mit Behinderungen)
- Diversity- und Worklife-Aktivitäten im ganzen Jahr:
Events zu Themen wie Gender, Worklife, Stress, Migration,
Behinderung ...
- Interkulturelle Veranstaltung und Information mit der
„Turkish Resource Group“
- Anpassung eines Diversity Audits in Deutschland (DEAR)
im Rahmen der europäischen „Dignity at Work“ Politik
- Entwicklung eines Führungskräfte Trainings zu der
Betriebsvereinbarung „Partnerschaftliches Verhalten“
- Diversity Trainings für Auszubildene
- Gründung der Arbeitsgruppe „Generationen“
- Weiterentwicklung des Elternnetzwerkes und weiterer
Elternangebote
- Frauen und Männer
 - Gründung eines Frauennetzwerkes
 - Aktionen für Männer und Frauen
(Frauen in technischen Berufen – FIT)

Ford**Diversity**



Abbildung 9

können. Ein Thema sind auch die „Generationen“, also junge und alte Menschen. Es reden immer alle von der alternden Bevölkerung. Was heißt das dann für einen produzierenden Betrieb? Ich hatte bereits das Beispiel von der Leistungswandlung erläutert. Ich denke hierbei aber auch an das Thema der Unternehmenskultur, an Verteilungskämpfe. Solche Verteilungskämpfe kann es auch in Unternehmen zwischen den Generationen geben: Wer mit welchen Rechten ausgestattet ist und inwiefern auch ein Verständnis dafür vorhanden ist.

Auch das Thema der Wertschätzung gehört dazu. Ich weiß nicht, ob es wertschätzend ist, wenn Kollegen, die 55 Jahre alt geworden sind, gefragt werden, wann sie denn nun endlich gehen würden. Unabhängig von dem Know-how, welches verloren geht, ist bei einer solchen Position eine Wertschätzung ganz und gar nicht gegeben. Deswegen gibt es eine Arbeitsgruppe, die Positionen zu diesem Thema erarbeitet.

Mit dem Elternnetzwerk sind wir im Gespräch. Es geht darum, bislang noch unadressierte Handlungsfelder zu identifizieren. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehört auch das Thema „Männer und Frauen“. Es wurde ein Frauennetzwerk gegründet, was speziell dieses Thema beleuchtet. Außerdem gibt es die Initiative „Frauen in technischen Berufen“ (FiT). Weil es so wenig Ingenieurinnen gibt, möchten wir gern mehr Mädchen dafür begeistern. Ford hat einen systematischen Prozess, Schülerinnen und Studentinnen zu Ingenieurinnen zu entwickeln. Hierzu agieren zum Beispiel Ford-Ingenieurinnen als Mentorinnen.

5. Gestaltung von Arbeits- und anderer Zeit, Worklife-Balance und Worklife-Optionen

Das Thema „Worklife Balance“ ist in aller Munde. Dabei zeigt sich jedoch, dass es immer unwirklicher wird, von einer Balance zwischen Arbeits- und Freizeit zu sprechen. Viele Mitarbeiter meinen, wenn man bis 19 Uhr oder länger arbeitet, sei es keine Balance mehr, sondern eine einseitige Angelegenheit. Deswegen sprechen wir von Worklife-Optionen, dass es bestimmte Arbeiten oder Felder gibt, in denen unterschiedliche Balancen zu realisieren sind.

Ich möchte das an einem Personalprozess deutlich machen. Schon bei der Rekrutierung neuer Arbeitskräfte muss ein Unternehmen darauf achten, wie die Einstellungen ablaufen. Bei einem Personalentwicklungsprogramm müssen wir darauf achten, für welche unterschiedlichen Zielgruppen solche Programme gestaltet werden und wer die Firma verlässt. Das wird in Zukunft noch wichtiger, weil das Verlassen einer Firma immer eindeutige Gründe in den einzelnen Strukturen und Prozessen hat. Interessanter ist, wie wir den Mittelteil der Worklife-Angebote – **siehe Abbildung 10** – gestalten. Dabei haben Worklife-Optionen in unterschiedlichen Lebensmodellen unterschiedliche Bedeutung. Das eine sind Karrierephasen, bei denen man längere Arbeitszeiten bewusst in Kauf nimmt und sich austesten möchte. Dann gibt es vielleicht eine Phase, in der Eltern- oder eine Auszeit gewünscht werden. Zeiten für Fortbildung oder Umschulung sollen auch Berücksichtigung finden. Wir gehen davon aus, dass es dann einen Wiedereinstieg gibt, den wir auch gestalten müssen.

Das Thema „Pflege von Angehörigen“ betrifft eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen. Und vor dem Hintergrund einer alternden Belegschaft wird dieses Thema künftig noch bedeutsamer. Auf Initiative einer Kollegin wurde eine Arbeitsgruppe dazu gebildet. Wir müssen uns als Unternehmen damit auseinandersetzen, was es bedeutet, wenn eine Kollegin zur Arbeit kommt, aber im Kopf mit der Pflege von Vater oder Mutter beschäftigt ist. Auch dieses Thema sehen wir – wie die meisten Worklife-The-

Worklife – Angebote bei Ford



- **Kinderbetreuung**
 - Ford Pänz (Notfallbetreuung & Ferienprogramme)
 - Elternnetzwerk
- **Arbeitsmodelle**
 - Teilzeit, Wochenendschichten, Telearbeit, Sabbaticals
- **Worklife & Diversity Wochen**
 - Kulturveränderung durch Bewusstmachung angestrebt
- **Arbeitsgruppe: Pflege von Angehörigen**
- **Arbeitsgruppe: Generationen**
- **Sport- und Freizeitangebote (FFO)**
- **Service des Ford-Gesundheitsdienstes**

Ford**Diversity**



Abbildung 10

men – nicht nur als Frauenthema, obwohl in der Regel alle Brüder bei der Frage, wer sich denn um Vater oder Mutter kümmert, auf die Schwester schauen.

Auch das Thema „Gesundheit“ ist wichtig, was bei Ford heißt, präventiv zu sein. Im Moment wird eine Herz-Kreislauf-Studie erarbeitet, wo analysiert wird, wie gesund oder wie anfällig die Fordbelegschaft für Herz- und Kreislauferkrankungen ist. Damit können wir schon jetzt etwas dafür machen, was uns beispielsweise in fünf Jahren erwartet. Prävention ist eine Aufgabe des Ford-Gesundheitsdienstes.

6. Worklife und Eltern

Bei Ford gibt es einen Notfall-Kindergarten, wo Eltern in komplizierten Familiensituationen ihre Kinder hingeben können – **zusammenfassend Abbildung 11**. Das findet eine sehr hohe Akzeptanz. Die Notfälle definieren sich nicht nach der Erkrankung der Großmütter, wie es ursprünglich der Slogan war. Ein Notfall tritt nach unserem Verständnis auch dann ein, wenn eine Mutter zu uns kommt und sagt, dass sie nicht mehr kann. Wenn der Wunsch nach einer Auszeit besteht, werden die Kinder in die Einrichtung aufgenommen. Es gilt auch als Notfall, wenn eine Mutter erst in zwei Monaten einen Platz in einer öffentlichen Kindertagesstätte bekommt. Mit dem Aufenthalt des Kindes in der Notfall-Einrichtung werden auch Wartezeiten im Interesse der Familien überbrückt.

Worklife Balance und Elternnetzwerk/Kinderbetreuung



- Einrichtung eines Notfall-Kindergartens für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Hohe Akzeptanz und sehr gutes Feedback von Ford Pänz
- Vorgestellt im Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“
- Ferienangebote
- Trainingsangebote für Väter und Kinder (in Planung)



FordDiversity



Abbildung 11

Es gibt auch attraktive Ferienangebote. Ich habe Ihnen auch einige Daten mitgebracht. Seit 2001 finden wir nicht nur intern für unsere betriebliche Betreuungsstätte sehr viel Anerkennung. Ich freue mich, dass wir Lob auch von externer Seite bekommen. Besonders positiv wird die Regelung angesehen, dass Eltern die Hilfe bereits für ihre Kinder ab dem sechsten Altersmonat in Anspruch nehmen können. Deshalb freue ich mich, dass wir diese Notfallbetreuung sinnvoll gestaltet haben und anbieten können. Der Preis ist moderat. Was Tagesmütter in der Stunde bekommen, gibt es in dem Ford-Kindergarten als Preis für den ganzen Tag. Ford subventioniert natürlich das Angebot, das sehr wichtig ist, da unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allein am Standort Köln gegenwärtig insgesamt 3.500 Kinder haben, die einen Anspruch auf Betreuung haben können.

Lohnt sich das denn alles für Ford? In jüngster Zeit wurden Fehlzeiten und die Motivationsindizes berechnet. Wenn wir das alles zusammenziehen, so sehen wir bestätigt, was im PROGNOSE-Bericht steht: Es rechnet sich auch für Ford.

7. Integration und Migration

Ich möchte nun etwas zum Thema „Integration und Migration“ sagen und deutlich machen, dass Diversity viele Facetten hat. Wir sprechen Kolleginnen und Kollegen ausländischer Herkunft an, um ihnen klar zu machen, dass auch deren Kinder gemeint

Aktionen zum Thema „Integration/Migration“

- Projekt „Interkulturelle Kommunikation“ (Xenos-Programm)
- Projekte: „Tolle Jobs für Ihre Töchter“ und „Versorgung von älteren Migrantinnen und Migranten“
- Anzeige Tageszeitungen „Gegen rechtsextremistische Gewalt in Deutschland“ und Anstecker „Für Toleranz“
- Wettbewerb „Chance.nrw – Gewinnen mit Zuwanderung“
- Unterstützung des Projekts „Lebenshilfe e. V.“ in Verbindung mit der Stadt Köln
- kulturspezifische Aktivitäten bei Ford Veranstaltungen (Info-Stände, Folklore, Ausstellungen, Feiern ...)
- interne Anerkennung CLAD bereits dreimal erhalten

FordDiversity



Abbildung 12

sind. Es gibt vielerlei Projekte und Aktionen – **zusammenfassend Abbildung 12**. Wir haben zum Beispiel ein Projekt, bei dem türkische Kolleginnen und Kollegen zur Betreuung von älteren Migrantinnen und Migranten einbezogen sind. So wird das Potenzial der Belegschaft genutzt, um weitergehende Veränderungen in der Gesellschaft voranzutreiben. Das alles findet in Kooperation mit Bundes- und Landesprojekten oder auch regionalen Projekten statt. Die Betreuung von älteren Migrantinnen und Migranten beispielsweise ist ein Bundesprojekt, das als Pilotprojekt auch im europäischen Rahmen gelten soll.

Auf die weiteren aufgeführten Punkte kann ich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht eingehen. In der Abbildung 12 wird ersichtlich, welche Vielfalt an Aktivitäten existiert.

8. Die Betriebsvereinbarung „Partnerschaftliches Verhalten“

Was die Gesetzgebung vorsieht, haben wir durch die Betriebsvereinbarung „Partnerschaftliches Verhalten“ und die Null Toleranz, die wir gegenüber jeder Art von Mobbing, Diskriminierung und Belästigung zeigen, vorweggenommen. Dabei fordern wir jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin auf, dagegen einzuschreiten. Verstöße gegen die Vereinbarung gelten als ernsthafte Störung des Betriebsfriedens und können disziplinarische Maßnahmen, bis hin zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses, bewirken.

Die Ford-Betriebsvereinbarung – **siehe Abbildung 13** – gilt als Vorbild; sie kann auch als Konzept für kleine und mittelständische Betriebe gelten. Wir sind sehr stolz darauf, dass diese Vereinbarung gemeinsam mit der Arbeitnehmervertretung verabschiedet werden konnte.

Die Betriebsvereinbarung „Partnerschaftliches Verhalten“


FCC
Ford Community Council
1993

- Verstöße gelten als Verletzung des Betriebsfriedens und können disziplinarische Maßnahmen nach sich ziehen.
- Es besteht ein Beratungsangebot in Fällen von Mobbing, Belästigung, Diskriminierung.
- Unterstützung einer europaweiten „Dignity at Work“-Kultur.

Nächste Schritte:

- Unterstützung bei der Entwicklung von Trainings
- Mentoring-Angebote
- Konfliktlotsen-Modelle

FordDiversity 

Abbildung 13

Eltern brauchen für ihre Kinder Zeit, Geld und verlässliche Unterstützungsangebote

DR. ALBIN NEES

*Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Dresden,
und Vorsitzender des Deutschen Familienverbandes e.V.*

Vorbemerkungen

Als ich die Einladung zu der heutigen Veranstaltung bekam, habe ich gerne zugesagt, eine Art Impulsreferat zu halten zu den Fragen: Individuelle Förderung oder Förderung einer verlässlichen Infrastruktur? Wo ist der Standort für Tagesbetreuung? Diese Fragen beschäftigen seit langem die Eltern und ihre Vertretungen sowie die Verantwortlichen der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Die Fragen besitzen eine familienpolitische und eine jugendpolitische Brisanz.

Wie Sie wissen, bin ich von beiden Seiten her mit dem Thema befasst: zum einen in meiner beruflichen Funktion als Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Soziales, zum anderen aber auch in meiner ehrenamtlichen Funktion als Präsident des Deutschen Familienverbandes.

Ein Zwischenruf

Die Gesamtüberschrift dieses 6. Berliner Diskurses zur Jugendhilfe lautet: „Kindererziehung zwischen elterlicher und staatlicher Verantwortung“. Dabei provoziert mich die Präposition „zwischen“ gleich zu einem Zwischenruf. Was geschieht denn, wenn Kindererziehung „zwischen“ der einen und der anderen Verantwortung stattfindet? Wenn hier eine ähnliche Aussage getroffen werden soll, wie dies bei der Redewendung „sich zwischen zwei Stühle setzen“ gemeint ist, dann stünde es schlecht um die Kindererziehung.

Manchmal hat man den Eindruck, dass Kindererziehung weder in elterlicher Verantwortung geschieht noch in staatlicher oder öffentlicher Verantwortung. Petra Gerster und Christian Nürnberger berichten in ihrem Buch „Der Erziehungsnotstand“¹ über eine Fülle von Beobachtungen und Erlebnisse, die den erwähnten Eindruck bestätigen. So allerdings darf das Thema unseres Diskurses nicht verstanden werden.

Vielmehr geht es um ein Spannungs- oder (besser) um ein Ergänzungsverhältnis zwischen der Wahrnehmung der elterlichen Erziehungsverantwortung und der Wahrnehmung der öffentlichen Mitverantwortung. Die Hauptverantwortung liegt bei den Eltern. Die öffentliche Hand ist subsidiär gefordert, das heißt, sie greift unterstützend

¹ siehe Gerster, Petra; Nürnberger, Christian: Der Erziehungsnotstand – wie wir die Zukunft unserer Kinder retten, Berlin: Rowohlt (2001)

und ergänzend ein, wenn die elterliche Verantwortung nicht oder nicht ausreichend wahrgenommen wird,¹ und sie leistet ergänzungsweisen Beistand, damit die Eltern – wo nötig – Erziehungskraft und Erziehungskompetenz gewinnen. Soweit mein Zwischenruf unter Bezugnahme auf die Gesamthematik dieser Veranstaltung.

Elternzeit und Zuwendung sind Entwicklungsvoraussetzungen

Im Titel unserer heutigen Diskussion wird nach Alternativen gefragt: Brauchen Familien individuelle Förderung **oder** brauchen sie eine verlässliche Infrastruktur? Hierzu möchte ich gleich eine Gegenfrage stellen: Darf sich die Politik darauf beschränken, Familien ein Entweder-oder anzubieten? Die Antwort, die sich auf das Entweder-oder beschränkt, kann nicht richtig sein. Es geht um ein Sowohl-als-auch.

Die Förderung einer verlässlichen Infrastruktur kann nicht als Alternative zu einer individuellen Förderung gesehen werden. Individuelle Förderung jedes Kindes ist auch in der Tageseinrichtung Ziel der konzeptionellen Arbeit. Dies kann gelingen, wenn die Kindertagesstätte ihren familienergänzenden und familienunterstützenden Auftrag ernst nimmt.

Die verlässliche Infrastruktur ist keine Alternative zu einer gelingenden individuellen Förderung, sondern sie ist Bedingung dafür. Und zu dieser Infrastruktur gehören gute räumliche Gegebenheiten, eine gute personelle Ausstattung und ständig gute Kontakte zu den Eltern der Kinder.

Nach Artikel 6 des Grundgesetzes und § 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes liegen das Recht und die Pflicht zur Betreuung und Erziehung der Kinder zuallererst bei den Eltern. Wenn das Bundesverfassungsgericht in seinem Familienurteil vom November 1998 klarstellt, dass Betreuung und Erziehung zum existenziellen Bedarf eines Kindes zählen und deshalb steuerrechtlich bei den Eltern anerkannt werden müssen, dann folgt es genau diesem Verständnis des Grundgesetzes. Ich ergänze: Wenn dieser existenzielle Bedarf des Kindes, nämlich

- der Betreuungs-,
- der Erziehungs- und
- der Bildungsbedarf

von anderen zu befriedigen wäre, dann hätten die Karlsruher Richter eine andere Entscheidung treffen müssen. Aber: Die Verantwortung liegt „von Natur aus“ und nach unserer Rechtsordnung eindeutig zuerst bei den Eltern. Das Bundesverfassungsgericht konnte nicht anders entscheiden, als es entschieden hat. Allerdings steht im Grundgesetz auch, dass Eltern mit ihrer Erziehungsverantwortung nicht allein gelassen werden dürfen, sondern einen Anspruch auf staatlichen Schutz haben. Die staatliche Gemein-

¹ Wächteramt gemäß Artikel 6 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz

schaft muss dafür sorgen, dass Eltern ihre Rechte wahrnehmen und ihre Pflichten erfüllen können.

Kinder haben nicht nur einen Unterhaltsanspruch gegen ihre Eltern, sie haben auch ein Recht auf die Zeit ihrer Eltern. Eltern brauchen Zeit, um den Kindern die Welt zu erschließen und ihnen das grundlegende Lebenswissen zu vermitteln. Ganz wichtig ist diese individuelle Förderung der Kinder in den ersten Lebensjahren, die für den Aufbau von Bindungsfähigkeit und Vertrauen und für die künftige Bildungsbereitschaft entscheidend sind.

Kinder, die in dieser Zeit und in der mit der Zeit aufgebauten Beziehung Sicherheit und Verlässlichkeit spüren, sind sozial und emotional aufgeweckter. Die frühe Bindungserfahrung in der Familie kann keine noch so gute Erzieherin und kein noch so guter Erzieher ersetzen, weder in der Kinderkrippe, noch im Kindergarten, noch im Hort oder in der Grundschule. Prof. Ludwig Liegle vom Beirat für Familienfragen belegt, dass Bildungsprozesse in der Familie nachhaltiger wirken als in der Schule. Viele junge Eltern spüren das und möchten deshalb ihr Kleinkind zu Hause betreuen.

Erkenntnisse aus moderner Bindungsforschung

Dieses instinktive Wissen wird durch die moderne Bindungsforschung bestätigt. Beispielsweise möchte ich die international angelegte Studie der Entwicklungspsychologin Lieselotte Ahnert zum Alltag von Kleinkindern zitieren, die im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführt wurde:

Mit objektiven Messungen, zum Beispiel dem Speicheltest, wurde bei Untersuchungen herausgefunden, dass das Stressniveau eines kleinen Kindes in einer Ganztagsbetreuung den ganzen Tag auf höherem Niveau blieb als bei Familienbetreuung. Die Kinder bauten zwar auch zu den Erzieherinnen in der Kindertagesstätte eine wichtige Beziehung auf, vor allem dort, wo die Gruppe klein und stabil war, die Betreuungsperson nicht ständig wechselte und somit eine individuelle Förderung, also eine spezifische Förderung erfolgte, die die Individualität des Kindes berücksichtigt hat. Aber die zu lange Aufenthaltszeit in der Tagesstätte – wohlgemerkt: die **zu lange** Aufenthaltszeit – förderte aggressives Verhalten. Daran änderte auch eine bessere Qualität der Tageseinrichtungen nichts. Zuwendung und Zeit sind laut Lieselotte Ahnert Kernvoraussetzungen eines Erfolgs der Pädagogik. Sie lassen Bindung entstehen. Und sicher gebundene, integrierte und akzeptierte Kinder sind emotional ausbalanciert, offen, aufnahmebereit, interessiert und bildungswillig. Wegen der fehlenden Konstanz könne die Bindung zur Erzieherin kein Mutterersatz sein.

Aus diesen Forschungsergebnissen kann man meines Erachtens den Schluss ziehen, dass die Eltern motiviert werden sollten, gerade in den ersten drei Lebensjahren die Erziehung selbst in die Hand zu nehmen und auch während der Kindergartenjahre die Erziehung nicht gleich ganztags in andere Hände abzugeben.

Ich stelle fest, dass wir vor allem in den ostdeutschen Bundesländern eine öffentliche Diskussion haben, deren Tendenz etwa so aussieht: *„Ihr Eltern tut Eurem Kind keinen Gefallen, wenn Ihr es zu Hause betreut und erzieht. Ihr benachteiligt es, Ihr mindert seine Zukunftschancen, wenn Ihr für Euer Kind die Fachkompetenz professioneller Erzieherinnen nicht abruf. Ihr selbst könnt dem Kind doch gar nicht das geben, was seine intellektuelle Entwicklung am besten fördert.“*

Aus dieser den Eltern zwischen den Zeilen eingeredeteten Inkompetenz entsteht ein gestörtes Selbstbewusstsein von Müttern und Vätern. Und sogar Großmütter und Großväter, die als hilfreiche Miterzieher ebenso wertvoll sind wie die miterziehenden Geschwister, lassen sich Inkompetenz einreden.

Verstärkt wird dieses unterschwellige Befördern des Eindrucks, häusliche Erziehung sei dadurch wertlos, dass die Tagesstättenbetreuung und Tagesstättenerziehung mit beträchtlichen Geldmitteln bezuschusst wird, während sich der Steuerzahler die eigene elterliche Erziehung nichts kosten lässt. Ich halte es für geboten, die elterliche Erziehungsarbeit in ähnlicher Weise zu fördern wie die außerhäusliche, sie materiell und ideell zu fördern.

Für die konsequente Anerkennung des Kindergartens als Bildungsangebot

Mir hat der vom Kollegen Ruhenstroth-Bauer zitierte Sinnspruch aus Afrika sehr gut gefallen: *„Um ein Kind zu erziehen, braucht man ein ganzes Dorf.“* Darin kommt zum Ausdruck, wie wichtig das gesamte Umfeld ist, wie wichtig daneben auch die ergänzenden Angebote der öffentlichen Hand sind. Zeit und Zuwendung sind der Boden, auf dem kindgerechte Bildungskonzepte gedeihen. Sofern die Vor-Prägung in der Familie gelungen ist, kann der ergänzende Prägeprozess in Kindertagesstätte und Schule mit größerer Erfolgsaussicht rechnen.

Ich betone also ebenfalls, dass Kinder verlässliche und gute Betreuungsangebote brauchen, unabhängig davon, ob ihre Eltern erwerbstätig sind oder nicht. Denn Kinder brauchen zur Entfaltung ihrer sozialen Kompetenz selbstverständlich auch Kinder. Und wenn sie Einzelkinder sind, also die Auseinandersetzung mit Geschwistern fehlt, gilt dies umso mehr. Im Übrigen brauchen alle Kinder Stätten der vorschulischen Bildung und sie müssen soziales Verhalten auch außerhalb der Familie einüben können.

Gerade im Bereich der vorschulischen Bildung leisten wir uns im Vergleich mit anderen Staaten riesige Defizite. Laut der neuesten OECD-Bildungsstudie kommen in Deutschland knapp 25 Kindergartenkinder auf eine Betreuungsperson. Das ist die ungünstigste Relation innerhalb der OECD. Und in kaum einem anderen Land werden die Eltern für die vorschulische Bildung ihrer Kinder so stark zur Kasse gebeten wie in Deutschland. Während es keine Elternbeiträge für Schule und Hochschule gibt, beträgt der private Finanzierungsanteil im Vorschulbereich durchschnittlich 36,9 Prozent. In Großbritannien und Frankreich liegt er unter zehn Prozent; in Norwegen und

Schweden wird der Elementarbereich vollständig aus öffentlichen Mitteln finanziert. Der Deutsche Familienverband fordert deshalb, den Kindergarten konsequent als Bildungsangebot anzuerkennen und ihn zumindest im letzten Kindergartenjahr für die Eltern kostenfrei zu gestalten.

Aber außerhäusliche Betreuung und Bildung dürfen die Kinder nicht überfordern. Die bereits zitierten Forschungsergebnisse haben gezeigt, wie schnell wir vor allem kleine Kinder überfordern, wenn wir nicht **ihre** Bedürfnisse als Maßstab nehmen, sondern die zeitlichen Bedürfnisse der Erwachsenen oder der Arbeitswelt.

Die Entscheidung über Betreuungsformen und die Gestaltung von Tagesbetreuung muss vom Wohle des Kindes her gedacht werden. Es kann und darf nicht das Ziel von Betreuungsangeboten sein, familienunfreundliche Arbeitszeiten zu flankieren. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat in einem Appell die Eltern aufgefordert, ihren Erziehungsauftrag zu erfüllen und ihren Kindern ein stabiles Wertegerüst zu vermitteln. Aber dafür muss die Wirtschaft den Familien die Möglichkeit und die Zeit geben, diese Erziehungsverantwortung auch wahrnehmen zu können. Hier geht es nicht nur um Betriebskindergärten, auch wenn das wichtige und hilfreiche Einrichtungen sind. Es geht ebenso darum, es als unverzichtbar anzuerkennen, dass sich Eltern mehrere Jahre der Erziehung der nächsten Generation widmen. Dieses Anerkennen schließt ein, die erworbenen Kompetenzen als für den Arbeitgeber wertvoll einzustufen, statt die Erziehungszeit als tarifrechtliche Lücke zu behandeln oder die Eltern gar mit dem beruflichen Aus zu bestrafen.

Was wir von Herrn Hans Jablonski über seine Arbeit bei der Ford AG gehört haben, war sehr beeindruckend. Der Hinweis an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „*Verpasse nicht die Rolle deines Lebens*“ zeugt vom Vorhandensein einer vorbildlichen Sensibilität für das, was Elternverantwortung bedeutet. Es gefällt mir ausgezeichnet, auch von einem Betrieb zu hören, dass dort den Vätern und Müttern gesagt wird, wo **die Rolle** ihres Lebens ist. Bei Ford verlangt man offensichtlich von den Mitarbeitern nicht, dass sie sich dem Unternehmen anpassen, sondern man macht es sich zum Programm, sich den Bedürfnissen der Menschen anzupassen, auch den Bedürfnissen derer, die Elternverantwortung übernommen haben.

Vorrang für die Förderung der Leistungsfähigkeit von Familien

Abschließend bin ich wieder bei meiner Eingangsfrage angelangt: Darf die Politik Familien nur **entweder** individuelle Förderung **oder** Infrastruktur anbieten? Nein, sie darf es nicht. Eltern brauchen beides, Zeit und Geld für ihre Kinder **und** verlässliche Unterstützungsangebote.

Ganztagskindergarten oder Ganztagschule allein machen noch keine Familienpolitik. Eine ausgewogene Familienpolitik darf sich nicht einseitig auf den Ausbau von Tagesbetreuung beschränken. Sie muss gleichzeitig und gleichgewichtig die finanzielle Benachteiligung von Familien abbauen, damit Eltern nicht gegen ihren Willen in eine Er-

werbstätigkeit gedrängt werden und Betreuung und Erziehung an staatliche Stellen abgeben **müssen**.

Dafür fordert der Deutsche Familienverband eine Weiterentwicklung des Familienleistungsausgleichs hin zu einem existenzsichernden Kindergeld. Und wir fordern eine Erhöhung des Erziehungsgeldes und eine Anhebung der Einkommensgrenzen, die darüber entscheiden, ob und wie viel Erziehungsgeld eine junge Familie erhält. Die jetzt vorgesehene Verschlechterung des Erziehungsgeldes ist dagegen ein deutliches Zeichen einer unausgewogenen und einseitigen Familienpolitik.

Nach der letzten PISA-Studie wurden viele Analysen der Ursachen für das schlechte Abschneiden unseres Landes vorgelegt. Eine davon fand ich besonders bemerkenswert: das Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfamilienministerium. Darin kommt sehr deutlich zum Ausdruck: Da, wo Eltern sich zu wenig Zeit für ihre Kinder nehmen – oder nehmen können –, entstehen Defizite, die nie wieder gut zu machen sind. Die Politikberater haben daraus den Schluss gezogen, dass Kinder und Jugendliche nur dann gezielt gefördert werden können und dass es nur dann Chancengerechtigkeit geben kann, wenn Familien in ihrer Leistungsfähigkeit gefördert und ihre Leistungen ermöglicht und unterstützt werden.

Wer an den Familien spart, spart an der Zukunft. Ich will Ihnen daher das folgende Zitat nicht vorenthalten: *„Der Beitrag, den Familien für die Zukunft unserer Gesellschaft leisten, kann durch nichts ersetzt werden.“* Dieses Zitat stammt von keinem geringeren als unserem Bundespräsidenten Johannes Rau.

Diskussion zu Fragen der Förderung von Kindern

MODERATION: PROF. DR. URSULA RABE-KLEBERG

Hochschullehrerin für Erziehungswissenschaft und Soziologie der Bildung und Erziehung am Institut für Pädagogik des Fachbereiches Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/Saale

Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg: Wir haben soeben Beiträge aus verschiedenen Wirkungsfeldern gehört. Ich bin überzeugt davon, dass wir in der sich anschließenden Diskussion das Spannungsfeld aushalten können. Ich bitte um Wortbeiträge.

Dr. Sabine Hebenstreit-Müller, *Direktorin des Pestalozzi-Fröbel-Hauses Berlin:* Ich habe keine Frage, sondern möchte ein paar Anmerkungen zum Vortrag von Herrn Jablonski machen.

Spannend finde ich, dass man nach den Prinzipien, mit denen bei Ford die Mitarbeiter des Unternehmens geführt werden, augenscheinlich auch eine gute Kindertagesstätte leiten kann. Den empirischen Nachweis dafür liefert das an der Universität London angesiedelte Forschungsprojekt EPPE (EPPE = Effective Provision of Pre-School Education). EPPE ist die erste europäische Langzeitstudie mit einem nationalen Sample von mehr als 3000 Kindern im Alter von drei und vier Jahren. Untersucht wird die kognitive und soziale Entwicklung der Kinder in unterschiedlichen vorschulischen Betreuungssettings im Vergleich zu Kindern ohne externe Betreuung. Das Projekt hat eine Reihe von Ergebnissen, die für unsere Arbeit von entscheidender Bedeutung sind. So wird nachgewiesen, dass die kognitive und soziale Entwicklung von Kindern in direkter Relation zur Qualität der vorschulischen Angebote steht und dass die Qualität selbst unmittelbar von der Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher abhängt.

Spannend sind allerdings auch die Ergebnisse hinsichtlich des Faktors „Diversity“ – und hier komme ich auf den Vortrag von Herrn Jablonski zurück. „Diversity“ wird im EPPE-Projekt im Grundsatz ähnlich gesehen wie bei Ford, nämlich als Berücksichtigung und Wertschätzung der individuellen Unterschiede und der Möglichkeiten, dass diesen Raum zur Entfaltung und Entwicklung gegeben wird. In der EPPE-Studie hat man herausgefunden, dass „Diversity“ der wichtigste Faktor für eine erfolgreiche Pädagogik in Kindertagesstätten ist. Dabei wurde dieser Faktor mit anderen Faktoren verglichen, so unter anderem der sprachlichen oder mathematischen Förderung. Erstaunlicherweise sind es nicht die Kindertagesstätten, die beispielsweise besonderen Wert auf Sprachprogramme, auf mathematische Lernerfahrungen legen, die die größten Erfolge hinsichtlich der kognitiven und sozialen Entwicklung der Kinder erzielen. Vielmehr hängt diese im Wesentlichen davon ab, ob die Kinder individuell gefördert und in ihren Unterschieden – gleich welcher Art – wertgeschätzt werden.

Prof. Dr. Maria-Eleonora Karsten, *Leiterin des Instituts für Sozialpädagogik, Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Lüneburg:* Eine meiner Funktionen ist es, Sozialmanagement zu lehren; zum anderen habe ich seit 13 Jahren die Funktion

der Frauen- und Gleichstellungsförderung. Fast alle Prinzipien, die Herr Jablonski unter dem Stichwort „Diversity“ genannt hat, heißen in Hochschulen Deutschlands Frauenförderung und Gleichstellung, heißen Gender-Mainstreaming und Managing Diversity. Im Bereich der Hochschulen ist dies zu realisieren, einschließlich der Förderung der Mädchen in Richtung Naturwissenschaften und im Aufbau eines Mentorinnensystems für Promovierende, das dann im Ergebnis die entsprechenden ordentlichen Zahlen im wissenschaftlichen Nachwuchs mit sich bringt. Im Hochschulsystem hat Managing Diversity, konkretisiert als Gleichstellungsförderung, deutliche Erfolge.

Die Frage ist nur, warum Ford dieses Konzept nicht offensiver mit den Kommunen diskutiert. Oder: Warum wird das in nicht genügendem Maße zwischen der Wissenschaft und den Ministerien diskutiert? Das sollten wir gemeinsam anregen, denn ich kenne aus meiner eigenen Zeit im Bundesjugendkuratorium die Managementreform des Hauses, das hier beteiligt ist. Die damalige Reform war keineswegs nach diesen Managing-Diversity-Kriterien organisiert. Menschen, die das „eher“ erleiden mussten, sind anwesend. Das heißt: Das Haus, das auf höchster Ebene Kinder, Jugendhilfe, Frauen und Senioren zusammenbringt, machte eine Managementreform, die sich ungefähr hundert Jahre zurückorientierte im Vergleich zu dem, was wir gerade jetzt für Kinder diskutieren. Das war der Tendenz nach eine Art „Manchester-Kapitalismus“, bei dem die Leute aufeinandergejagt wurden.

Im Bereich der Kommunen gibt es gegenwärtig Kürzungen ohne Sinn und Verstand, auch und gerade im Sozialen sowie im Kinder- und Jugendbereich. Ich will hier niemandem zu nahe treten, aber leider ist es so, dass die Kürzungen bis zu den Kindern geradlinig durchgestellt werden. Das bedeutet, dass wir verbreitet ein kommunales Reorganisations-Management haben, das weder wissenschaftlichen noch menschenfreundlichen, noch irgendwelchen bildungspädagogischen oder ökonomisch sinnvollen Kriterien entspricht. Mich beschäftigt die Frage: Wie bekommen wir diese Teile von der Bundesebene bis in die kommunale Ebene zusammen?

Hans W. Jablonski, *Diversity-Manager der Ford-Werke AG, Köln*: Das ist ein sehr aktueller Aspekt. Bei Ford diskutieren wir auch, was man sich leisten kann, was wirtschaftlich machbar ist. Hierbei muss allerdings zwischen einer kurz- und langfristigen Sichtweise unterschieden werden. Diversity ist ein langfristig angelegtes Thema, bei dem es um Kulturveränderungen geht.

Die Wissenschaft belegt, dass man die Wirkung von Kulturveränderungen frühestens nach fünf Jahren spürt, während bedeutsame Veränderungen erst nach 15 Jahren beginnen. Ich möchte nicht den Eindruck aufkommen lassen, dass wir bei Ford schon dort wären, wo wir hin wollen. Wir sind auf einem Weg, was viele Diskussionen auslöst, vor allem in einer Situation, in der die Frage akut ist, was wir uns derzeit noch leisten können.

Die kritische Auseinandersetzung wird geführt, bei der der Nachweis zu erbringen ist, wie sich solch ein Engagement für ein Unternehmen rechnet. Deswegen meine ich, dass eine kurzfristige Sichtweise eher eine wirtschaftliche Notwendigkeit in den

Vordergrund rückt. Andererseits setzt Diversity vor allem auf eine längerfristige Entwicklung der Kultur- und Mentalitätsveränderungen. Ich kann nur unterstreichen, was bereits gesagt worden ist, dass wir Deutschen auf vielen von mir vorgestellten Feldern der internationalen Entwicklung hinterherhinken, ob zum Thema der Familien, der Kinder oder der Frauen. Ich finde bei allen Kollegen in den europäischen Ländern bessere Bedingungen als in Deutschland und ein anderes Verständnis. Deshalb müssen wir in vielen Unternehmen auf den richtigen Weg kommen. Ich bin gern bereit, über die Notwendigkeiten und Anforderungen mit zu diskutieren.

Landesrat Markus Schnapka, *Leiter des Landesjugendamtes Rheinland, Köln, und Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ)*: Herr Jablonski hatte in seinem Vortrag erwähnt, dass die Wirkungen von Diversity nachgewiesen werden müssen. Könnten Sie einmal etwas genauer beschreiben, wie das geschieht? Denn auf kommunaler Ebene tut man sich sehr schwer, die Kosten von Prophylaxe und Prävention ins Verhältnis zu den Wirkungen zu setzen.

Hans W. Jablonski: Bei Ford haben wir auf der Grundlage der Studie des Bundesfamilienministeriums auch eine Untersuchung zum Thema der Kinderbetreuung durchgeführt. Wir haben gefragt und analysiert, was es kostet, wenn sich ein Vater oder eine Mutter entscheidet, an einem bestimmten Tag nicht zur Arbeit zu gehen, weil das Kind nicht untergebracht werden kann oder krank ist. Oder dass Eltern zur Arbeit gehen, aber bei der Arbeit schlechte Qualität zustande kommt, weil sie sich nicht richtig konzentrieren können und in Gedanken bei ihren Kindern sind. Die Abwesenheiten kann man ziemlich exakt berechnen. Hinsichtlich der 3.500 Kinder bei Ford im Jahre 2002 haben wir kalkuliert: Wenn ein Drittel dieser Eltern ausfallen würde, dann würde das Unternehmen mit einem Verlust in Höhe von 100.000 Euro rechnen müssen. Es rechnet sich also die Notfall-Kindertagesstätte über die Investitionskosten hinaus.

Ich habe jetzt nicht erwähnt, was das an Motivation und Wertschätzung bringt und wie sehr sich doch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund der Angebote an das Unternehmen gebunden fühlen, was die Themen „Loyalität“ und „Kündigung“ betrifft. Man muss als Vater oder Mutter dann kündigen, wenn man nicht das Gefühl hat, seine Arbeit noch so hinzubekommen, wie es das Unternehmen und man selbst von seinem Anspruch her gern haben möchte. Dann müssen wir mit einrechnen, was die Kündigung, die Neuanwerbung und die Neueinstellung kosten. Dieses Rechnen wird sich in der Zukunft verschärfen, weil es immer schwieriger sein wird, gute Fachkräfte zu bekommen.

Ein anderes Beispiel möchte ich erwähnen, das bezeichnend für das Gedankengut von Diversity ist. Ich hatte in meinem Vortrag das Thema „Ethno-Marketing“ erwähnt. Wir würden gern den Transit an eine Zielgruppe verkaufen, wo türkische Kleinhändler im Fokus stehen sollen. Es wurde ein Projekt erarbeitet, das auf die Zielgruppe ausgerichtet ist. Auf dem Kölner Großmarkt wurden Plakate in türkischer Sprache aufgehängt. Darauf war das Produkt im Vordergrund, die Hagia Sofia und die Bosphorusbrücke zu sehen. Dazu kamen türkische Verkaufsberater und eine Hotline in türkischer Sprache. Die Resonanz darauf war enorm. Wir hatten festgestellt: Wenn die Aktion in üblicher

Weise gemacht worden wäre, hätten wir nur die Hälfte der Aufmerksamkeit eines Großmarktes bekommen. Die spezifische Ausrichtung auf eine Zielgruppe ist viel wirkungsvoller. Das ist ein messbarer Effekt.

Ein anderer Effekt ergibt sich aus der Qualität der Rückmeldungen, wo die Kunden gesagt haben, dass sie sich gesehen, wertgeschätzt und vor allem verstanden fühlen. Das fördert die Nähe zum Kunden. Ein Indikator sind mehr Verkäufe. Das ist der Business Case, der dem Vorstand präsentiert werden kann.

Dies sind unterschiedliche Facetten, die den wirtschaftlichen Nutzen widerspiegeln. Vielleicht könnte für den öffentlichen Bereich die Wirkung zu den Themen „Eltern“ oder „Familie“ ermittelt werden; also den Business Case auf kommunaler Ebene auszurechnen.

Diversity hat häufig den Makel, dass immer auf Ergebnisse geguckt wird. Auf Konferenzen zum Thema „Diversity“ protzt man dann mit seinen Teilzeit- oder Männerquoten, die man realisiert hat. Das ist auch im Unternehmen so. Wir haben zum Teil die Fehler gemacht, dass in Zielvereinbarungen bestimmte Quoten festgelegt wurden. Aber wie reagiert man denn als Manager, wenn man Quoten zu erfüllen hat? Man sucht sich die dementsprechenden Leute zusammen, um damit zum Ausdruck zu bringen, sein Ziel erfüllt zu haben. Das jedoch ist nicht die Intension von Diversity. Wir schauen, wenn wir Ergebnisse messen, immer auf die Ergebnisse, die durch Prozesse zustande kommen. Meine Aufgabe sehe ich darin, die Prozesse in Frage zu stellen und zu fragen, welcher Prozess zu welchen konkreten Ergebnissen geführt hat.

Das ist häufig so. Wenn in einem Ingenieurbereich, der nicht gemischt-geschlechtlich ist, vier Männer arbeiten, im Laufe der Zeit eine Frau hinzukommt, dann erzeugt man eine künstliche Minderheit. Es wird die Kultur dieses Arbeitsteams verändert, ohne dass wir uns darum kümmern, wie die Betroffenen damit umgehen. Deswegen ist es für mich wichtig, auf den Prozess zu schauen und zu ergründen, wie sich ein solches Team entwickelt. Entwickelt dieses Team auch eine Kompetenz, mit den Unterschiedlichkeiten umzugehen? Dann kann man den Vorteil nicht realisieren. Man kann den Vorteil solcher gemischten Teams nur dann realisieren, wenn die Kompetenz ausgeprägt ist, mit der Unterschiedlichkeit umzugehen.

Prof. Dr. Reinhart Wolff, *Hochschullehrer für Sozialarbeit und Sozialpädagogik an der Alice-Salomon-Fachhochschule, Berlin*: Ich möchte gern Gesichtspunkte von beiden Referenten aufgreifen. Herr Staatssekretär Nees hat mit dem Beispiel des Sprichwortes aus Afrika deutlich gemacht, dass, wenn man Kinder erziehen will, es eines Zusammenhanges bedarf, eines Kontextes. Das beantwortet auch den Untertitel unseres Gespräches. Denn es wird gefragt: Was ist der Ort der Erziehung? Man könnte auch fragen, wie der Kontext aussehen sollte, in dem wir Kinder erziehen. Ich glaube, es ist ein sehr wichtiger Gesichtspunkt, dass es geradezu darauf ankommt, wenn wir Reformen betreiben, Zwischenorte zu schaffen zwischen Familien und Institutionen oder zwischen Familie und Staat – Orte, die wirklich von beiden Seiten erreicht werden können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein Beispiel erwähnen, das einige von Ihnen sicherlich schon kennen. Wir versuchen gegenwärtig, in Hoyerswerda in Sachsen mit dem Aufbau eines Familiennetzwerkes die Familien in einen Zusammenhang mit der Kindertageseinrichtung und der Stadt zu bringen. Das Ziel besteht darin, einen Ort zu schaffen, an welchem Kinder gemeinsam erzogen werden. Dem zugeordnet sind so genannte **Bildungslabore** sowie die **Elternuniversität**. Das sind Initiativen, wo das Prinzip des Zwischenortes realisiert werden soll, nämlich wo Fachleute gemeinsam mit Eltern lernen, wo der Zusammenhang zwischen Eltern und Experten stark gemacht wird. Gemeinsam soll gelernt werden, wie man heute Familien und Erziehung verstehen kann. Damit werden auch Klüfte überwunden, die heutzutage zwischen Eltern und Institutionen bestehen. Es geht in der modernen Elementarerziehung und Elternbildung um einen Brückenbau. Deshalb möchte ich strategisch sagen: Wer heute Kindertageserziehung produktiv gestalten will, der muss solche Zwischenorte schaffen und Brücken bauen, damit Erziehung nicht zerfällt in Privatsphäre und scheinbar menschenfeindliche Institutionen.

Eine weitere Bemerkung bezieht sich auf die Aussagen Herr Jablonskis. Was ich sehr interessant finde, ist, dass Sie in Ihrem Unternehmen den Bedarf ganz verschiedener Gruppen in einer umfassenden Unternehmensstrategie zusammengebracht haben. Es ist völlig klar, dass Ford Autos produziert und diese gut verkaufen will. Für diesen bestimmten Zweck wurde eine Strategie entwickelt, zu der auch die Bedürfnisse und Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören, die sehr vielgestaltig sind.

Und wenn wir keine Fehler machen wollen bei der Reform unseres Bildungswesens, die immer dringender wird – wir haben sie bereits seit mehr als 40 Jahren angemahnt und haben dafür gekämpft und kämpfen immer noch um sie – wäre es sinnvoll, von einer mitarbeiterorientierten Unternehmensphilosophie zu lernen, wie sie Herr Jablonski hier vorgestellt hat: nämlich immer am Bedarf aller Beteiligten entlang eine Handlungsstrategie zu entwickeln. Auch Eltern wissen ziemlich genau, was sie brauchen. Und auch Fachkräfte haben ganz konkrete Bedürfnisse, die wir in Rechnung stellen müssen, wenn wir beispielsweise ihre Arbeit dynamisieren wollen. Deshalb beeindruckt mich die Netzwerke, die es bei Ford gibt. Denn hier wird offenbar ein Ansatz verfolgt, verschiedene Seiten in einem Dialog zusammenzubringen. Demgegenüber laufen viele Versuche des Qualitätsmanagements in sozialen und pädagogischen Einrichtungen leider immer wieder darauf hinaus, eindimensionale Regelungskonzepte von oben nach unten durchzusetzen, was in der Regel schief geht.

Dr. Albin Nees, *Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Dresden, und Vorsitzender des Deutschen Familienverbandes e.V.*: Vielen Dank, Professor Wolff, für die Argumentation zum Standort der Kindererziehung. Wir hatten kürzlich unter der Federführung meines Verbandes ein Seminar bei der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände, wo verschiedene Fachleute klar gemacht haben, dass es für diese Erziehung im breiten Rahmen eine Basis geben muss, um dann nach außen gehen zu können. Als diese Basis wurden die entstandenen Bindungen in der Kleinfamilie – zu Mutter, Vater und Geschwistern – bewertet. Für mich war auch der Hinweis beeindruckend, wie wichtig es ist, dass diese feste Beziehung besteht, die durch Zeit und

Zuwendung entstehen kann und durch nichts anderes ersetzbar ist. Natürlich ist es wichtig, im Kindergarten Beziehungen aufzubauen, aber diese werden nie so eng und intensiv sein wie die familiäre Beziehung, die zuvor als Basis vorhanden sein muss. Das ist der eine Gedanke.

Ein weiterer Gedanke: Ich meine, diese Erziehung, zu der man das ganze „Dorf“ braucht, ist eine gute Übersetzung dessen, was wir unter Subsidiarität verstehen. Subsidiarität ist nicht nur der Begriff für den Vorrang der jeweils kleineren Gemeinschaft, sondern auch eine Bezeichnung dafür, dass es eine Art ergänzende Beistandschaft geben muss, familienergänzende Arbeit etwa, dass ein Beistand der Umgebung nötig ist, damit dieses Werk der Erziehung gelingt.

Hans W. Jablonski: Ich möchte noch einige Merkmale zur Bedarfssteuerung ergänzen. Mein persönlicher Eindruck besteht darin, dass wir in Deutschland eher an dem Thema „Gleichheit“ hängen, während beispielsweise die Kollegen in England vor allem auch die Unterschiede betrachten und dort mehr Verständnis dafür vorhanden ist, dass es eine unterschiedliche Behandlung gibt.

Ich möchte nicht wissen, wie viel Zeit zum Beispiel in Deutschland darauf verwendet wird, darüber zu diskutieren, warum es bestimmte Seminare für Frauen geben muss und warum es keine speziell für Männer gibt. Damit verbunden wird das Streben nach einer Gleichbehandlung, ohne die Perspektive darauf, dass es objektiv Unterschiede dabei gibt. Vielleicht ist das etwas Deutsches, vielleicht liegt das an unserer Mentalität oder Geschichte, ich weiß es nicht. Aber zumindest sollten wir uns das bewusst machen.

Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg: Es reizt mich, aus meiner fachlichen Perspektive heraus einige Gedanken in die Diskussion zu bringen. Ich meine, dass wir jetzt an einem sehr wichtigen Punkt angelangt sind, wo wir diese beiden sich selbst erst einmal sehr fernen Referate zusammenbringen können. So muss man sich fragen, was diese Diversity-Idee für die Kleinkinderziehung heißt.

Prof. Dr. Wolff hatte ein Beispiel eingebracht, das wir aus der internationalen Diskussion kennen – Pen Green. Was uns immer vorschwebt, ist eine gemeinsam lernende Gemeinschaft von Eltern, Professionellen und Kindern sowie anderen beteiligten Personen. Wir müssen wirklich genau fragen, was das „Dorf“ ist, dessen es bedarf, ein Kind zu erziehen, womit dem Begriff alles Romantische genommen wird. Wir müssen genau fragen: Wie können wir denn in den Kommunen Strukturen oder Möglichkeitsräume schaffen, wo Partizipation höchst unterschiedlicher Beteiligter, vorrangig natürlich der Eltern, Geschwister und Großeltern, möglich sein kann?

Die Entwicklung, die wir im Moment haben, läuft nach meinem Eindruck eher in Richtung einer Spezialisierung des Kindergartens, zu einer spezialisierten Bildungsinstitution. So wichtig der Input „Bildungsauftrag des Kindergartens“ war, sehe ich jetzt die Gefahr einer strukturellen Scholarisierung. Ich meine nicht Verschulung im einfachen Sinne, sondern eine Vereinzelung dieser Institution. Ich meine, wir müssen die Frage

nach dem „Dorf“, das heißt der Beteiligung höchst unterschiedlicher Erwachsener und Kinder an der Kleinkinderziehung mit aller Dringlichkeit wieder neu stellen. An die an dieser Diskussion Beteiligten möchte ich die Frage richten: Wie kann die Möglichkeit dafür in der Kommune geschaffen werden? Wie kann Diversity beziehungsweise „Dorf“ – wie wir es heute diskutiert haben – in der Gemeinde angeregt und gefördert werden?

Das ist meine konkrete Frage an Dr. Nees in seiner Doppelfunktion. Einerseits geht es um die Orientierung auf eine Stärkung von Familie in Kooperation mit dem Kindergarten; andererseits wende ich mich an den Staatssekretär und frage: Wie kann der Staat hier aktivierend in diese genannte Richtung eingreifen? Das sind die Aufgaben, die wir künftig haben, weshalb es mich sehr interessieren würde, was Dr. Nees dazu meint.

Dr. Albin Nees: Das ausführlich darzustellen und abzuhandeln, würde eine stundenlange Diskussion erforderlich machen. Kurz und knapp möchte ich hervorheben: Der Motivationsversuch muss auf Landesebene immer und immer wieder gestartet werden. Ich möchte das auch in den Zusammenhang zu dem bringen, was ich vorhin genannt habe, ich meine eine Kampagne, eine Kampagne zur Stärkung der Elternverantwortung und zur Stärkung des Elternbewusstseins. Als Facette müsste unbedingt noch eine Stärkung der Einsicht gehören, dass die Umgebung des Kindes eine positive Bedeutung hat, weil sie für die Erziehung mitverantwortlich ist. Wir sehen die Rolle der Umgebung, also des „Dorfes“, häufig nur unter einem abwehrenden Aspekt, wonach nichts in der Umgebung sein darf, was dem Kindeswohl schadet. Bei dem afrikanischen Dorf könnte man zum Beispiel fordern, es sei für eine Struktur zu sorgen, damit das Kind nicht in einen offenen Brunnen fällt. Aber es gibt auch viele andere gefährliche Situationen, die Leib und Leben betreffen. Erziehung ist etwas, was den ganzen Menschen angeht, nicht nur die körperliche Entwicklung, sondern auch die mentale und die geistige Entwicklung. Für die Gesamtentwicklung Gefährliches muss abgewehrt werden und Nützliches muss bewusst gefördert werden. Und die Verantwortung der Umgebung beginnt am ersten Lebenstag des Kindes. Diese Verantwortung – biblisch ausgedrückt – „für seinen Nächsten“ muss den Menschen „im Dorf“ gezielt bewusst gemacht werden.

Herr Staatssekretär Ruhenstroth-Bauer schilderte in seinem Vortrag das Beispiel einer arbeitslosen Mutter, deren Kind nicht mehr zehn Stunden pro Tag in einer Krippe sein soll. Das Kind werde nun benachteiligt, hob er hervor. Allein solche Hinweise nehmen der Mutter das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, weil sie bei dieser Art der Darstellung annehmen muss, nur die Profis könnten richtig erziehen. Besser wäre, das Selbstvertrauen der Eltern zu stärken.

Dazu ein Beispiel aus einem Leserbrief, den eine ostdeutsche Regionalzeitung abgedruckt hatte: Bundesministerin Renate Schmidt hatte bei einer Veranstaltung gesagt: *„Wer einem kleinen Kind einen Fernseher ins Zimmer stellt, begeht Körperverletzung.“* Völlig zu Recht vertritt die Ministerin diese Auffassung. Aber in einem der Leserbriefe wurde sie kritisiert, der Fernseher sei doch besser als die Straße mit dem vie-

len Verkehr. Aus diesen Reaktionen entnehme ich: Es gibt ein Bewusstsein in der Öffentlichkeit, als Vater oder Mutter selbst nicht verantwortlich zu sein. Und wenn sich dieses Bewusstsein schon bei den Eltern festgesetzt hat, dann wird es zwingend notwendig, ganz schnell mit einer solchen, von mir erwähnten Kampagne zu beginnen.

Angelika Volland, *Mitglied der SPD-Fraktion des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin*: Bevor ich auf Strukturfragen eingehe, möchte ich eine kurze Bemerkung machen. Bisher haben wir nur Referate von Männern gehört. Aber Kindererziehung ist eine vorrangige Aufgabe von Frauen. Darin sehe ich einen Widerspruch.

Die Idee, die Ford hatte, eine Struktur zu schaffen, in der die Vielseitigkeit sowie die Unterschiedlichkeit zum Tragen kommt, ist meiner Meinung nach auch der richtige Ansatz für die Kindererziehung. Wenn ich jedoch an die existierenden Strukturen für Kindererziehung denke, dann müssten wir als logische Konsequenz diese Strukturen ändern. Die Strukturen lassen sich aber nur ändern, wenn sich nicht nur in den Kommunen etwas tut. Es reicht auch nicht aus, separat in den Bildungsbereich zu investieren. Wir haben längst erkannt, dass ein Kind vom ersten Lebenstag an gebildet und erzogen wird. Also muss man doch den Blick weiten und die Ressourcen in komplexen Strukturen zusammenfassen. Die bestehenden Strukturen müssten auf jeden Fall geändert werden. Hinsichtlich des Kinder- und Jugendhilfegesetzes müsste zudem überlegt werden, ob die gesetzlichen Regelungen noch korrekt sind oder ob es Veränderungen geben muss, die den Kommunen auch die Chance lassen, das übergreifende Konzept von Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern zu verwirklichen.

In Mecklenburg-Vorpommern wird gegenwärtig ein neues Kindergartengesetz erarbeitet. Dabei wird sehr hart um alle Positionen gestritten. Die Politik ist sich darüber einig, dass Zusammenarbeit und Vernetzung von Kindergärten und Schulen dringend notwendig sind. Ein Hemmnis, das auszuprägen, sind die existierenden Strukturen, die eine solche Vernetzung nicht befördern. Es gibt natürlich nach wie vor eine kontraproduktive Separierung aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten in Jugendhilfe, Sozialpädagogik und Bildung. Der Entwicklung von Kindern hilft das nicht weiter.

Wir müssen akzeptieren, dass laut PISA-Studie Mecklenburg-Vorpommern nicht hervorragend abgeschlossen hat. Obwohl 92 Prozent der Kinder einen Kindergarten besuchen, gibt es Probleme. Zu DDR-Zeiten gab es in Kindergärten einen Bildungs- und Erziehungsplan für jede Altersgruppe, womit gesichert wurde, dass die Kinder aller Kindergärten mit einem annähernd einheitlichen Niveau in die Grundschule kamen. Nach der Wende wollte die Politik davon nichts mehr wissen. Heutzutage sind wir wieder dabei, gemeinsam mit der Wissenschaft Bildungsstandards zu erarbeiten, mit denen alle Kinder bei aller Unterschiedlichkeit gleichberechtigt die Chance haben, den Schritt in die Schule erfolgreich zu vollziehen. Dazu müssen meiner Meinung nach noch Strukturen auf Landesebene sowie auf kommunaler Ebene geschaffen werden.

Dr. Robert Sauter, *Leiter des Landesjugendamtes Bayern, München*: Ich habe nicht den Einruck, dass die meisten jungen Eltern so hilflos und so hilfebedürftig wären. Junge Eltern wissen in der Regel schon, was sie wollen, wenn sie könnten und wenn

die Bedingungen entsprechend wären. Die Vorstellung, man müsse den Eltern erst einmal klar machen, was es heißt, Eltern zu sein, geht mir doch etwas an den Realitäten des Lebens vorbei.

Aus der Vielzahl der Themen, die hier und heute erörtert werden, möchte ich eines herausgreifen, nämlich das Thema, dass es für junge Paare nach wie vor zu viele Risiken gibt, die wohl primär dafür verantwortlich sind, dass der vor allem von der Gesellschaft erhoffte Kinderwunsch ausbleibt. An erster Stelle ist das Armutsrisiko für Familien mit Kindern in diesem Land zu nennen. An zweiter Stelle die Realitäten auf dem Arbeitsmarkt. Das uns von Herrn Jablonski präsentierte Beispiel ist sicherlich beeindruckend, aber leider die Ausnahme.

Denken Sie doch bitte an die Zahl der fehlenden Ausbildungsplätze oder daran, wie viele Jugendliche nach ihrer Ausbildung arbeitslos werden, weil sie nicht übernommen werden. Und selbst gut ausgebildete Akademiker können sich doch in den wenigsten Unternehmen dafür entscheiden, drei Jahre lang Elternzeit zu nehmen. Die Widerstände dagegen sind enorm und werden aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation immer mächtiger. Wer auf der Elternzeit besteht, muss sogar damit rechnen, dass seine Karriere zu Ende ist. Das gehört zu den Realitäten und das sind auch bittere Erfahrungen der jungen Leute von heute.

Der dritte Aspekt: Ich wende mit dabei direkt an Herrn Staatssekretär Ruhenstroth-Bauer. Ich möchte gern wissen, wie man mit dem in allen Feldern vorhandenen Kalkulationsrisiko hinsichtlich einer Lebensplanung mit Kindern umgehen soll. Gerade junge Menschen brauchen verlässliche Antworten auf die Fragen, die ihre Interessen und ihre Kinderwünsche betreffen. Solche Fragen sind: Gibt es den Kindergartenplatz morgen noch oder nicht? Gibt es die Altersversorgung, für die man heute bezahlt, morgen noch oder nicht? Gibt es die Beihilfen der Krankenkasse morgen noch oder nicht mehr? Die Erfahrungen der vergangenen Jahre belegen, dass die Antworten für junge Leute eher negativ sind. Sie sind zunehmend mit Entscheidungen konfrontiert, die widersprüchlich sind, weshalb die Idylle des Dorfes sehr trügerisch ist.

Prof. Dr. Reinhart Wolff: Herr Sauter hat anschaulich dargestellt, dass die Moderne grundsätzlich riskant ist. Die Frage, wie wir als Fachleute oder Politiker darauf reagieren, heißt, ob wir die existierenden Risiken einschätzen, die leider nicht bis ins Letzte kalkulierbar sind. Können wir uns einigermaßen vernünftig dazu verhalten? Insofern schließe ich gerne an Herrn Sauter an.

In einer Hinsicht aber überhaupt nicht. Die Metapher vom Dorf ist Ausdruck des Lebenszusammenhangs oder der Lebensverhältnisse, die einen Kontext darstellen, in dem Kinder notwendigerweise aufwachsen. Die Frage lautet nun aber: Haben wir die Fähigkeit oder die Kraft, diese Orte, von denen ich meine, dass sie Zwischenorte zwischen der Privatsphäre und den alten Institutionen darstellen, so zu gestalten, dass Entwicklung günstig beeinflusst wird? Insofern ist die Metapher vom Dorf eigentlich etwas zu romantisch. Wir brauchen Orte des Lebens, wo Fachleute und Privatleute, Eltern, Großeltern und Kinder tatsächlich zusammenkommen. Da beantwortet sich die

Frage nach der Verantwortung meines Erachtens noch ein bisschen anders, als sie Herr Staatssekretär Dr. Nees beantwortet hat.

Nach 40 Jahren Arbeit mit Familien besteht meine Erfahrung darin, dass sehr viele Eltern sehr verantwortlich sein wollen, aber möglicherweise keine Fähigkeiten haben, verantwortlich zu sein, oder nicht die Möglichkeiten haben, sich wirklich verantwortlich zu zeigen, weil es ganz harte reale soziale Grenzen gibt und weil es auch institutionelle Grenzen gibt, jenseits deren der Beitrag gerade von Eltern nicht erwünscht ist.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Viele institutionelle Vergesellschaftungen in modernen Gesellschaften gehen an den Menschen vorbei, das heißt, Menschen werden nicht als aktiv Teilnehmende geachtet, sondern als Manövriermasse behandelt, die etwa einen Antrag stellt oder die ein Kind in einer Einrichtung unterbringt, ohne dass es Gegenseitigkeit und wirklichen Austausch gibt. Darunter leiden beide Seiten, die Privatleute ebenso wie die Fachleute in den Institutionen. Es wäre aber wichtig, Orte gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, wo Menschen eine Chance bekommen, wirklich beteiligt zu sein. Deswegen fand ich die einleitenden Bemerkungen heute so interessant, weil man nämlich ganz grundsätzlich sagen kann, dass es in der modernen Kindertageserziehung Orte geben muss, die Beteiligungen ermöglichen. Wenn in einem Kindergarten Eltern nicht beteiligt werden, wenn das nicht ihr „eigener“ Kindergarten ist, wo sie eine bestimmte wichtige Rolle haben und wo sie eine Rolle finden und wenn die Fachleute sich selbst nicht so verstehen, dass sie die Eltern ganz selbstverständlich einbeziehen und dass sie sie als gleichberechtigte Partner neben dem Kind ansehen, dann misslingen unsere Versuche früher Erziehung.

Insofern geht es in der Reform der Kindertageserziehung um eine neue partizipatorische Kultur. Das müssen wir erst lernen, Schritt für Schritt. Das gilt auch für die Schule: Auch die Schule beispielsweise gehört gegenwärtig eigentlich niemandem. Wenn die Schule aber nur der Schulbürokratie gehört, dann ist dies das Ende jeder lebendigen Schulerziehung. Wenn die Schule nicht den Lehrern, den Schülern, den Eltern und Bürgern gehört, dann können sie dort nichts gestalten. Dies gilt auch für andere Einrichtungen: Wenn die Klienten im Hilfesystem keine Beteiligungschancen haben, dann misslingt Hilfe. Das heißt, wir brauchen andere Formen der Partizipation. Wir brauchen moderne gesellschaftliche Orte, an denen sich die Bürger wirklich mit Rechten und Pflichten beteiligen können. Wenn wir das gestalten, dann sind wir auch in der Lage, produktive Anstöße für die Umgestaltung der Kindertageserziehung zu geben.

Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg: Die Frage, welche Rahmenbedingungen dazu nötig sind, werden wir in dem nächsten Block diskutieren. Ich bitte die beiden Referenten zum Schluss der Runde, ihren Blick noch einmal resümierend auf das zu richten, was alles diskutiert wurde.

Hans W. Jablonski: Ich bedanke mich nochmals für die Einladung, hier auf dem „Dorfplatz“ zu sein, auf dem ich mitdiskutieren durfte. Ich freue mich auch über das positive Feedback, die die Diversity-Initiative von Ford hier bekommen hat. Das zeigt mir, dass wir mit unseren mutigen Schritten, die wir auch gegenüber allen Arten von

Einwänden vertreten müssen, in die richtige Richtung gehen. Wir sind auf dem Weg, das ist meine Botschaft. Aus dem Dialog nehme ich Anregungen mit und vielleicht können Sie etwas mitnehmen von dem, was ich Ihnen erzählt habe.

Dr. Albin Nees: Die Überschrift zu dieser Diskussionsrunde lautete: Individuelle Förderung oder Förderung einer verlässlichen Infrastruktur? Meine Antwort lautet: Individuelle Förderung und Förderung einer verlässlichen Infrastruktur, die ich gern noch einmal mit dem Dorf vergleichen möchte!

Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg: Vielen Dank. In den unterschiedlichen Beiträgen wurde immer wieder das Spannungsverhältnis von Diversity und Partizipation angesprochen. Diversity ohne Partizipation verkümmert zu Defiziten, die Grundlage von Partizipation aber ist die Akzeptanz von Diversity. Hier – an dieser Stelle – ergeben sich für die Zukunft des Aufwachsens von Kindern zwischen Kindergarten, Familie und Kommune bisher noch kaum diskutierte Fragestellungen.

Plädoyer für den Neubau einer sozialen Infrastruktur

PROF. DR. MARIA-ELEONORA KARSTEN

Leiterin des Instituts für Sozialpädagogik,

Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Lüneburg

Es geht mir in meinem Beitrag vor allem um die Problematisierung der Frage, ob wir ein Zertifikat für Eltern brauchen. Und dafür habe ich die entsprechende aktuelle Brockhaus-Interpretation zu dem Begriff „Führerschein“ mitgebracht, weil dieses wohl am deutlichsten die deutsche Mentalität kennzeichnet.

Definition aus dem Lexikon

Führerschein,

amtl. Dokument, das zum Nachweis des Besitzes einer entsprechenden Fahrerlaubnis dient und das beim Führen eines Kfz. stets mitzuführen ist. Im Rahmen der EU wird der F. nach einheitl. Muster ausgefertigt. Für abhanden gekommene oder unleserlich gewordene F. hat der F.-Inhaber die Ausstellung eines neuen F. zu beantragen. F., die der Einziehung (§ 69 Abs. 3 StGB) unterliegen oder im Ermittlungsverfahren von Bedeutung sind, können beschlagnahmt werden (§ 94 StPO); hierüber kann der Betroffene gerichtl. Entscheidung beantragen. Das bloße Nichtmitführen des F. bei bestehender Fahrerlaubnis ist lediglich eine Ordnungswidrigkeit.

© 1999 Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG

Deutsche können bekanntlich nicht sehr gut Auto fahren; sie können im Auto nicht kommunizieren, sondern sie müssen Regeln einhalten. Und genau dieses tendenziell phantasielose Einhalten von Regeln ist es, was das deutsche Management in einer Untersuchung des Management-Magazins auf den 21. Platz von 25 Plätzen gebracht hat, deutlich entgegen dem Beitrag, den wir heute zum Diversity-Management gehört haben.

Zu den Ergebnissen dieser Untersuchung gehört, dass der größte Teil der deutschen Manager sehr wohl bereit ist, sich an Regeln zu halten, aber – das ist ein noch härteres Ergebnis – dass sie überhaupt nicht bereit sind, sich mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern menschenfreundlich auseinander zu setzen. Die deutschen Manager haben ihre schlechte Ergebnis zum größten Teil der Tatsache zu verdanken, dass sie im wahrsten Sinne des Wortes so schlecht mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen – das würde dann in diesem Fall heißen: den Eltern, den Erzieherinnen, Kindern, den Kolleginnen in den Trägerschaften, denjenigen, die in den benachbarten Schulen sind – dass sie die Regeln und das Einhalten der Regeln über die Menschlichkeit und Menschenwürde und über die Wertschätzung der Menschen stellen (Böhmer 2002).

Und dieses ist in der Definition des Führerscheines alles angelegt. Die deutsche Variante ist: „*Ich habe einen Führerschein.*“ Nicht: „*Ich fahre Auto und lebe einen Führerschein und ich begegne anderen Menschen im Straßenverkehr.*“ In unseren Breitengraden ist dominant: „*Ich habe Regeln, die ich einhalte. Wenn ich es nicht tue, dann bin ich nicht richtig, dann bin ich nicht angemessen und demzufolge fehlerhaft.*“ Dieses Fehlerhafte wird in Deutschland in den Mittelpunkt gestellt.

Und ganz ähnlich, wie in diesem Beispiel, ist häufig die Bildungsbiographie eines jeden Kindes angelegt. Wenn ein Kind nicht zum richtigen Zeitpunkt geboren wurde, ist es entweder ein Frühchen oder zu spät geboren. Es wird dann von vornherein defizitär bewertet. Wenn ein Kind in den jeweiligen ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen nicht ganz genau den vorgegebenen Entwicklungsstand aufweist und somit nicht ebenso genau den medizinischen „Normen“ für Mädchen oder Jungen einer Altersgruppe entspricht, dann wird ein Kind das erste Mal in seinem Leben stigmatisiert.

Wenn dieses Kind zusätzlich noch von einer allein erziehenden Mutter in seinem Aufwachsen begleitet wird, dann gibt es einen überwiegend großen Anteil von Kommunen, die in diesem Lande das Zusammensein von Kinder mit ihren Müttern, egal unter welchen Bedingungen, wenigstens bis zum Alter von zwei Jahren erzwingen und auf diese Weise die Frage von Kinderkrippen vollständig umgehen, geschweige denn, aktiv gestalten und den Müttern einen eigenen Lebens- oder Bildungsweg weiterhin zugestehen.

Dies bedeutet, dass die Mütter dazu verpflichtet werden, genau nach dem Muster des Führerscheins, die Erlaubnis für ihre Erwerbstätigkeit bei ihrer Kommune neu zu beantragen, eben erst in dem Moment, in welchem ihnen zugestanden wird, dass das Kind gegebenenfalls einen Krippenplatz oder Kindergartenplatz bekommt.

Wenn man sich all das einmal etwas genauer besieht,¹ dann stellt man fest, dass die 150.000 nachgewiesenen allein erziehenden Sozialhilfeempfängerinnen und die Krippenplätze fast niemals an einem Ort zusammentreffen können.

Alle DIW- oder PROGNOSE- und sonstigen Studien, die gegenwärtig nachgewiesen haben, welche wirtschaftlichen Erträge darüber zu gewinnen wären, wenn genau diese nicht erwerbstätigen Mütter in den Arbeitsmarkt gelangten und wenn man noch die stille Reserve und die zweite stille Reserve der Nichtangemeldeten hinzurechnet, sind davon ausgegangen, dass diese Mütter tatsächlich einen Krippenplatz erreichen könnten. Faktisch ist dieses jedoch kaum der Fall (Büchel; Spieß 2002).

Bei einer Überprüfung der Zusammenhänge und den Minimalzahlen von 1,3 Prozent Krippenplätzen in Bayern, 1,4 Prozent in Baden-Württemberg und 1,8 Prozent in Niedersachsen ist die Chance, dass eine allein erziehende Sozialhilfeempfängerin an ihrem Lebensort den Ort einer Kinderkrippe trifft, gleichzusetzen einem Hauptgewinn im Lotto – **zusammenfassend siehe Tabelle 1**. Das heißt also: schlicht und ergreifend

¹ siehe: Karsten, Maria-Eleonora; Hetzer, Silke; van Riesen, Kathrin; Meyer, Christine; Baier, Florian: Bildung in Kindertagesstätten, VER.DI. (Hrsg.), Berlin (2002)

Versorgungsquoten mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen 1998 (Plätze für 100 Kinder in der jeweiligen Altersgruppe)

Plätze in	Deutschland gesamt 1998	Ost 1998 (1994)	West 1998 (1994)
Krippen (unter 3 Jahre)	7	36 (41)	3 (2)
Kindergärten (3 bis unter 6 Jahre)	105	132 (117)	102 (85)
Kindergärten ganztags mit Mittagessen	31	n. v. (97)	n. v. (17)
Kindergärten halbtags mit Mittagessen	n. v.	2	n. v.
Horte (6-14 Jahre)	6	19	3
Anmerkung: n. v. = Zahlen für 1998 nicht verfügbar. (vgl. Deutsches Jugendinstitut 1998; DiW/HBS 2001; Statistisches Bundesamt 2001)			

Tabelle 1

© Karsten, Maria-Eleonora u. a.: Bildung in Kindertagesstätten, VER.DI. (Hrsg.), Berlin (2002)

nicht zu erreichen. Strategien, die sehr positiv zu unterstützen sind, wie bei Ford, wo das jeweilige Unternehmen für Hunderttausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Verantwortung zu übernehmen bereit ist, existieren in der öffentlichen und frei-verbundlichen einschließlich der Selbsthilfeinfrastruktur für Kinder faktisch nicht. Will man demzufolge Eltern mit einem Elternführerschein ausstatten, müsste man ihnen erst einmal das Auto zur Kinderkrippe besorgen. Aber auch das ist im Sozialhilfebudget nicht vorgesehen.

Wird zusätzlich noch betrachtet, in wie starkem Maße die Armutsbetroffenheit ausgeprägt ist, ist zu erkennen, dass dabei die Anzahl der Personen pro Familie und der Schulabschluss besondere Armutsrisiken darstellen. Das sind auch Bestätigungen der PISA-Ergebnisse, die zeigen, dass genau diejenigen, von denen erwartet wird, dass sie die Bildungszusammenhänge durchschauen und dies für ihre Kinder realisieren, dieses überhaupt nicht realisieren können. Wird dann noch die Kinderarmut in Bezug auf den Anteil der Armen betrachtet – das ist die neuste Untersuchung für Berlin –, dann zeigt sich deutlich, dass die jüngsten Kinder unter drei Jahren mit 31,8 Prozent, also fast ein Drittel aller Kinder unter drei Jahren in Berlin ein Armutsrisiko haben und für die Familien mit vier Kinder und mehr, bei denen die Chance besteht, dass auch ein Kind unter drei Jahren dabei ist, sogar ein Armutsrisiko von 60 Prozent besteht.

Für alle diese Gruppen besteht nur eine geringe Chance, über einen „Führerschein“ zum Ziel zu kommen, auch wenn dies dann vielleicht noch Erziehung, Bildung und

Betreuung genannt wird. Das heißt mit anderen Worten: Wird noch einmal zurückgegangen auf das, was mindestens seit dem Memorandum des Bundesjugendkuratoriums bekannt ist, dann geht es nicht nur darum, dass der Raum, der Zusammenhalt der Institutionen und die Erreichbarkeit für Eltern gegeben ist. Wenn dort formelle Bildung für Kinder und Eltern zu erhalten sein soll und auch die nicht formelle Bildung jenseits organisierter Bildung und die informelle Bildung, die Potenziale und Kompetenzen sowie die Wertschätzung der Mütter und Väter aufgegriffen werden soll, dann sieht dies in Deutschland ausgesprochen schlecht aus.

Formen der Bildung

- Unter **formeller Bildung** wird das gesamte hierarchisch strukturierte und zeitlich aufeinander aufbauende Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsystem gefasst, mit weitgehend verpflichtendem Charakter und unvermeidlichen Leistungszertifikaten.
- Unter **nicht formeller Bildung** ist jede Form organisierter Bildung und Erziehung zu verstehen, die generell freiwilliger Natur ist und Angebotscharakter hat.
- Unter **informeller Bildung** werden ungeplante und nicht intendierte Bildungsprozesse verstanden, die sich im Alltag von Familie, Nachbarschaft, Arbeit und Freizeit ergeben oder aber auch fehlen können. Sie sind zugleich unverzichtbare Voraussetzung und „Grundform“, auf dem formelle und nicht formelle Bildungsprozesse aufbauen.

Quelle: Karsten, Maria-Eleonora; Hetzer, Silke; van Riesen, Kathrin; Meyer, Christine; Baier, Florian: Bildung in Kindertagesstätten, VER.DI. (Hrsg.), Berlin (2002), S. 32

Ein „Elternführerschein“ würde genau in dieser Ausgangssituation der Tendenz nach dazu führen, dass alle diejenigen, die weniger Zugänge haben, mit einiger Sicherheit zu einem „Elternführerschein“ auch keinen Zugang haben würden, weil ein solcher „Elternführerschein“ nicht auf ihre besonderen Bedingungen eingehen würde.

In diesen Zusammenhang sei daran erinnert, dass wir uns gesellschaftlich in einer großen Wandlungszeit befinden, die zivilgesellschaftliche, wissenschaftliche, risikogesellschaftliche, arbeitgesellschaftliche und schließlich einwanderungsgesellschaftliche Dimensionen umfasst.

Außerdem sind folgende zukünftige Gesellschaftsstrukturen zu berücksichtigen:

- Eine **Wissensgesellschaft**, in der Intelligenz, Neugier, lernen wollen und können, Problemlösen und Kreativität eine wichtige Rolle spielen.
- Eine **Risikogesellschaft**, in der die Biographie flexibel gehalten und trotzdem Identität gewahrt werden muss, in der der Umgang mit Ungewissheit ertragen

werden muss und in der Menschen ohne kollektive Selbstorganisation und individuelle Verantwortlichkeit scheitern können.

- Eine **Arbeitsgesellschaft**, der die Arbeit nicht ausgegangen ist, in der aber immer höhere Anforderungen an die Menschen gestellt werden.
- Eine Gesellschaft, die **demokratisch bleiben** muss, in der die Menschen an politischen Diskursen teilnehmen und frei ihre Meinung vertreten können, öffentliche Belange zu ihren Angelegenheiten machen, der Versuchung von Fundamentalismen und Extremen widerstehen und bei allen Meinungsverschiedenheiten respektieren können.
- Eine **Zivilgesellschaft**, die in ihren vielfältigen Formen der Partizipation, Solidarität, sozialen Netzen und der Kooperation der Bürger, egal welchen Geschlechts, welcher Herkunft, welchen Berufs, welchen Alters, gestärkt werden muss.
- Eine **Einwanderungsgesellschaft**, in der Menschen verschiedener Herkunft, Religion, Kultur und Tradition integriert werden müssen, vorhandene Konflikte und Vorurteile überwunden und Formen des Miteinander-Lebens und -Arbeitens entwickelt werden müssen, die es allen erlauben, ihre jeweilige Kultur zu pflegen, aber auch sich wechselseitig zu bereichern.

Quelle: Karsten, Maria-Eleonora; Hetzer, Silke; van Riesen, Kathrin; Meyer, Christine; Baier, Florian: Bildung in Kindertagesstätten, VER.DI. (Hrsg.), Berlin (2002), S. 36

Das bedeutet: Wenn über einen „Elternführerschein“ oder eine grundlegende Qualifizierung von Eltern nachgedacht wird, wäre es mindestens geboten, dass es so etwas wie eine konzertierte Strategie von öffentlichen, frei-verbandlichen sowie selbst organisierten gesellschaftlichen Gruppen zuzüglich all derjenigen gibt, die dafür aus- und fortgebildet werden. Diese wären so zu berücksichtigen, dass sie eine Teilhabe an diesen verschiedenen Gesellschaftsformen auch erreichen können. Analysen im Hinblick auf diese gesellschaftlichen Perspektiven liegen jedoch kaum als Zusammenhangswissen vor.

Es gibt zwar ein Berichtswesen im Kinder- und Jugendbereich, ein Berichtswesen im Familienbereich sowie vielfältige Berichtsformen auch auf regionaler Ebene. Insgesamt gibt es über 80 verschiedene Berichte, in denen Wissen gebildet wird. Nur, keiner dieser Berichte bezieht sich auf alle Ebenen, die damit erreicht werden müssten, nämlich die hier angesprochene dörflich-kommunale Ebene, wo die Menschen leben, über die Kreis- oder Landkreisebene, die Landschaftsverbands- und Länderebene bis zur Bundesebene.

Entweder gibt es also sehr hoch aggregiertes Wissen oder sehr konkretistisch-spezialistisches Wissen zu einem regionalen Raum. Dieses ist aber selten so aufeinander bezogen, so dass es heutzutage legitim ist, nahezu jedem Elternteil jede Kompetenz der Koordination abzusprechen. Es ist außerdem legitim, den fehlenden Bezug zu einem biographischen Zusammenhang von der Politik zu jeder Zeit an irgendeiner Stelle

„aufzuspießen“. Denn es ist ausgesprochen wenig Zusammenhangswissen vorhanden. Solches Zusammenhangswissen wird tendenziell immer wieder erschüttert und deshalb werden die Diskussionen über Kinder- und Jugendpolitik meist nicht in einem Gesamtzusammenhang vermittelt, sondern gestalten sich auf jeder Ebene sehr speziell. Dieses müssten Mütter und Väter durchschauen können, damit sie quasi quer durch diese Ebenen für ihr Kind inhaltlich eine qualitätsvolle Zusammenarbeit mit Krippen-, Kindergarten- und Horterzieherinnen, Lehrerinnen und Lehrern erreichen könnten.

Das jedoch wird in der momentanen Situation gar nicht erst thematisiert. Wenn ein „Elternführerschein“ tatsächlich realisiert werden würde, würde ähnlich dem Modell der Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten einseitig in die Verantwortung – in der Regel der Mütter – abgeschoben. Die Institutionen müssten dann diese Kooperationen nicht mehr leisten, sondern an die Mütter und Eltern würde dann die Qualifizierungsverantwortung übergeben, sich für diesen „Dschungel“ kundig zu machen.

Soll die Orientierungs- und Gestaltungsaufgabe nicht allein den Müttern und Eltern überlassen werden, wäre es dann die öffentliche Aufgabe, hier zu informieren. Ein Beispiel, wo dieses zumindest einmal berücksichtigt worden ist, ist das Green-Paper der britischen Regierung zum Bildungssystem. Darin wird die Entwicklung bis 2012 dargestellt. Dieses auf Eltern ausgerichtete Programm wurde im September 2003 veröffentlicht. Es beinhaltet Homevisiting, Parent-Education, Family Group Conferencing, Family Mediation Services und ist durch Adult Counseling gekennzeichnet. Das alles gehört zu einem Gesamtprogramm, in welchem alle lebensgestaltend Tätigen professionsübergreifend eingebunden sind, nämlich der Gesundheitsbereich, die Sprachtherapeuten, die Early Years Child Care, in das auch die Early Excellent Centres eingeordnet sind, die Schule, die Sozialarbeit, die Wohlfahrtsverbände sowie die verschiedenen damit verbundenen beratenden Dienste wie Erziehungs- und Familienberatung. Diejenigen, die Jugendarbeit machen, Spiele und Sport organisieren, und diejenigen, die zusätzliche Jugendangebote machen, das sind in der Mentalität Englands jene, die Sommercamps und ähnliches organisieren, sind ebenfalls eingebunden.

Das Entscheidende ist nicht nur, dass diese strategischen Papiere seitens der Regierung in dem Department for Education and Skills für alle Beteiligten veröffentlicht wurden, sondern dass solche strategischen Papiere einmal für die Politik formuliert sind, zweitens für die Fachkräfte und drittens in einem weiteren Papier zum gleichen Thema die Partizipation der Jugendlichen gesichert wird. Kinder und Jugendliche wurden von September bis Dezember 2003 befragt, inwiefern sie dieses Kinder- und Jugendprogramm insgesamt verstehen, sich aktiv daran beteiligen und inwiefern sie bereit und in der Lage sind, selber an dieser Kombination und Koordination im Raum und in der Zeit mit tätig zu werden.¹ Dies also bedeutet, dass von unten und von oben Veränderungen stattfinden und nicht die Eltern als Einzelpersonen ins Zentrum gestellt werden, sondern die Strukturherausforderung durchdiskutiert wird bis zu denjenigen – auch den Jugendlichen –, die sich direkt beteiligen können und sollen.

¹ siehe unter www.dfes.gov.uk

Zu diesem Programm gehören außerdem Forschungseinheiten, die Research Units, in denen man beispielsweise intensiv analysiert, wie Kinder ihre Kindereinrichtungen sehen, welche Erwartungen sie formulieren und was sie als gute, für sie ertragreiche und erfolgreiche sowie inhaltlich bedeutsame Lebenssituationen in Kindertageseinrichtungen sehen.

Wenn solche Überlegungen zusammengeschaute werden, dann ist nicht die aktuelle Frage, ob zur Stärkung der elterlichen Kompetenzen ein so genannter „Elternführerschein“ gebraucht wird, sondern dann muss es in der Zukunft vordringlich darum gehen, mindestens Ziele zu berücksichtigen und zu verwirklichen – **siehe Tabelle 2:**

1. Es geht darum, einen Perspektivenwechsel einzuleiten, bei dem Familie, Mütter, Kinder, Kindereinrichtungen, Jugendhilfe und Schule neu zusammengedacht werden.
2. Zu den aktuellen Aufgaben gehören übergeordnete Ausgleiche, nämlich die Vernetzung und Neukombination familiärer, privater, öffentlicher, freiverbandlicher, schulischer, kultureller, sportlicher und sonstiger Aktivitäten, als öffentliche Aufgabe. Dies kann nicht reprivatisiert werden, weil dafür von allein keine freien Ressourcen in der Familie vorhanden sind.
3. Es geht um den Neubau einer sozialen Infrastruktur auf der Ebene der Lebensgrundlagen. Es geht um eine soziale Infrastrukturaufbauaufgabe und dies ist mindestens so langfristig wie Diversity-Management in einem Konzern zu gestalten.
4. Die Flexibilität muss dabei die Trennungen für alle überwinden, jeweils wechselseitig.
5. Für die inneren Reformen und Flexibilisierungen werden personelle und finanzielle Handlungsspielräume benötigt.
6. Es muss als Sozialmanagementaufgabe des frühkindlichen und vorschulischen Bereichs angesehen werden, die Infrastruktur für Kinder so aufzubauen, dass Eltern und Kinder in der Lage sind, dafür Kompetenzen auszubilden. Dann braucht man keinen „Elternführerschein“, weil man die Eltern als Kooperationspartner schätzt und ihnen Möglichkeiten gibt, für und in dieser Infrastruktur zu lernen. Damit werden dann die Entwicklungspotenziale einer kinderbezogenen sozialen Infrastruktur gestärkt und ein fachlicher sowie gesellschaftlicher Beitrag zur Lebensqualität für Kinder und Eltern geleistet.
7. Wenn die Prinzipien der Streitschrift für die Zukunft der Kindheit in Deutschland als Prinzipien des Aufbaus der Bildungsmöglichkeiten genommen werden, dann bedeutet dies, dass Eltern und Kinder als aktiv Mitproduzierende zu denken sind, so dass Selbstbestimmung und Selbstbildung in der Lebensgestaltung mitberücksichtigt werden können.

EUROPÄISIERUNG – INTERNATIONALISIERUNG – GLOBALISIERUNG

<p>Standort Deutschland Wissensgesellschaft, Risikogesellschaft Arbeits- und Dienstleistungsgesellschaft Dienstleistungsarbeit, Dienstleistungsorganisation Informationsgesellschaft Frauen und Männer Verteilung Qualitäten</p> <p>ZEITORGANISATION NIVEAUS, STANDARDS</p>			<p>Schlüsselqualifikationen Professionalität</p>		<p>lebenslanges Lernen</p>	
<p>Disziplinen, Interdisziplinarität Problem und Handlungsorientierung</p> <p>BFS – FS – Berufe – Ausbildungen – Studium – Fachhochschule – Universität Lernorte – Lernsituationen – Lernarrangements Ausbildung der Ausbilderinnen – Weiterbildung</p> <p>Interdisziplinäre Forschung konkretisiert für die Politikbereiche Arbeitsmarkt/Ökonomie Sozial-, Bildung-, Familien- und Frauenpolitik</p>						

Tabelle 2

Und es sei dabei in Erinnerung gerufen: Zu den Prinzipien der Europäischen Union für lebenslanges Lernen gehört, dass jeder Lern- und Lebensort für selbstbestimmtes Lernen nicht weiter als zehn Fußminuten von den Lebensorten der Menschen entfernt sein soll. Dies ist explizit vorgesehen. Dies würde insgesamt die Bildungsstruktur, die soziale Infrastruktur und den Zusammenhang zwischen Elementarpädagogik, Erwachsenenpädagogik, weiteren Qualifizierungen des jeweiligen pädagogischen Personals sowie der Erforschung und Dokumentation deutlich verändern.

8. Natürlich wäre in einem solchen Entwicklungsprozess auch die permanente Entwicklung von Qualität selbstverständlicher Bestandteil des Prozesses (Karsten 1999).
9. Schließlich erfordern solche Strukturen ein neues Denken, weil in diesem Fall die Menschen, die Kinder, die Erwachsenen und die Pädagogen ins Zentrum gestellt werden, um damit ernst zu machen, dass die ‚Köpfe‘ sowie das soziale und fachliche Kapital der Menschen wesentlich sind.

Wenn dies ins Zentrum von Solidarität, von Partizipation und von Gemeinwesenorientierung gestellt wird und damit Kinder- und Jugendpolitik im Sozialraum neu gedacht wird, dann heißt dies, Familien, Mütter und Väter in die Lage zu versetzen, aktiv die Zukunft ihrer Kinder zu gestalten und zwar als ihre eigene Zukunft mit ihren eigenen Zukunftschancen. Dieses bedeutet zuerst, nicht nur die Raumfrage, sondern die Zeitfrage zu stellen, denn die Zeitfrage ist genau diejenige, wie lange Prozesse dauern dürfen. Wie lange darf ein Kind in einer Institution verbleiben, damit gesicherte Entwicklungsprozesse möglich sind? Wie ist es mit der Koordination von inhaltlicher qualitätsvoller Zeit zwischen Müttern, Vätern und Kindern? Wie steht es um die Wünsche der Kinder? All dies würde das Verständnis von Müttern und Vätern und dem, was qualitätsvolle Erziehung ist, deutlich verändern.

Die Erkenntnisse zum lebenslangen Lernen oder die Beispiele der Bildungsgestaltung in den skandinavischen Ländern (Frisk u.a. 2004) wie der Bildungsplan lehren, dass nur ein umfassendes, wertschätzendes Neudenken der Bedingungen und Möglichkeiten des Aufwachsens und der Bildung für Kinder und Eltern in die Zukunft weist. Ein „Elternführerschein“ allein kann diese Aufgabe nicht erfüllen.

Literatur

Böhmer, Reinhold: Manager – Sand in der Seele, In: Wirtschaftswoche, Nr. 22 vom 22. Mai 2002

Büchel, Felix; Spieß, C. Katharina: Formen der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin (2002), Bd. 220

Europäische Kommission 2000: Memorandum Lebenslanges Lernen, unter: www.forumbildung.de

Frisk, Göran; Berger, Lasse: Baum der Erkenntnis, Bremen: Selbstverlag (2004)

Karsten, Maria-Eleonora; Hetzer, Silke; van Riesen, Kathrin; Meyer, Christine; Baier, Florian: Bildung in Kindertagesstätten, VER.DI. (Hrsg.), Berlin (2002)

Karsten, Maria-Eleonora; Hetzer, Silke; Meyer, Christine; Baier, Florian: Sozialraumorientierung in Politik, Planung und Praxis Sozialer Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe, VER.DI. (Hrsg.), Berlin (2003)

Karsten, Maria-Eleonora: Erziehungs- und Erzieherinnenarbeit – zu einigen Arbeitsmarktentwicklungen für die Zukunft, Lüneburg: Typo Skript (2003)

Karsten, Maria-Eleonora: Personenbezogene Dienstleistung für Frauen. Aktuelle Tendenzen und Entwicklungserfordernisse, In: Friese, Marianne (Hrsg.): Modernisierung personenbezogener Dienstleistungen. Innovationen für die berufliche Aus- und Weiterbildung, Bremen (2003)

Karsten, Maria-Eleonora; Degenkolb, Alexandra; Hetzer, Silke; Meyer, Christine; Thiessen, Barbara; Walther, Kerstin: Entwicklung des Qualifikations- und Arbeitskräftebedarfs in den personenbezogenen Dienstleistungsberufen. Expertise im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen, Berlin (1999), unter: www.dfes.gov.uk

Eltern werden, Eltern sein – ein lebenslanger Lernprozess

WILFRIED STEINERT

*Vorsitzender des Bundeselternrates und Leiter der Waldhofschule
– Eine Schule für alle – in Templin, Brandenburg*

Einleitende Bemerkungen

Einige Sätze zu mir selbst: Ich bin im Vorstand des Bundeselternrates. Dieses Gremium ist ein Zusammenschluss der Landeselternvertretungen, also das Mitwirkungs-gremium der Schulen auf Bundesebene. Wir machen diese Arbeit ehrenamtlich. Um die Anfrage von Frau Voland aus der Diskussion aufzunehmen, warum so wenig Frauen hier sind, möchte ich hervorheben: Ich bin hier, weil meine Familie mir diese ehrenamtliche Arbeit genehmigt hat. Wir diskutieren in der Familie, was jeder von uns machen kann, denn ich habe insgesamt – einige sind schon außer Haus – acht Pflegekinder und vier eigene Kinder zwischen 30 und sieben Jahren.

Hauptamtlich bin ich Schulleiter. In Anlehnung an den Vortrag von Herrn Jablonski könnte ich sagen, dass ich Manager einer Diversity-School bin. Wir haben seit dem 1. August 2003 eine Schule für geistig behinderte Kinder in eine Schule für alle umgewandelt. In den Klassen sind jeweils 16 Schüler, davon die Hälfte mit Förderbedarf. Vom Hochbegabten bis zum geistig Behinderten lernen alle zusammen. Alle profitieren von der Unterschiedlichkeit, gerade hinsichtlich der Wertschätzung. Es würde mich sehr reizen, das Diversity-Modell von Ford auf eine Schulsituation zu übertragen, weil ich meine, dass man davon eine ganze Menge lernen kann.

Elternsein in sich verändernden Zeiten

Die Frage, ob wir einen „Elternführerschein“ brauchen, habe ich in Vorbereitung auf diese Veranstaltung in vielen Kreisen diskutiert, auch unter den Eltern unserer Schule. Vorweg möchte ich sagen, dass wir zu keiner abschließenden Stellungnahme gekommen sind. Aber die Diskussion dieser Frage zeigt, dass eine große Verunsicherung existiert und ein Suchen danach, wie die Situation verbessert werden kann.

Zahlen und Fakten sind allen klar und bewusst: In Deutschland kommen jährlich rund 15.000 Fälle körperlicher Misshandlung an Kindern zur Anzeige. Bei 1.500 Fällen liegt sexueller Missbrauch vor. Die Dunkelziffer kann im Bereich des Zwanzigfachen liegen. Ich erlebe die Folgen von Gewalt immer wieder bei Kindern aus sozial schwachen Familien. Wie können wir künftig besser reagieren, wenn Eltern überfordert sind und sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes gleichzeitig oftmals unsicher fühlen und nicht wissen, wie man am zweckmäßigsten eingreifen kann?

Die Maxime der Erziehung in den fünfziger Jahren lautet: „*Mein Kind soll es einmal besser haben als ich!*“ In dieser Zeit hatte ich meine Kindheit verbracht. Dann, am Ende der sechziger Jahre hieß es: „*Mein Kind soll selbst entscheiden, was es will!*“ Das war die Zeit der antiautoritären Erziehung. Es wurde darüber debattiert, wie man mit Regeln umgehen kann. In den vergangenen Jahren ist man bescheidener geworden: „*Mein Kind soll es nicht schlechter haben als ich.*“ Das spricht für sich und gibt zu denken. In der Region, aus der ich komme – im Landkreis Uckermark in Brandenburg – liegt die offizielle Arbeitslosenquote bei 26,2 Prozent. Deshalb herrscht die Sorge vor, ob die Kinder den Lebensstandard der Gegenwart halten können.

Überforderte Eltern resignieren

Erziehungsfragen waren immer von dem Motiv bestimmt: Eltern wollen das Beste für ihr Kind, auch diejenigen, die vielleicht eine Alkoholikerfamilie bilden. Aber gut gemeint ist oftmals das Gegenteil von gut gemacht. Eltern setzen sich selbst unter Druck oder werden von der Gesellschaft unter Druck gesetzt. Dieser Druck auf Eltern, die ihre Kinder nach der Meinung des „Dorfes“ – um auf einen heute oft zitierten Sinnspruch aus Afrika zurückzukommen – nicht richtig erziehen, ist manchmal unerträglich. Hier müssen Eltern entlastet werden. Und dies muss möglichst früh anfangen.

Unsere Schule wird ab 1. Januar 2004 eine Integrationskindertagesstätte übernehmen, weil wir der Meinung sind, dass Bildung, Erziehung und Betreuung ganz früh beginnen müssen. Dabei soll die Zusammenarbeit mit den Eltern intensiviert werden. Gerade die Gespräche mit den Eltern zeigen, dass diejenigen, die am dringendsten einen „Elternführerschein“ benötigen würden, unter einem solchen öffentlichen Druck stehen, dass sie gar nicht mehr in der Lage sind, wirkliche Erziehungsarbeit zu leisten.

Die Frage lautet: Wo gibt es eine Möglichkeit für Elternbildung? In der Schule gibt es Sexualaufklärung; das wurde in den siebziger und achtziger Jahren mit vielen Schwierigkeiten durchgesetzt. Aber wo werden künftige Eltern, Mütter und Väter auf ihre Rolle als Eltern vorbereitet? Wo werden Angebote zum Trainieren dieser Rolle gemacht? Wenn ich die Entwicklung sehe, so beobachte ich: Während der Schwangerschaft dreht sich alles um das Kind. Die Eltern sind motiviert, sich bestmöglichst vorzubereiten. In den ersten Lebensjahren des Kindes werden viele Erziehungsbücher gekauft, aber sie werden kaum gelesen; man blättert sie durch und sie verstauben im Regal oder unter dem Couchtisch.

Der Wunsch der Eltern ist da, sich mit den Anforderungen und Erfordernissen auseinander zu setzen, aber die Kraft fehlt an vielen Stellen. Und je größer die Kinder werden, je mehr Aufmerksamkeit sie erfordern, desto weniger Zeit zur Reflexion haben die Eltern. Umso mehr werden sie von den vielen Fragen überrollt. In den Elterngesprächen ist eine Frage ziemlich häufig zu hören: „*Was soll ich denn noch machen?*“ Diese Frage ist zweifellos Ausdruck einer gewissen Hilflosigkeit.

Wie können wir dieser Hilflosigkeit begegnen? In den Kindergarten- und Grundschuljahren nehmen noch viele Eltern an den Elternabenden teil. Aber wie werden diese Abende gestaltet? Es sind reine so genannte Frontalveranstaltungen, auf denen Kindergärtnerinnen oder Lehrer die Eltern zu Informationsempfängern degradieren! Eltern werden dabei meist nicht mit in das Nachdenken einbezogen. Wenn Eltern während dieser Veranstaltungen Erziehungsfragen stellen, bekommen sie meist die Antwort, dass das zu persönlich sei und nicht diskutiert werden könne, weil es dem Datenschutz unterliege. Wie ist die Reaktion darauf? Jeder schaut betroffen auf den Tisch und das kaum begonnene Gespräch ist zu Ende.

Meiner Meinung nach muss hier schnellstens ein Wandel geschehen. Das Interesse, das die Eltern während der Kindergartenzeit und der Grundschuljahre noch zeigen, muss positiv aufgenommen und durch Seminare und thematische Veranstaltungen gefördert werden. Dass ein „Elternführerschein“ notwendig ist, haben mir sehr viele Eltern während der vergangenen Monate gesagt. „*Das wäre doch endlich einmal etwas Gutes*“, meinten viele. Ich teile die von Prof. Dr. Karsten geäußerten Bedenken voll und ganz. Aber die Haltung von Eltern müssen wir berücksichtigen, wenn wir mit ihnen arbeiten. Eltern haben offensichtlich eine Sehnsucht danach, endlich etwas in die Hand zu bekommen, womit sie umgehen können. Die aktuellen Fragen lauten: Wie können wir Eltern für ihre Aufgabe qualifizieren? Wo können wir Erziehungstrainings anbieten, die ganz niedrigschwellig sind? Wo kann über Grundregeln der Erziehung diskutiert werden?

Wissen macht Eltern stark

Eltern müssen wissen, welche Konsequenzen es hat, wenn man so oder anders reagiert. Wir wissen alle, dass eine Ohrfeige der Anfang von Gewalt ist. Trotzdem hört man auf vielen Elternabenden, dass eine Ohrfeige nicht schade. Dies zu diskutieren, wäre eine lohnenswerte Aufgabe. Wir müssen Wege finden, um kompetentes Elternverhalten lernen zu können. Und es muss auch Möglichkeiten für so genannte Auszeiten geben; in der Sprache des „Führerscheins“ sprechen wir von Nachschulungen und Auffrischkursen. Es geht darum, Eltern die Zeit einzuräumen, einmal in Ruhe nachdenken zu können und nicht ständig in dem Stress des Verantwortlich-Seins zu stehen. Deshalb finde ich das Ford-Modell vom Notfallkindergarten durchaus eine Sache, die man auch im öffentlichen Bereich bedenken müsste. Es geht um die Frage, ob nicht auch Kindergärten zusätzliche Betreuungsangebote vorhalten müssten, beispielsweise abends, um etwas mehr Zeit für die Eltern zu ermöglichen. Unsere Waldhofschule hat sich entschlossen, während der Ferien, die zwei Wochen und länger dauern, Betreuungsangebote für die Kinder vorzuhalten, um Eltern zu unterstützen, die berufstätig sind.

Eltern müssen motiviert werden, sich mit ihrem Elternsein auseinander zu setzen, möglicherweise auch einen „Elternführerschein“ zu erwerben. Es ist ein Synonym dafür, motiviert zu werden, sich damit auseinander zu setzen, was man für die Erziehung tun muss. Ich meine, erste Ansätze für Elternbildung müssen in der Schule stattfinden.

Es muss künftig zum selbstverständlichen Curriculum einer Schule gehören, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer mit Erziehungsfragen auseinander setzen. Und in den Phasen des größten Interesses an der Erziehungsarbeit müssen motivierende und vor allem niedrigschwellige Angebote zur Elternbildung gemacht werden. Beispielsweise wären im Kindergarten Angebote für Eltern wünschenswert, die die Eltern unterstützen, möglicherweise sogar vormittags für Mütter, die zu Hause sind, oder für Väter, die arbeitslos sind.

Elternabende in Kindergarten und Schule sollten durch Elternseminare ersetzt oder ergänzt werden. Für Eltern müssen Anreize geschaffen werden, möglichst viele „Bausteine“ der Elternbildung oder eines „Elternführerscheins“ zu erwerben. Glückliche Kinder brauchen nämlich sichere und ausgeglichene Eltern. Wenn wir dies nicht vorleben können, wie wollen wir denn dann überhaupt Kinder für die Zukunft erziehen? Familienförderung muss für uns genau so selbstverständlich werden wie Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung oder Regionalförderung. In Templin gibt es auf kommunaler Ebene beispielsweise einen Ausschuss für Tourismusförderung sowie eine Werbegemeinschaft, aber einen Förderkreis für Kindererziehung gibt es bis jetzt nicht.

Elternbildung rechnet sich

Wenn wir die Business-Case-Rechnung machen, wird schlaglichtartig klar: Was wir an der Erziehung und Bildung der Eltern und Kinder sparen, zahlt die Gesellschaft später drauf. Folgende Zahlen können das verdeutlichen: Das Kindergeld beträgt rund 1.800 Euro im Jahr; ein Jahr Grundschule kostet in Deutschland pro Kind jährlich zwischen 3.500 Euro in Brandenburg und 5.200 Euro in Bayern. Im europäischen Vergleich rangiert Deutschland ganz weit hinten; in Finnland betragen die Ausgaben für ein Kind im Grundschuljahr 7.200 Euro. Wenn wir hier sparen, schlägt das auf die Erhöhung der Kosten für spätere, sich anschließende Hilfen durch. Ein Monat Aufenthalt im Kinderheim kostet je nach Problematik zwischen 2.500 und 4.000 Euro. Bei einem Monat Jugendgefängnis betragen die Ausgaben zwischen 5.000 und 8.000 Euro. Rechnen wir bitte einmal dagegen, was wir in Deutschland an Geld sparen könnten, wenn wir Familien entsprechend unterstützten und frühzeitig mit Hilfen und Angeboten eingreifen würden!

Was brauchen wir? Notwendig sind Elternkurse in der Zeit der Schwangerschaft, die in Kindergärten ihre Fortsetzung finden könnten. Die Teilnahme wäre freiwillig, das Angebot attraktiv. Die Kurse sollen motivieren, ohne erhobenen Zeigefinger, ohne Druck.

Was gehört noch zu den Bausteinen eines „Elternführerscheins“? Ich meine, die Familienförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, gerade in einer Zeit, in der die individuell zur Verfügung stehenden Gelder knapper werden. Auch wenn wir hier und heute die Metapher vom „Dorf“, das erzieht, strapaziert haben, so ist die Gemeinde und Kommune umso wichtiger, wenn der Einzelne nicht mehr über die notwendigen Ressourcen verfügt.

Wenn gespart werden soll, dann darf es keine Einschränkung, sondern es muss eine Erweiterung der Rechtsansprüche auf Kindergartenplätze geben. Mehr Investitionen in bessere Bildung sind notwendig. Wünschenswert sind weiterhin Familien entlastende und unterstützende Angebote, unter anderem auch durch ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen. Viele Eltern wünschen, dass sie die Kinder endlich auch einmal ruhigen Gewissens an manchen Tagen länger in der Schule lassen können – in dem Wissen, dass sie dort nicht nur gut aufgehoben sind, sondern etwas Sinnvolles tun.

Weil wir wissen, dass wir nichts wissen ...
Elternsein als lebenslanger Lernprozess

Es gibt keine perfekten Eltern oder Lehrer und keine perfekten Kinder, aber wir Eltern können gut sein und damit unseren Kindern Zukunft eröffnen. Wenn es uns gelingt, an der Ermutigung der Eltern anzusetzen, können wir mit Sicherheit manches erreichen, was durch Paragraphen oder „Elternführerscheine“ im engeren Sinne nicht erreicht werden kann. Aber es muss bessere Angebote für das Elternttraining nach neuesten Erkenntnissen aus Wissenschaft und Praxis geben, wofür die Gesellschaft die Weichen zu stellen hat. Das ist der Weg zu einer besseren Erziehung und Bildung.

Diskussion über die Stärkung elterlicher Kompetenzen

MODERATION: PROF. DR. URSULA RABE-KLEBERG

Hochschullehrerin für Erziehungswissenschaft und Soziologie der Bildung und Erziehung am Institut für Pädagogik des Fachbereiches Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/Saale

Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg: Der Begriff des Führerscheins war sicherlich etwas provokativ gemeint. Meiner Meinung nach sollten wir uns in der Diskussion nicht an diesem Begriff festhaken, sondern die allgemeine Frage dahinter erörtern: Kann es so etwas wie gesellschaftlich organisierte Bildung für Eltern geben? Und wenn ja, wie müsste diese aussehen? Wer würde dies durchführen? In welche Zusammenhänge und Kontexte müsste so etwas gestellt werden?

Beate Blechinger, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag des Landes Brandenburg, Potsdam: Ich bekenne mich eindeutig zu dem, was Herr Steinert in seinem Vortrag formuliert hat. Aber bei den Ausführungen von Prof. Dr. Karsten kam mein Blut ziemlich in Wallung. Erstens finde ich es bedauerlich, dass Frau Karsten noch nicht in der deutschen Einheit angekommen ist. Zumindest haben die neuen Bundesländer in ihrem Vortrag keine Rolle gespielt. Lediglich in einer Folie wurden die neuen Länder erwähnt. Daraus ging hervor, dass Brandenburg für über 50 Prozent der unter dreijährigen Kinder Krippenplätze anbietet; zu 48 Prozent werden diese in Anspruch genommen, wir haben also ein Angebot, das über dem Bedarf liegt. Herr Staatssekretär Dr. Nees hat das Gleiche für Sachsen dargelegt. Das alles führt nicht unbedingt zu positiven Ergebnissen. Ich hatte in meinem Beitrag zur ersten Diskussionsrunde geschildert, welche Probleme Brandenburg mit den Kindern, die eingeschult werden, trotzdem hat. Brandenburg ist auch das drittletzte Land bei PISA, obwohl Brandenburg die meisten Ganztagschulen in Deutschland hat. Ich möchte nur darauf hinweisen, wie vielschichtig dieses Problem ist, und darauf, dass es da nicht die eine Lösung gibt.

Insbesondere bei der Aussage, dass Mütter dazu verpflichtet werden, die ersten Jahre mit ihren Kindern zu verbringen, lief es mir wirklich kalt den Rücken herunter, weil das genau in die Diskussion passt, die wir heute erleben. Kinder werden als Belastung angesehen und man erwartet, dass diese Belastung einem vom Staat abgenommen wird. Aber Kinder sollten doch eine Bereicherung des Lebens sein und sie sind es auch, wenn man genügend Zeit und Liebe investiert. Solange diese Perspektive nicht existiert und Kindern die wichtige emotionale Zuwendung, die sie nur von den Eltern bekommen können, vorenthalten wird, solange brauchen wir uns über Betreuungsangebote und Betreuungsqualitäten nicht zu unterhalten.

Denn es kann doch nicht im Ernst unser Anliegen sein, herauszuarbeiten, dass die emotionale Bindung eines Kindes zu einer Erzieherin im Kindergarten genau so groß ist wie die zur Mutter. Das würde bedeuten, dass der Wechsel einer Erzieherin für die Kinder genau so eine Katastrophe bedeuten würde wie der Verlust der Mutter oder des Vaters.

Auch zum vermeintlichen Armutsrisiko „Kind“ wird bei der Bewertung genau der gleiche Fehler gemacht wie bei anderen Statistiken dieser Art; es werden Ursachen und Wirkungen verwechselt. Es ist eben nicht so, dass Familien, die gut situiert waren, durch Kinder plötzlich in Armut kommen, sondern im Gegenteil. Familien aus dem Sozialhilfemilieu bekommen mehr Kinder als andere. Es gibt in Thüringen eine Studie, in der nachgewiesen wird, dass der Geburtenknick nach der Wende fast ausschließlich bei den qualifizierten, bildungsnahen Familien stattgefunden hat und nicht im Bereich von Familien, die Sozialhilfe empfangen. Und solange sich der Armutsbegriff in Deutschland danach bemisst, ob beispielsweise ein Herr Schumacher oder ein Herr Becker in Deutschland Steuern zahlen oder woanders, weil Familien als arm gelten, deren Einkommen weniger als die Hälfte des Durchschnittsverdienstes beträgt, ist dieser Begriff für eine politische Debatte völlig untauglich. (Denn je mehr „Reiche“ in Deutschland Steuern zahlen, um so höher steigt der Durchschnittsverdienst und um so mehr Menschen gelten danach statistisch als arm!)

Was wir meiner Meinung nach dringend brauchen, hat Herr Steinert gesagt. Wir brauchen eine niedrigschwellige und breit gefächerte Elternbildung, verschiedene Bildungsangebote, um auch zu erreichen, dass Eltern nicht gleich zur Erziehungsberatung gehen müssen. Ich halte es für selbstverständlich und habe es in meiner beruflichen Praxis als Lehrerin auch selbst praktiziert, dass zu Elternabenden auch pädagogische Themen angesprochen und diskutiert werden. Ich habe selbst 20 Jahre als Lehrerin gearbeitet; 17 Jahre vor der Wende und vier Jahre nach der Wende. Und was mir in all diesen Jahren an Hilflosigkeit der Eltern bei Erziehungsproblemen begegnet war, das schreit geradezu nach Hilfe und Beratung, natürlich völlig ohne Stigmatisierung. Hier muss einiges bewegt werden, wenn wir zu dem Ziel gelangen wollen: glückliche Kinder und glückliche Familien.

Prof. Dr. Maria-Eleonora Karsten, *Leiterin des Instituts für Sozialpädagogik, Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Lüneburg*: Frau Blechinger, Sie rennen vehement durch offene Türen. Genau das habe ich argumentiert. Sie haben es leider anders interpretiert. Ich habe auf das Problem der Daten genau hingewiesen. Das ist das Problem der Qualität der Daten. Und solange wir zulassen, dass solche Daten erhoben werden, werden wir das Problem weiterhin haben. Insofern habe ich mit Ihnen argumentiert. Und die Tatsache, dass immer mehr Kinderarmut, Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit der Eltern existieren, wurde in Untersuchungen auch herausgefunden. Davon betroffene Mütter sind häufig hilflos, weil sie möglicherweise keine Ansprechpartner haben, weil sie sehr jung sind und ihnen Bildungszugänge fehlen und weil sie mitunter auch in Stadtteilen wohnen, wo das Leben etwas komplizierter ist als anderswo. Vielleicht haben sie dort auch Ängste, sich mit ihren Kindern zu jeder Stunde draußen zu bewegen. Und möglicherweise fehlt ihnen auch ein Freundeskreis. Genau dort liegt diese Hilflosigkeit.

Entscheidend scheint mir zur sein, dass es immer wieder darum gehen muss, die regionalen Besonderheiten mit zu berücksichtigen. Das schafft man nicht mit dem so genannten Elternführerschein. Wir müssten jetzt darüber reden, was da alles an Kompetenzen hinzugehören müsste. Es gab schon einmal in Deutschland West Ende der sieb-

ziger Jahre einen „Elternführerschein“. Dieser Führerschein bis hin zu einigen aktuellen Trainingsprogrammen gingen eigentlich alle von kurzzeitpädagogischen Angeboten aus, in denen nicht wirklich für Eltern und speziell für Mütter die Möglichkeit bestand, entlang des Aufwachsens ihrer Kinder mit den Kindern die dafür wichtigen Situationen und Stationen zu erlernen. Darin habe ich das Problem gesehen.

Wenn man einen „Elternführerschein“ hätte, wäre – nach dem, was wir bisher alles wissen – damit quasi die öffentliche Verantwortung für das Familien- und Elterndasein abgegolten. Alles andere würde dann den einzelnen Personen überlassen werden. Wenn man das will, wofür sich Herr Steinert ausgesprochen hat, dann bekommt man das gerade nicht über das Instrument des „Elternführerscheines“, sondern dadurch, dass wir alle kräftig daran arbeiten, dass die Mentalität, das Elterndasein könne man von allein lernen, ein Stück verändern und das Aufwachsen wirklich zu einem entscheidenden Bildungsprozess in der Gesellschaft machen. Dafür plädiere ich.

Prof. Dr. Reinhart Wolff, *Hochschullehrer für Sozialarbeit und Sozialpädagogik an der Alice-Salomon-Fachhochschule, Berlin*: Ich möchte stärker eine historische Perspektive in die Diskussion bringen. Wir diskutieren nämlich über die Frage, ob man Erziehung lernen kann und ob Eltern Erziehung lernen sollten, mindestens seit 1762. In diesem Jahr hatte, wie bekannt, Jean-Jacques Rousseau seinen Roman „Emile“ publiziert, der im Übrigen sofort verboten wurde. Wir haben nun 250 Jahre hinter uns, in denen darüber nachgedacht worden ist, ob man Erziehung lernen sollte und ob man das überhaupt lernen kann und wenn ja, wie man das anstellen könnte.

Die Frage ist nur, was heute historisch anders und neu ist. Die Debatte hat sich ja gewissermaßen in Wellen vollzogen; es gab ein Hin und Her. Ich möchte gern Folgendes pointieren, das an das anschließt, was Frau Prof. Karsten gesagt hat. Wir sind in einer spezifisch neuen Situation, was die Entwicklung unserer Kultur und unserer Gesellschaft betrifft: wir sind nämlich strukturell nicht mehr an der Vergangenheit orientiert. Das bedeutet für Eltern, dass sie sich nicht unbesehen auf traditionelle Muster des Verhaltens im Umgang mit ihren Kindern verlassen können. Das heißt, wir sind in einer Kultur, die sich sehr zur Zukunft hin geöffnet hat. Man nennt eine solche Kultur eine präfigurative Kultur. Das ist ein Begriff von Margaret Mead, der großen Kulturanthropologin, die nämlich darauf aufmerksam gemacht hat, dass die moderne Kultur Erfahrungen aus der Vergangenheit systematisch entwertet, aber einen großen Druck nach Innovation und Veränderung erzeugt, vor allem nach Veränderungen im Generationenverhältnis. Das hat schließlich dazu geführt, dass wir Kinder inzwischen als berechnete Menschen, als Menschen mit Rechten ansehen. Wir sind insofern in einer ganz neuen Konstellation gelandet: Eltern sind gegenüber Kindern nicht mehr Eltern, wie sie es früher waren. Das bedeutet heute eine neue Justierung der Elternrolle und auch eine Neubestimmung der Aufgaben von Eltern. Deshalb müssen wir heute ganz neu fragen, was wir heute als Eltern lernen müssen und was wir lernen können, um dieser neuen Situation zu entsprechen.

Das Interessante ist nun aber: Beide, die professionellen Erzieher und Eltern als Erzieher müssen diese neue Rolle lernen. Diese neue Rolle heißt eben, dass die alten Muster

nicht mehr funktionieren, die entweder auf autoritäre Regelsysteme oder überhaupt auf ein technisch-instrumentelles Verständnis von Erziehung (Erziehung als autoritäre Regelung des rechtlosen Nachwuchses) hinausliefen. Insofern, Herr Steinert, würde ich Ihnen vorschlagen, vorsichtig mit Ihren Formulierungen von Regeln zu sein, denn das – so muss man heute sagen – ist unterkomplex. Menschen sind nämlich keine Maschinen. Und auch kleine Menschen verstehen wir heute als eigenständige, eigensinnige und kreative Persönlichkeiten.

Die aktuelle pädagogische Situation muss darum notwendig experimentell offen gestaltet sein, zumal sich die Verhältnisse ständig dynamisch entwickeln. Und in solchen, sich dynamisch entwickelnden Situationen muss man in der Lage sein, sich neu einzustellen. Das heißt, man muss die historische Situation verstehen, in der wir heute diskutieren. Die ist nämlich grundsätzlich anders im Vergleich zu der Elterngeneration von vor 80 Jahren, die so erzogen hatte, dass Deutschland in Stalingrad und Auschwitz endete. Das ist pädagogisch auch begründet und gestützt worden. Wir müssen dies gerade am heutigen Tag noch einmal in den Blick nehmen und uns klar machen, dass wir historisch aus einer Erziehungskatastrophe kommen.

Die Frage, die sich daran anschließt, lautet: Wie können wir heute Kompetenzen fördern und entwickeln? Ich möchte bei der Antwort auf etwas aufmerksam machen, was oft übersehen wird: Eltern haben doch schon etwas gelernt, ehe sie ihre eigenen Kinder beginnen zu erziehen: nämlich meistens von ihren eigenen Eltern, den Großeltern und von ihren Geschwistern. Das heißt, die Eltern von heute haben Modelle gehabt, an denen sie sich orientieren, häufig allerdings Modelle, die wir heute aus fachlicher Perspektive für problematisch halten. Eltern müssen daher gegenüber der eigenen Elterngeneration neue Erziehungsmodelle entwickeln, weil die Situationen heutzutage viel komplexer sind und andere Anforderungen an Eltern gestellt werden.

Ich möchte schließlich noch einen anderen Gedanken aufgreifen, worauf wir in der Elternbildungsarbeit immer wieder stoßen werden. Sich ein pädagogisches Wissen anzueignen, ist auch für Eltern in der Regel nicht abwegig. Wissen ist zweifellos ein ganz gutes Steuerungselement. Aber viel wichtiger ist es, ein Wissen über sich selbst zu haben, sich selber kennen zu lernen und möglicherweise seine Einstellungen zum Kind zu verändern. Das heißt, die Kompetenz, die man als Vater und Mutter vor allem braucht, ist eine komplexe Selbstkompetenz. Dabei handelt es sich vor allem um eine bestimmte Einstellung zum Kind, eine gefühlsmäßige Einstellung, geht es um eine bestimmte Form der genauen Wahrnehmung des Kindes, geht es um eine bestimmte Form zugewandter Praxis im Umgang mit dem Kind. Und wenn wir nicht in der Lage sind, diese Gefühle, diese Einstellungen und Wahrnehmungen durch unsere Beziehungen und Angebote im erzieherischen Kontext zu verändern, dann geht jede Elternbildung fehl.

Wir sehen es jeden Tag in der Familien- und Elternbildung, dass die Kurse und Programme oft sehr normativ und rezeptologisch orientiert sind. Dabei erreichen wir aber die Eltern oft nicht in ihren tieferen Einstellungen, Gefühlen und Haltungen beziehungsweise in ihrer Verzweigung im Umgang mit sich selbst und mit ihren Kindern.

Deswegen haben wir vom Kronberger Kreis für Qualitätsentwicklung e.V. vorgeschlagen, stärker **das partnerschaftliche, dialogische Element in die Elternarbeit** einzubringen.

Auch Herr Steinert hat anschaulich einen solchen Ansatz, wie man ihn in seiner Schule praktiziert, beschrieben. Es geht darum, Eltern in den Prozess der Veränderung konkret einzubeziehen, mit ihnen gemeinsam zu verstehen und zu lernen. Das versuchen wir im Familiennetzwerk Hoyerswerda zum Beispiel mit dem Konzept der **Elternuniversität**, wo Fachleute (also zum Beispiel Kindergarten-Erzieherinnen und Lehrer) zusammen mit Eltern studieren und mit ihnen gemeinsam lernen, wie man Kinder am besten fördern und erziehen kann. Das ist ein sehr komplexer Prozess, für den man nicht zuletzt Zeit braucht, einen offenen Raum des Dialogs. Vieles in der Elternbildung ist leider immer noch viel zu verschult, ist oft zu kursmäßig und zu abstrakt. Wir müssen stattdessen viel mehr an die konkreten Bedürfnisse, Gefühle und tieferen Einstellungen der Eltern herankommen und können sie dann ermutigen, sich solidarisch und kreativ auf ihre Kinder einzulassen.

Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg: Welche weiteren Überlegungen gibt es zu diesem Problem?

Barbara Bütow, *wissenschaftliche Mitarbeiterin der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm*: Ich möchte mich zum Thema „Elternberatung und Elternbildung“ im Sinne der Forderung meines Vorredners äußern, an die konkreten Bedürfnisse und Gefühle der Eltern anzuknüpfen.

Seit drei Jahren beschäftige ich mich im Auftrag der Universität Ulm mit dem Thema „Frühe Kindheit“. Dazu haben wir – eine Arbeitsgruppe um Dr. Ute Ziegenhain – ein niedrigschwelliges Beratungskonzept für Eltern mit Babys und Kleinkindern, die „Entwicklungspsychologische Beratung“, entwickelt. Das Grundprinzip dieser Beratung beruht auf einer wertschätzenden und ressourcenorientierten Haltung den Eltern gegenüber sowie neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Säuglings- und Kleinkindforschung und der Entwicklungspsychologie. Als Methode wird videogestütztes Beobachten und Beschreiben von kindlichem und elterlichem Verhalten eingesetzt. Damit wird insbesondere Mitarbeiterinnen aus der Jugendhilfe ein Handlungskonzept zur Verfügung gestellt, mit dem sie Eltern beim Aufbau einer entwicklungsförderlichen Beziehung zu ihrem Kind unterstützen können. Mit Hilfe der Beratung kann nachweislich die Entwicklung negativer Interaktionsschleifen und damit verbundener späterer Verhaltensprobleme und Entwicklungsstörungen beim Kind verhindert oder zumindest abgeschwächt werden.

Für dieses Beratungskonzept haben wir ein Curriculum für die Weiterbildung von professionellen Beraterinnen und Beratern entwickelt und in sechs Bundesländern erprobt. Bestandteil der Weiterbildung waren eigene Beratungsprozesse der Teilnehmerinnen, über die sie Videoaufnahmen erstellen mussten. Wir haben also mehr als 300 Videos mit Müttern – sehr selten mit Vätern – mit Babys und Kleinkindern gesehen.

Dabei wurden zwei Extreme deutlich: Einerseits handelt es sich um Familien, die der Jugendhilfe bereits bekannt waren, sehr oft um jugendliche Mütter. Sie wollen gern gute Mütter sein, gut für ihr Kind sorgen, wissen aber häufig nicht, was für ein Baby gut und wichtig ist. Sie sind auch oft genervt von den Forderungen, die das Baby an sie stellt. Das andere Extrem möchte ich so beschreiben: Gut situierte Familien, hochqualifizierte über dreißigjährige Frauen, deren Männer 60 und mehr Stunden pro Woche beruflich außer Haus sind. Nach der ersten „Glückseligkeit“ hatten diese Frauen oft ein Gefühl von Überforderung, Einsamkeit, Ausgeschlossenheit und Unterforderung. Das alles wirkt sich nicht förderlich auf die Beziehung zum Kind aus. (Auch das sind Gefühle, die ernst genommen werden müssen!) Diese Mütter waren sichtlich erleichtert, wenn ihnen „erlaubt“ wurde, über eine Tagesbetreuung für ihr Kind nachzudenken.

Noch immer geistert in diesem Land die Vorstellung herum, dass eine gute Mutter ihr Kind selbst betreut. Aber es ist eben nicht für alle Mütter und Väter toll, „*drei Jahre in einem Vier-Zimmer-Ställchen zu verbringen*“. (Aussage einer Beraterin aus Rheinland-Pfalz)

Mir ist durch diese Erfahrung nochmals deutlich geworden: Wir brauchen beides, elterliche und staatliche Verantwortung bei der Erziehung der Kinder. Es geht darum, Eltern zu unterstützen, ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Erstens durch Beratung. Eltern sind in der Zeit nach der Geburt sehr offen und dankbar für Unterstützung, trauen sich jedoch selten einzugestehen, dass sie für die angeblich normalste Sache der Welt Hilfe benötigen.

Zweitens muss es erlaubt sein, überforderten oder erschöpften Eltern die Möglichkeit zu geben, ihr Kind durch andere betreuen zu lassen, auch wenn sie zum Beispiel wegen Arbeitslosigkeit ihr Kind selbst betreuen könnten.

Drittens muss Müttern (und Vätern) die Möglichkeit gegeben werden, selbst zu bestimmen, ob sie mit ihrem Kind zu Hause bleiben oder in den Beruf zurückkehren. Die Betreuung des Kindes muss dann aber so sein, dass Eltern nicht ständig ein schlechtes Gewissen haben müssen.

Insofern geht es nicht um ein Entweder-Oder, auch nicht um (moralische) Wunschvorstellungen darüber, wie Eltern sein sollten, sondern um ein für Familien förderliches Verhältnis zwischen elterlicher und staatlicher Verantwortung.

Angelika Diller, *Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Kinder und Kinderbetreuung, Referentin im Deutschen Jugendinstitut e.V. (DJI), München*: Ich möchte an den Beitrag von Prof. Dr. Wolff anknüpfen: Eltern zu Objekten der Belehrung zu machen, das kann nur schief gehen. Aus den Erfahrungen in Kindertageseinrichtungen gibt es dafür viele kritische Beispiele. Das führt nur zu Kollisionen, Abgrenzungen und Machtkämpfen. Erziehungskompetenz lernt man nicht wie Vokabeln; Haltungen und Einstellungen wechselt man nicht so einfach wie ein Kleidungsstück, da sie tief

sitzende Gefühle berühren, die biographisch verankert sind. Deshalb bin ich auch gegen das Konzept eines „Elternführerscheins“, da er keine Kompetenzen, allerhöchstens Wissen vermitteln kann. Erforderlich ist ein dialogisches Konzept, bei dem Eltern Erziehungsfragen und ihre Erfahrungen bearbeiten können.

Außerdem habe ich ein Unbehagen über die ablaufende Diskussion. Ich habe den Eindruck, dass ein Gegensatz konstruiert wird, der zu Polarisierungen führt. Damit meine ich die Notwendigkeit einer funktionierenden, sozialen Infrastruktur – wie sie Prof. Dr. Karsten dargestellt hat. Dies wird ausgespielt gegen die vermeintliche Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit von Eltern, die sich nicht um Kinder kümmern wollten. Aus manchen Beiträgen höre ich die unterschwellige Botschaft heraus: Wären die Eltern – gemeint sind meistens Mütter als die Erziehungskompetenteren – brauchen wir weniger soziale Infrastruktur. Oder anders ausgedrückt: Diejenigen, die für eine funktionierende soziale Infrastruktur plädieren, negieren die Bedeutung der Eltern-Kind-Beziehung. Das eine ersetzt jedoch das andere nicht; wir brauchen eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur sowie erziehungsbereite und erziehungsfähige Eltern.

Ich möchte noch einmal aufgreifen, was bereits angesprochen wurde: Alle Eltern, egal in welcher Lage sie sind, wollen immer das Beste für ihre Kinder, in jeder Generation. Deshalb macht es meiner Meinung nach keinen Sinn, mit einer unterschweligen Schuldzuweisung zu operieren. Vielmehr muss man an dem Bedarf und den Interessen der Eltern anknüpfen; aber man muss letztendlich an ihren Kompetenzen ansetzen und nicht an dem, was sie vermeintlich nicht können.

Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. So möchte ich die Diskussion beschließen und den beiden Referenten die Möglichkeit geben, auf die verschiedenen, vorgetragenen Argumente zu reagieren. Bitte.

Wilfried Steinert, Stellvertretender Vorsitzender des Bundeselternrates, Bonn, und Leiter der Waldhofschule in Templin, Brandenburg: Vielleicht haben Sie gemerkt, dass ich in meinem Vortrag das Spannungsverhältnis, ob ein „Elternführerschein“ nötig ist oder nicht, bis zum Schluss durchgehalten habe. Der Ruf nach einem „Elternführerschein“ entspricht der Sehnsucht vieler Eltern, um damit sozusagen eine Kompetenz zugesprochen zu bekommen. Natürlich weiß ich, dass der Begriff der „Regel“ in dem Zusammenhang wohl falsch gewählt wurde. Das ist mir bei der Argumentation von Prof. Dr. Wolff sehr deutlich geworden. Aber wir müssen an den vorhandenen Kompetenzen der Eltern anknüpfen; diese müssen wir stärken.

Wir müssen den Eltern Sicherheiten geben, nur so werden sie handlungsfähig. Wenn uns dies gelingt – auf welchem Weg auch immer –, haben wir meiner Meinung nach eine ganze Menge gewonnen. Verunsicherung, Vorwürfe und Druck von außen machen Eltern eher handlungsunfähig.

Eltern in ihrer Erziehungsarbeit zu befähigen und zu stärken heißt wohl auch, dass wir mehr Ressourcen für die Elternbildung zur Verfügung stellen müssen. Bereits in den

Kindergärten, also zu einem Zeitpunkt, zu dem Eltern noch ein hohes Interesse an der Erziehung haben, müssen die Eltern in ihrer aktiven Erziehungsverantwortung gestärkt und darin begleitet werden. Dort müssen auch die Erzieherinnen befähigt werden, elterliche Defizite zu erkennen, Beratungs- und Elternarbeit zu machen – oder zumindest zu initiieren. Dies ist ein langer Weg. An manchen Orten gibt es schon hervorragende Ansätze für eine gute Elternarbeit. Eine Elternakademie wäre auch eine sinnvolle Ergänzung.

Prof. Dr. Maria-Eleonora Karsten: Ich möchte direkt auf Aussagen von Frau Diller eingehen, weil das wichtig ist. Es geht eben dabei nicht nur um eine Sache, sondern um ziemlich viele verschiedene Dinge, weil wir die Komplexität der momentanen Situation berücksichtigen müssen und die ist nicht sicher zu gestalten. Keine große gesellschaftliche Wandlung ist sicher zu machen. Insofern geht es nicht darum, allein Eltern sicher zu machen, dass sie kompetent sind, sondern mit in die Situation hineinzubringen, um ihnen klar zu machen, dass diese Unsicherheit auch etwas Gutes hat, nämlich die Chance bietet, die Zukunft mit den Kindern zu gestalten. Sie, die Eltern können da tatsächlich tätig werden. Das wäre die eine Seite.

Die andere Seite, auf der wir meines Erachtens viel mehr tun sollten, ist, zu verstehen, dass die Lebensgrundlagen für die meisten Menschen nicht mehr in irgendwelchen betrieblichen Familienzusammenhängen existieren, sondern an dem Ort, wo sie leben. Sie fahren zur Arbeit, sie fahren zur Schule, sie fahren zum Sport. Das heißt, die Menschen bewegen sich ständig. Das heißt, die Eltern bewegen sich aus dem Elementarbereich, in welchem die kleinen Kinder sind, ständig heraus. Es geht darum, sie dazu zu befähigen, wie man dies zusammenbekommt, dass man sich ständig herausbewegen muss, aber das Kind ganz wesentlich an diesem Lebensort ist und dort auch die entscheidenden Grundlagen sind und deswegen die soziale Infrastruktur wichtig ist. Es gibt Konzentrationspunkte in Städten. Anderswo gibt es schlicht und einfach gar nichts. Es gibt Regionen, in denen der Kindergarten die einzige soziale Einrichtung ist. Ich habe mich an der Diskussion über die fehlenden Hausärzte in Brandenburg beteiligt. Da fehlen dann basale Infrastrukturen.

Wir müssen also beides tun: die Eltern befähigen, sich mobil in diesem Feld zu bewegen und auf der anderen Seite endlich zu Standards kommen. Wir können einfach nicht so tun, als wenn überall in dieser Republik ein gut ausgestattetes Quartier eines reichen Münchener Stadtteils existieren würde, wo dann der Slogan zutrifft, dass man am liebsten dort wohnt und arbeitet. Und deshalb hat München den höchsten Zuzugsgewinn. Köln hat sein Chorweiler; Brandenburg hat andere Ecken, in denen es ziemlich viel Sand gibt; Niedersachsen hat die Küstenregionen, Nordrhein-Westfalen hat das tiefste Sauerland und das könnte ich jetzt bis Bayern durchbuchstabieren. Die Infrastruktur ist nicht die Infrastruktur einer Stadt, sondern die Infrastruktur, die wirklich für das kleine Dorf, für die mittelgroße Stadt und für die Großstadt gedacht werden muss. Und wenn wir damit anfangen, dieses endlich zusammenzubringen, dann hat wiederum Eltern- und insbesondere Mütterbildung eine Möglichkeit. Solange, wie wir das nicht zusammendenken, werden wir die Schwierigkeit haben, dass uns immer wieder eine Ebene wegrutscht.

Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg: Ich bedanke mich bei den Referenten. Wir kommen nunmehr zum Ende der Diskussion. Ich möchte zum Abschluss noch einige Bemerkungen machen. Wir befinden uns hier in einem kommunalwissenschaftlichen Institut. Ich denke, es fehlt jetzt eigentlich noch der dritte Block unter der Fragestellung: Was heißt das, was wir hier und heute entwickelt haben für die Arbeit der Kommunen? Was bedeutet das auch für die Wissenschaft von der Kommune? Wie ist dieses zu integrieren in die Vorstellungen vom Sozialraum? Den Sozialraum verstehe ich als einen politisch zu gestaltenden Raum. Ein Raum, der von Eltern, Kindern, den Professionellen und anderen Menschen im Raum, die für die Kinder vielleicht sehr wichtig sein können, konstruiert und gestaltet wird. Wie können diese daran beteiligt werden, nicht nur **mit**zuwirken, sondern zu wirken, das heißt gleichberechtigt **ein**zuwirken? Wie können die Partizipationsprozesse auch als Bildungsprozesse verstanden und angelegt werden?

Ich denke, die Frage des Verhältnisses von Staat und Eltern oder Staat, Träger und Eltern muss unter diesen Aspekten betrachtet werden, die wir heute diskutiert haben. Deutlich ist, dass das Subjekt Kind, das heißt, das Kind, das sich selbst bildet, im Zentrum steht. Das wird manchmal vergessen. Ich meine, diese Diskussionen um die Konsequenzen des Bildungsverständnisses für den sozialen Raum haben in Wirklichkeit noch gar nicht wirklich begonnen. Diese müssen auf den Ebenen vom Kinder- und Jugendhilfegesetz bis zur Gestaltung von Räumen in Kommunen reichen, gerade auch in Räume hinein, die vielleicht ansonsten leer sind.

Diese Diskussion können wir heute aus Zeitgründen nicht mehr führen. Aber ich denke, es ist allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 6. Berliner Diskurses zur Jugendhilfe klar geworden, dass diese Konsequenzen überhaupt noch durchbuchstabiert werden müssen. Wir haben eine Diskussion geführt, die uns näher an die Probleme heranbringt und die dem Verein für Kommunalwissenschaften e.V. als Veranstalter aufgegeben hat, an dieser Stelle weiterzudenken. Ich bedanke mich beim Veranstalter, den Referenten und Diskussionspartnern für ihr Engagement.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Diskurses

DR. MARGRIT BARTH (MDA)

Jugendpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

CORNELIE BAUER

Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe e.V. (AFET), Hannover

DR. VERA BIRTSCH

Leiterin des Büros für Familien-, Jugend- und Sozialpolitik, Behörde für Soziales und Familie, Hamburg

BEATE BLECHINGER (MDL)

Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag des Landes Brandenburg, Potsdam

SVEN BORSCHKE

Sekretär der Geschäftsstelle des Bundesjugendkuratoriums, Bonn

DR. CORINNA BREDOW

Leiterin des Referates Kindertagesbetreuung im Landesjugendamt Brandenburg, Bernau

BARBARA BÜTOW

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/ Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm

ANNEGRET DAHMER

Leiterin des Amtes für Kinder und Familien des Landesjugendamtes Rheinland, Köln

DR. KERSTIN DELLEMANN

Leiterin des Jugendamtes des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt, Saalfeld, Thüringen

ANGELIKA DILLER

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Kinder und Kinderbetreuung, Referentin im Deutschen Jugendinstitut e.V. (DJI), München

RUDOLF FÖRSTER

Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg

VIOLA GEHRHADT

Leiterin des Landesjugendamtes, Landesamt für Soziales und Familie Thüringen, Meiningen

URSULA HARTMANN

Referentin für Sozial-, Familien- und Bildungspolitik im Deutschen Caritasverband, Hauptvertretung Berlin

DR. SABINE HEBENSTREIT-MÜLLER
Direktorin des Pestalozzi-Fröbel-Hauses Berlin

DR. KAROLA HEILMANN
Leiterin des Dezernats Förderung von Kindern in Tagesstätten und Tagespflege im Landesjugendamt Mecklenburg-Vorpommern, Neubrandenburg

GERDA HOLZ
Stellvertretende Direktorin des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt/Main

DR. DETLEF HORN-WAGNER
Erziehungswissenschaftler und Organisationsberater, Berlin

HANS W. JABLONSKI
Diversity-Manager der Ford-Werke AG, Köln

RITA JAHN
Leiterin des Jugendamtes Marzahn-Hellersdorf von Berlin

IRENE JOHNS
Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses Schleswig-Holstein und Fachleiterin des Kinderschutz-Zentrums des Deutschen Kinderschutzbundes Kiel

PROF. DR. MARIA-ELEONORA KARSTEN
*Leiterin des Instituts für Sozialpädagogik,
Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Lüneburg*

RAINER KRÖGER
*Vorstand des Diakonieverbundes Schweicheln e.V., Nordrhein-Westfalen,
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe e.V. (AFET)*

KERSTIN LANDUA
*Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe,
Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin*

DR. HANS-RUDOLF LEU
Leiter der Abteilung Kinder im Deutschen Jugendinstitut e.V. (DJI), München

DR. ROLF-PETER LÖHR
Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin

DR. THOMAS MEYSEN
Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg

HERIBERT MÖRSBERGER

Projektkoordinator des Nationalen Aktionsplanes (NAP) „Für eine kindergerechte Welt“, Köln, und Mitglied i. R. des Geschäftsführenden Vorstandes des Deutschen Caritasverbandes e.V.

DR. ALBIN NEES

Staatssekretär im Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Dresden, und Vorsitzender des Deutschen Familienverbandes e.V.

REGINA OFFER

Referentin für Kinder- und Jugendhilfe im Deutschen Städtetag, Berlin

DR. MARCUS OSTERMANN

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Familienverbandes e.V., Berlin

CHRISTINE OSTROWSKI

Fachkoordinatorin für familienähnliche Betreuungsangebote im Jugendaufbauwerk e.V., Berlin

PETER OTTENBERG

Leiter des Büros der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

DR. CORNELIA PAUSCHEK

Referentin im Dezernat für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule der Stadt Leipzig

BRUNO PFEIFLE

Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Stuttgart

EGBERT S. PIOSIK

Leiter des Jugendamtes der Stadt Cottbus

RITA RABE

Dokumentarin im Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin

PROF. DR. URSULA RABE-KLEBERG

Hochschullehrerin für Erziehungswissenschaft und Soziologie der Bildung und Erziehung am Institut für Pädagogik des Fachbereiches Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/Saale

PETER RENZEL

Leiter des Jugendamtes der Stadt Essen

MANFRED RITZAU

Referent des Vorstandes des Internationalen Bundes (IB) – Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V., Berlin

MARIA ROCHOLL

Bildungsreferentin im Paritätischen Bildungswerk e.V., Bundesverband, Berlin

PETER RUHENSTROTH-BAUER

*Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Berlin*

DR. ROBERT SAUTER

Leiter des Landesjugendamtes Bayern, München

LANDESRAT MARKUS SCHNAPKA

*Leiter des Landesjugendamtes Rheinland, Köln, und Vorsitzender
der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ)*

HANS-RUDOLF SEGGER

*Dezernent für Jugend, Soziales, Schule und Personal des Landkreises Goslar,
Niedersachsen*

MARIA SEIFERT

*Vorsitzende der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe,
Münster*

URSULA SPECHT

*Leiterin des Landesjugendamtes Sachsen,
Sächsisches Landesamt für Familie und Soziales, Chemnitz*

WILFRIED STEINERT

*Stellvertretender Vorsitzender des Bundeselternrates und Leiter
der Waldhofschule – Eine Schule für alle – in Templin, Brandenburg,*

KARL-HEINZ STRUZYNIA

*Sozialdirektor im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Referat Kinder- und Jugendhilfe, Berlin*

DR. DIETMAR STURZBECHER

*Direktor des Instituts für angewandte Familien-,
Kindheits- und Jugendforschung (IFK) an der Universität Potsdam, Oberkrämer*

DR. KLAUS-DIETER TOPF

*Leiter des Landesjugendamtes,
Landesamt für Versorgung und Soziales Sachsen-Anhalt, Halle/Saale*

UTA VON PIRANI

Leiterin des Jugendamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

ANGELIKA VOLAND (MdL)

Mitglied der SPD-Fraktion des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

DR. IRENE VORHOLZ

Referentin für Soziales im Deutschen Landkreistag, Berlin

HEINZ-HERMANN WERNER

Leiter des Jugendamtes der Stadt Mannheim

DR. MANFRED WIENAND

*Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit des Deutschen Städtetages,
Berlin*

MINISTERIALRAT PROF. DR. DR. H. C. REINHARD WIESNER

*Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht
im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin*

PROF. DR. REINHART WOLFF

*Hochschullehrer für Sozialarbeit und Sozialpädagogik
an der Alice-Salomon-Fachhochschule, Berlin*

In der Reihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“
bisher erschienene Titel:

- 1 „Eingliederung seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher in die Jugendhilfe“**
(Dokumentation der Fachtagung am 30. und 31. März 1995)
Berlin 1995, 203 S., DIN A5 kostenlos im Internet verfügbar

- 2 „Jugendhilfeplanung – ein wirksames Steuerungsinstrument der Jugendhilfe“**
(Dokumentation der Fachtagung am 18. und 19. Mai 1995)
Berlin 1995, 113 S., DIN A5 kostenlos im Internet verfügbar

- 3 „Anforderungen der Jugendhilfe an neue Steuerungsmodelle“**
(Dokumentation der Fachtagung am 28. und 29. August 1995)
Berlin 1996, 160 S., DIN A5 kostenlos im Internet verfügbar

- 4 „Aufgaben, Kompetenzen, Strukturen und Arbeitsweisen von Jugendhilfeausschüssen“**
(Dokumentation der Fachtagung am 24. und 25. November 1995)
Berlin 1996, 122 S., DIN A5 kostenlos im Internet verfügbar

- 5 „Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen im Wandel: Neue Anforderungen an Jugendhilfe und Schule“**
(Dokumentation der Fachtagung am 26. und 27. Januar 1996)
Berlin 1996, 230 S., DIN A5 kostenlos im Internet verfügbar

- 6 „Jugendhilfe und Familiengericht – Das Selbstverständnis der Jugendhilfe im gerichtlichen Verfahren“**
(Dokumentation der Fachtagung am 26. und 27. Oktober 1995)
Berlin 1996, 119 S., DIN A5 nicht mehr im Angebot

- 7 „Jugendarbeitslosigkeit – was tun ?! Jugendhilfe und Sozialamt, Arbeitsverwaltung und Wirtschaft als Partner bei der Sicherung beruflicher Perspektiven junger Menschen“**
(Dokumentation der Fachtagung am 21. und 22. Mai 1996)
Berlin 1997, 264 S., DIN A5 kostenlos im Internet verfügbar

- 8 „Verwaltungsmodernisierung – Standpunkte und Entwicklungen in der Jugendhilfe“**
(Dokumentation der Fachtagung am 25. und 26. November 1996)
Berlin 1997, 130 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar

- 9 „Eingliederung seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher in die Jugendhilfe. Erfahrungen – Probleme – Entwicklungen“**
(Dokumentation des Workshops vom 2. bis 4. September 1996)
Berlin 1997, 94 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 10 „Kinder-Leben in der Stadt: Herausforderungen an Jugendhilfe und Stadtplanung“**
(Dokumentation der Fachtagung am 22. und 23. Januar 1997)
Berlin 1997, 151 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 11 „Flexibilisierung und Steuerung im Bereich der Hilfen zur Erziehung“**
(Dokumentation der Fachtagung am 18. und 19. Oktober 1996)
Berlin 1997, 152 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 12 „Aufgaben und Möglichkeiten der Jugendhilfe bei der Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt gegen Kinder“**
(Dokumentation der Fachtagung am 6. und 7. Juni 1997)
Berlin 1998, 142 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 13 „Jugendhilfeausschuß und kommunale Jugendpolitik“**
(Dokumentation der Fachtagung am 28. Februar und 1. März 1997)
Berlin 1998, 105 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 14 „Die Reform des Kindschaftsrechts – Auswirkungen auf die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe“**
(Beiträge der Fachtagung am 12. und 13. Dezember 1997)
Berlin 1998, 84 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 15 „Netzwerk Kriminalprävention – Was kann Jugendhilfe leisten?“**
(Dokumentation der Fachtagung am 19. und 20. September 1997)
Berlin 1998, 158 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 16 „Die Beratung im Kontext von Scheidungs-, Sorgerechts- und Umgangsrechtsverfahren – Anforderungen an Strukturen und Formen der Kooperation von Familiengericht, Jugendhilfe und Anwaltschaft“**
(Dokumentation der Fachtagung am 24. und 25. September 1998)
Berlin 1999, 163 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 17 „... und schuld ist im Ernstfall das Jugendamt‘ Probleme und Risiken sozialpädagogischer Entscheidungen bei Kindeswohlgefährdung zwischen fachlicher Notwendigkeit und strafrechtlicher Ahndung“**
(Dokumentation der Fachtagung am 16. und 17. November 1998)
Berlin 1999, 110 S., DIN A4, ISBN 3-931418-21-9 Preis: 7,00 Euro

- 18 1. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe: „Partnerschaftliche Kooperation oder marktwirtschaftlicher Wettbewerb? – Zur Zukunft des Zusammenwirkens von öffentlicher und freier Jugendhilfe“**
(Dokumentation des Diskurses am 11. und 12. Dezember 1998)
Berlin 1999, 109 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 19 „Hilfen von Anfang an – Unterstützung von Familien als interdisziplinäre Aufgabe“**
(Dokumentation der Fachtagung am 23. und 24. April 1999)
Berlin 1999, 163 S., DIN A4, ISBN 3-931418-22-7 Preis: 7,00 Euro
- 20 „Was tun mit den Schwierig(st)en?“**
(Dokumentation der Fachtagung am 21. und 22. Juni 1999)
Berlin 1999, 205 S., DIN A4, ISBN 3-931418-23-5 Preis: 7,00 Euro
- 21 „Lokale Agenda 21 – Gestaltungsmöglichkeiten für Jugendhilfe und Schule - eine Herausforderung für die Kommunalpolitik?!“**
(Dokumentation der Fachtagung am 1. und 2. Oktober 1999)
Berlin 2000, 182 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 22 2. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe: „Braucht flexible Jugendpolitik ein neues Jugendamt?“**
(Dokumentation des Diskurses am 15. November 1999)
Berlin 2000, 101 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 23 „Verantwortung, Aufgaben und Möglichkeiten der Jugendhilfe zur Sicherung der Chancen junger Menschen auf Ausbildung und Arbeit“**
(Dokumentation des Workshops am 29. und 30. November 1999)
Berlin 2000, 168 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 24 „Mitwirkung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: Hindernisse, Probleme, Erfolge“**
(Dokumentation des Seminars des Deutschen Institutes für Urbanistik in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe vom 20. bis 22. März 2000)
Berlin 2000, 127 S., DIN A4, ISBN 3-931418-28-6 Preis: 7,00 Euro
- 25 „Die Reform des Kindschaftsrechts – eine Reform für Kinder?“**
(Dokumentation der Fachtagung am 12. und 13. Mai 2000)
Berlin 2000, 208 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 26 „Rechtzeitiges Erkennen von Fehlentwicklungen im frühen Kindesalter und das angemessene Reagieren von Jugendhilfe und Medizin unter besonderer Berücksichtigung von Datenschutz und Schweigepflicht“**
(Dokumentation des Workshops am 30. und 31. März 2000)
Berlin 2000, 125 S., DIN A4, ISBN 3-931418-27-8 Preis: 7,00 Euro

- 27 „Sozialarbeit im sozialen Raum“**
(Dokumentation der Fachtagung am 21. und 22. September 2000)
Berlin 2001, 198 S., DIN A4, ISBN 3-931418-30-8 Preis: 14,00 Euro
- 28 3. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe:
„Kindertagesbetreuung – eine Investition, die sich lohnt!“**
(Dokumentation des Diskurses am 20. November 2000)
Berlin 2001, 103 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 29 „Pädagogische Konzepte in der Jugendsozialarbeit
mit rechten Jugendlichen“**
(Dokumentation des Workshops am 8. und 9. März 2001)
Berlin 2001, 95 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 30 „Qualitätsmanagement in der Jugendhilfe“**
(Dokumentation der Fachtagung am 30. November und 1. Dezember 2000)
Berlin 2001, 191 S., DIN A4, ISBN 3-931418-33-2 Preis: 14,00 Euro
- 31 „Auf dem Weg zur solidarischen Stadt –
Kooperation von Stadtentwicklung und Jugendhilfe“**
(Dokumentation der Fachtagung am 10. und 11. Mai 2001)
Berlin 2001, 227 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 32 „Mit Kindern und Jugendlichen verhandeln?!
Partizipation im Jugendhilfekontext“**
(Dokumentation der Fachtagung am 20. und 21. September 2001)
Berlin 2002, 202 S., DIN A4, ISBN 3-931418-35-9 Preis: 14,00 Euro
- 33 „Das Verhältnis zwischen den Sozialen Diensten
und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft im Jugendamt“**
(Dokumentation der Fachtagung am 11. und 12. Oktober 2001)
Berlin 2002, 130 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar
- 34 „Die Verantwortung der Jugendhilfe zur Sicherung des Kindeswohls“**
(Dokumentation der Fachtagung am 29. und 30. November 2001)
Berlin 2002, 204 S., DIN A4, ISBN 3-931418-37-5 Preis: 14,00 Euro
- 35 „DAS ANDERE –
Perspektiven der Jugendhilfe zum Umgang mit kultureller Vielfalt“**
(Dokumentation der Fachtagung am 6. und 7. Juni 2002)
Berlin 2003, 158 S., DIN A4, ISBN 3-931418-38-3 Preis: 14,00 Euro
- 36 „Erste Erfahrungen bei der Umsetzung der Regelungen
nach §§ 78 a bis g SGB VIII und die wirkungsorientierte Gestaltung
von Qualitätsentwicklungs-, Leistungs- und Entgeltvereinbarungen“**
(Dokumentation des Workshops am 17. und 18. Juni 2002 sowie
eines Expertengesprächs am 8. und 9. April 2002)
Berlin 2003, 217 S., DIN A4, ISBN 3-931418-39-1 Preis: 14,00 Euro

- 37 **„Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“**
(Dokumentation der Fachtagung am 10. und 11. Oktober 2002)
Berlin 2003, 214 S., DIN A4, ISBN 3-931418-40-5 Preis: 14,00 Euro
- 38 **„Nicht nur gut aufgehoben.
Kindertagesbetreuung als zukunftsorientierte Dienstleistung“**
(Dokumentation der Fachtagung am 17. und 18. Oktober 2002)
Berlin 2003, 176 S., DIN A4, ISBN 3-931418-41-3 Preis: 14,00 Euro
- 39 **„Die Vereinbarungen nach §§ 78 a ff. SGB VIII
(Achstes Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe)
Bestandsaufnahme und Analyse der Leistungs-, Entgelt- und
Qualitätsentwicklungsvereinbarungen sowie der Rahmenverträge“**
(Studie zum Umsetzungsstand der gesetzlichen Neuregelungen
der §§ 78 a ff. SGB VIII im Auftrag des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
Berlin 2003, 158 S., DIN A4, ISBN 3-931418-42-1 Preis: 14,00 Euro
- 40 **5. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe:
„Startchancen verbessern –
Für ein neues Verständnis von Bildung in der Jugendhilfe“**
(Dokumentation des Diskurses am 8. November 2002)
Berlin 2003, 118 S., DIN A4, ISBN 3-931418-43-X Preis: 14,00 Euro
- 41 **„Steuerungsmöglichkeiten der Jugendhilfe im Kontext
der demographischen Entwicklung in Deutschland“**
(Dokumentation der Fachtagung am 28. und 29. November 2002)
Berlin 2003, 169 S., DIN A4, ISBN 3-931418-44-8 Preis: 14,00 Euro
- 42 **„Freiheitsentziehende Maßnahmen als Voraussetzung für
pädagogische Einflussnahme – Indikationen, Settings, Verfahren“**
(Dokumentation des Workshops am 3. und 4. April 2003)
Berlin 2004, 96 S., DIN A4, ISBN 3-931418-45-6 Preis: 17,00 Euro
- 43/1 **„It Takes Two to Tango. Band 1
Frühe Kindheit an der Schnittstelle
Zwischen Jugendhilfe und Entwicklungspsychologie“**
(Dokumentation der Fachtagung vom 14. bis 16. Mai 2003)
Berlin 2004, 287 S., DIN A4, ISBN 3-931418-47-2 Preis: 17,00 Euro
- 43/2 **„It Takes Two to Tango. Band 2
Konzepte und Modelle zur Früherkennung von
Entwicklungsgefährdungen bei Säuglingen und Kleinkindern“**
(Dokumentation des Pre-Conference-Workshops II am 14. Mai 2003)
Berlin 2004, 117 S., DIN A4, ISBN 3-931418-46-4 Preis: 13,00 Euro
- 44 **„Wenn das Jugendamt wüsste, was das Jugendamt weiß ...
Das Jugendamt auf dem Weg zu einer lernenden Organisation“**
(Dokumentation der Fachtagung am 18. und 19. September 2003)
Berlin 2004, 72 S., DIN A4, ISBN 3-931418-48-0 Preis: 13,00 Euro

- 45 „Zusammenhänge und Wirkungen: Umsetzungsstand und Perspektiven der Regelungen nach §§ 78 a ff. SGB VIII“**
(Dokumentation der Fachtagung am 26. und 27. Juni 2003)
Berlin 2004, 224 S., DIN A4, ISBN 3-931418-49-9 Preis: 17,00 Euro
- 46 „(Mehr) Selbstverantwortung zulassen. Neue Konzepte in der Kinder- und Jugendhilfe“**
(Dokumentation der Fachtagung am 22. und 23. April 2004)
Berlin 2004, 120 S., DIN A4, ISBN 3-931418-50-2 Preis: 17,00 Euro

Weitere Veröffentlichungen des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V.:

WS 1 „Soziale Arbeit in der Schule (Schulsozialarbeit) - konzeptionelle Grundbedingungen“
(Positionspapier eines Workshops von Führungskräften aus Jugendhilfe und Kultur sowie Wissenschaftlern am 13. und 14. Dezember 1996)
Berlin 1997, 18 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar

WS 2 „Die Verantwortung der Jugendhilfe für den Schutz der Kinder vor sexueller Gewalt – Was muß Jugendhilfe leisten, wie kann sie helfen? Mit wem soll sie wie kooperieren?“
(Thesen und Leitlinien des Workshops am 15. und 16. Juni 1998)
Berlin 1999, 32 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar

„Literaturauswahl Jugendhilfe 2001“
Berlin 2002, 102 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar

„Literaturauswahl Jugendhilfe 2002“
Berlin 2003, 107 S., DIN A4 kostenlos im Internet verfügbar

„Literaturauswahl Jugendhilfe 2003“
Berlin 2004, 156 S., DIN A4 Preis: 5,50 Euro

Demnächst werden folgende Titel erscheinen:

„Die Verantwortung der Jugendhilfe für Kinder von Eltern mit chronischen Belastungen“
(Dokumentation der Fachtagung am 17. und 18. Juni 2004)

„Neuorganisation der Jugendarbeit“
(Dokumentation des Workshops am 23. und 24. September 2004)

Bezugsadresse:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.,
Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, Postfach 12 03 21, 10593 Berlin
Telefon: 030 / 39001-136 E-Mail: agfj@vfk.de
Telefax: 030 / 39001-146 Internet: www.vfk.de/agfj